

Stand: 25.04.2024 17:29:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/3814

"Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010)

(Drs. 16/3082) -

hier:

- Streichung der allgemeinen dreimonatigen Wiederbesetzungssperre nach Art. 6 Abs. 2 Satz 2 Haushaltsgesetz 2009/2010
- Keine Änderung des Art. 6 Abs. 9 Haushaltsgesetz 2009/2020 (keine Verschiebung der Stellenhebungen im Rahmen des Neuen Dienstrechts in Bayern)
- Reduzierung der Stellen zur Unterstützung der ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Beckstein und Dr. Stoiber
- Neue Stellen für die Landratsämter, Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaften, Justizvollzugsanstalten, Schulen, Finanzämter, Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Arbeitsgerichte, Sozialgerichte, Veterinärverwaltung, Hochschulen; Stellenhebungen bei den Landratsämtern und der Polizei; Stellen von Jugendkontaktbeamten; Umwandlung der Arbeitnehmerstellen in Beamtenstellen bei den Staatlichen Feuerweherschulen; Ernennungsstellen für Gerichtsvollzieher
- Streichung der Sperre frei werdender Stellen ab 2005 nach Art. 6b Haushaltsgesetz 2009/2010
- Erhöhung der Stellen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten nach Art. 6c Haushaltsgesetz 2009/2010
- Streichung der Sperre frei werdender Stellen im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer nach Art. 6f Haushaltsgesetz 2009/2010
- Streichung des Art. 6g Haushaltsgesetz 2009/2010 (Nachbesetzung von Stellen für Arbeitnehmer um eine Entgeltgruppe niedriger)
- Erhöhung der Anwärtergrundbeträge und der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten
- Änderung Art. 8 Abs. 2 BayBVAnpG 2009/2010 (Berücksichtigung Altersteilzeit bei der ruhegehaltsfähigen Dienstzeit)
- Aufhebung des § 2 (Aussetzung der Zuführungen an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Freistaates Bayern")
- Abschaffung der Studiengebühren"

Vorgangsverlauf:

1. Änderungsantrag 16/3814 vom 23.02.2010
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/4185 des HA vom 11.03.2010
3. Beschluss des Plenums 16/4299 vom 23.03.2010
4. Plenarprotokoll Nr. 44 vom 23.03.2010

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler, Hans-Ulrich Pfaffmann, Kathrin Sonnenholzner, Christa Steiger, Isabell Zacharias**, Horst Arnold, Inge Aures, Susann Biedefeld, Sabine Dittmar, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Natascha Kohnen, Christa Naaß, Reinhold Perlak, Karin Pranghofer, Dr. Christoph Rabenstein, Florian Ritter, Harald Schneider, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Dr. Simone Strohmayr, Angelika Weikert, Margit Wild, Ludwig Wörner **SPD**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz – NHG – 2010)

(Drs. 16/3082)

hier:

- Streichung der allgemeinen dreimonatigen Wiederbesetzungssperre nach Art. 6 Abs. 2 Satz 2 Haushaltsgesetz 2009/2010
- Keine Änderung des Art. 6 Abs. 9 Haushaltsgesetz 2009/2010 (keine Verschiebung der Stellenhebungen im Rahmen des Neuen Dienstrechts in Bayern)
- Reduzierung der Stellen zur Unterstützung der ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Beckstein und Dr. Stoiber
- Neue Stellen für die Landratsämter, Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaften, Justizvollzugsanstalten, Schulen, Finanzämter, Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Arbeitsgerichte, Sozialgerichte, Veterinärverwaltung, Hochschulen; Stellenhebungen bei den Landratsämtern und der Polizei; Stellen von Jugendkontaktbeamten; Umwandlung der Arbeitnehmerstellen in Beamtenstellen bei den Staatlichen Feuerweherschulen; Ernennungsstellen für Gerichtsvollzieher
- Streichung der Sperre frei werdender Stellen ab 2005 nach Art. 6b Haushaltsgesetz 2009/2010
- Erhöhung der Stellen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten nach Art. 6c Haushaltsgesetz 2009/2010
- Streichung der Sperre frei werdender Stellen im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer nach Art. 6f Haushaltsgesetz 2009/2010
- Streichung des Art. 6g Haushaltsgesetz 2009/2010 (Nachbesetzung von Stellen für Arbeitnehmer um eine Entgeltgruppe niedriger)
- Erhöhung der Anwärtergrundbeträge und der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten
- Änderung Art. 8 Abs. 2 BayBVAnpG 2009/2010 (Berücksichtigung Altersteilzeit bei der ruhegehaltstfähigen Dienstzeit)
- Aufhebung des § 2 (Aussetzung der Zuführungen an das Sondervermögen „Versorgungsfonds des Freistaates Bayern“)
- Abschaffung der Studiengebühren

Der Landtag wolle beschließen:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Nr. 2 wird wie folgt geändert:

aa) Es wird folgender neuer Buchst. a eingefügt:

„a) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) Die Sätze 2 bis 4 werden gestrichen.

bb) Die bisherigen Sätze 5 und 6 werden die Sätze 2 und 3.“

bb) Der bisherige Buchst. a wird aufgehoben.

cc) Buchst. b wird wie folgt geändert:

aaa) Abs. 13 erhält folgende Fassung:

„(13) ¹Im Kapitel 02 01 (Ministerpräsident und Staatskanzlei) wird bei Titel 422 01 eine halbe Planstelle der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin) neu ausgebracht. ²Die Stelle erhält den Vermerk ‚kw zum 01.10.2011‘. ³Bei folgenden Stellen wird im Stellenplan im Kapitel 02 01 der Vermerk ‚kw zum 01.10.2011‘ durch den Vermerk ‚kw zum 01.04.2010‘ ersetzt: Bei Titel 422 01 bei einer Planstelle der BesGr B 6 (Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin) und einer Planstelle der BesGr B 3 (Ministerialrat, Ministerialrätin) und bei Titel 428 01 bei einer Stelle der EGr 11, einer halben Stelle der EGr 9 und einer Stelle der EGr 5.“

bbb) Es werden folgende neue Abs. 14 bis 19 eingefügt:

„(14) Im Kapitel 03 09 (Landratsämter) werden

1. zur Stärkung des Verbraucherschutzes bei Titel 422 01 dreißig Planstellen für Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen für den Verbraucherschutz in der BesGr A 7 und bei Titel 422 21 einundsiebzig Planstellen für Regierungsssekretäranwärter, Regierungsssekretäranwärterinnen in der BesGr A 6,

2. zur Stärkung des Naturschutzes bei Titel 422 01 dreißig Planstellen für Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen der Umweltverwaltung in der BesGr A 10,

3. für die Ausführung des Waffengesetzes bei Titel 422 01 einundsiebzig Stellen für Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen oder für Regierungsssekretäre, Regierungsssekretärinnen des allgemeinen Verwaltungsdienstes in der BesGr A 7 oder in der BesGr A 6

neu ausgebracht.

(15) Im Kapitel 03 20 (Bereitschaftspolizei) werden zur Schließung der personellen Lücken infolge der hohen Zahl der Ruhestandsabgänge ab dem Jahr 2012 bei Titel 422 21 fünfhundert Planstellen für Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung in der BesGr A 5 neu ausgebracht.

(16) ¹Im Kapitel 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) werden zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der ordentlichen Gerichtsbarkeit bei Titel 422 01 zehn Planstellen für Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten und zehn Planstellen für Staatsanwälte, Staatsanwältin-

nen in der BesGr R 1, fünf Planstellen für Bewährungshelfer, Bewährungshelferinnen in der BesGr A 9 oder in der EGr E 10, zehn Planstellen für Justizwachtmeister in den BesGr A 3 bis A 5 sowie bei Titel 422 21 fünf Planstellen für Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterinnen in der BesGr A 9 und zehn Planstellen für Justizsekretäranwärter, Justizsekretäranwärterinnen in der BesGr A 6 neu ausgebracht.²Die neuen Planstellen für Justizwachtmeister sollen insbesondere der Erhöhung der Sicherheit in den Gerichtsgebäuden zugute kommen.

(17) Im Kapitel 04 05 (Justizvollzugsanstalten) werden zur Behebung des Personalfehlbestands und zur Verbesserung des Behandlungsvollzugs bei Titel 422 21 einhundert Planstellen für Regierungssekretäranwärter, Obersekretäranwärter im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärter in den BesGr A 6 bis A 7 neu ausgebracht.

(18)¹In den Kapiteln 05 12 (Öffentliche Volksschulen), 05 13 (Öffentliche Förderschulen und Schulen für Kranke), 05 14 (Landesschulen für Gehörlose und Körperbehinderte), 05 15 (Staatliche Berufsschulen einschl. angegliederte Berufsfachschulen), 05 16 (Staatliche Berufsfachschulen, Fachschulen und Fachakademien), 05 17 (Staatliche Berufsoberschulen und Fachoberschulen), 05 18 (Staatliche Realschulen) und 05 19 (Staatliche Gymnasien) werden bei den Titeln 422 01 und 428 01 neue Planstellen ausgebracht und zwar

1. zur Senkung der Klassengrößen, zur Verbesserung der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler und zur Entlastung des Lehrpersonals
 - a) eintausend Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer in den BesGr A 9 bis A 13 und
 - b) zusätzlich zweihundert Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer in den BesGr A 9 bis A 13 zur Einstellung aller Lehramtsanwärter, Lehramtsanwärterinnen, Fachlehreranwärter, Fachlehreranwärterinnen und Studienreferendare und Studienreferendarinnen in den Schuldienst und
2. zur Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer von Verwaltungs- und Organisationsaufgaben zweihundertzehn neue Planstellen für Verwaltungsangestellte in der EGr E 6.

²In den Kapiteln 05 12 (Öffentliche Volksschulen), 05 13 (Öffentliche Förderschulen und Schulen für Kranke), 05 18 (Staatliche Realschulen) und 05 19 (Staatliche Gymnasien) werden für den Ausbau von Ganztagschulen bei Titel 422 01 fünfhundert Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer in den BesGr A 9 bis A 13 neu ausgebracht.³Im Kapitel 05 12 (Öffentliche Volksschulen) Titel 422 01 werden zur Verbesserung der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler zweihundertfünfzig Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen in den BesGr A 9 bis A 12 neu ausgebracht; hierzu werden die dreihundert Planstellen, die für das Schuljahr 2010/2011 gesperrt sind, freigegeben.⁴Im Kapitel 05 13 (Öffentliche Förderschulen und Schulen für Kranke) werden zur Verbesserung der Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in die Regelschulen bei den Titeln

422 01 und 428 01 zweihundertfünfzig Planstellen für die Mobilen Sonderpädagogischen Dienste neu ausgebracht.⁵Die Zuweisung der Stellen zu dem jeweiligen Schulkapitel wie auch zur jeweiligen BesGr (Sätze 1 und 2) und zur jeweiligen BesGr und EGr (Sätze 3 und 4) erfolgt durch die oberste Dienstbehörde.

(19) ¹Im Kapitel 06 05 (Finanzämter) werden für einen gerechten Steuervollzug zur Stärkung

1. der Steuerfahndung und der Betriebsprüfung bei Titel 422 01 einhundert Planstellen in den BesGr A 9 bis A 13 und

2. des Innendienstes bei Titel 422 21 fünfzig neue Planstellen für Finanzanwärter, Finanzanwärterinnen in der BesGr A 9 und fünfzig neue Planstellen für Steueranwärter, Steueranwärterinnen in der BesGr A 6

neu ausgebracht. ²Die Zuweisung der Planstellen gemäß Satz 1 zur jeweiligen BesGr erfolgt durch das Staatsministerium der Finanzen.“

ccc) Der bisherige Abs. 14 wird Abs. 20.

ddd) Es werden folgende neue Abs. 21 bis 25 eingefügt:

„(21) Im Kapitel 08 40 (Ämter für Landwirtschaft und Forsten sowie staatliche agrarwirtschaftliche Fachschulen) werden zur Stärkung der Ernährungsberatung bei den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bei Titel 422 01 einundfünfzig Planstellen für Landwirtschaftsräte, Landwirtschaftsrätinnen, Hauswirtschaftsräte, Hauswirtschaftsrätinnen in den BesGr A 13 neu ausgebracht.

(22) Im Kapitel 10 10 (Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte) werden zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Arbeitsgerichte bei Titel 422 01 fünf Stellen für Richter an Arbeitsgerichten, Richterinnen an Arbeitsgerichten in der BesGr R 1 neu ausgebracht.

(23) Im Kapitel 10 12 (Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte) werden zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Sozialgerichte bei Titel 422 01 fünf Stellen für Richter am Sozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht in der BesGr R 1 neu ausgebracht.

(24) Im Kapitel 12 41 (staatliche Veterinärverwaltung bei den Landratsämtern) werden zur Stärkung der Lebensmittelsicherheit bei Titel 422 01 dreißig Planstellen für Veterinäräräte, Veterinärärätinnen in der BesGr A 13 neu ausgebracht.

(25) ¹In den Kapiteln 15 07, 15 12, 15 17, 15 19, 15 21, 15 23, 15 24, 15 26, 15 27 werden zur Stärkung des akademischen Mittelbaus bei den Titeln 422 01 und 422 13 siebenhundertfünfzig neue Planstellen für Akademische Räte, Akademische Rätinnen, Akademische Oberräte, Akademische Oberrätinnen in den BesGr A 13 und A 14 neu ausgebracht. ²Die Zuweisung der Planstellen gemäß Satz 1 zum jeweiligen Kapitel und zur jeweiligen BesGr erfolgt durch das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.“

eee) Der bisherige Abs. 15 wird Abs. 26.

fff) Es werden folgende neue Abs. 27 bis 31 angefügt:

„(27) Im Kapitel 03 09 (Landratsämter) werden bei Titel 422 01 für Technische Beamte für den Verbraucherschutz dreißig Planstellen in die BesGr A 9 und für Technische Beamte der Umweltverwaltung sechs Planstellen in die BesGr A 13+AZ, neunzehn Planstellen in die BesGr A 13, neunzehn Planstellen in die BesGr A 12 und sechsundvierzig Planstellen in die BesGr A 11 gehoben.

(28) ¹In den Kapiteln 03 17 (Landeskriminalamt), 03 18 (Landespolizei), 03 20 (Bereitschaftspolizei) und 30 21 (Polizeiverwaltungsamt) werden bei Titel 422 01 zur Ausschöpfung der Stellenobergrenzen im gehobenen Dienst in der BesGr A 12 von 35 v.H und in der BesGr A 13 von 15 v.H., um leistungstarken Beamten in Führungspositionen sowie Experten bei der Kriminalpolizei im gehobenen Dienst berufliche Perspektiven zu eröffnen und sie dadurch weiter zu motivieren, zum 1. Januar 2010 jeweils einhundertsechzig Stellen für planmäßige Beamte in den BesGr A 12 und A 13 ausgebracht. ²Insbesondere die Stellen der Dienstgruppenleiter in der BesGr A 11/00 sind in die BesGr A 11/12 und die Stellen der Verfügungsgruppenleiter in der BesGr A 12/00 sind in die BesGr A 12/13 zu heben und bei der Kriminalpolizei weitere Stellen in der BesGr A 11/12 zu schaffen.

(29) Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, im Kapitel 03 18 (Landespolizei) bei Titel 422 01 für jede Polizeiinspektion die Stelle eines Jugendbeamten, einer Jugendbeamtin zu etatisieren.

(30) ¹Im Stellenplan werden im Kapitel 03 26 (Feuerweherschulen) die jeweiligen Stellen für Arbeitnehmer in den EGr E 11, E 10, E 9, E 8, E 6 und E 5 von Titel 428 01 kostenneutral in jeweilige Stellen in den BesGr A 10, A 9, A 8, A 7, A 5 und A 4 nach Titel 422 01 umgewandelt. ²Der Titel 428 01 wird aufgehoben.

(31) Im Kapitel 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) werden bei Titel 422 01 so viele Stellen des mittleren Justizdienstes der BesGr A 6 und A 7 in die BesGr A 8 gehoben und in Stellen für Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen in der BesGr A 8 umgewandelt, dass die Beamtinnen und Beamten des mittleren Justizdienstes, die in den Prüfungsjahrgängen 2001 bis 2006 die Gerichtsvollzieherprüfung bestanden haben, zu Gerichtsvollziehern, Gerichtsvollzieherinnen im Eingangsamtsamt in der BesGr A 8 ernannt werden können.“

b) Es werden folgende neue Nrn. 3 und 4 eingefügt:

„3. Art. 6b wird aufgehoben.

4. Der bisherige Art. 6c wird Art. 6b und in Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „150“ durch die Angabe „175“ ersetzt und nach dem Wort „Stellen“ werden die Wörter „und je Ressort 5 v.H. der Stellen“, an denen ein kw-Vermerk ausgebracht ist,“ eingefügt.“

c) Die bisherigen Nrn. 3 und 4 werden Nrn. 5 und 6.

d) Nr. 6 (bisher Nr. 4) erhält folgende Fassung:

„6. Art. 6e bis 6g werden aufgehoben.“

e) Die bisherigen Nrn. 5 und 6 werden Nrn. 7 und 8 und werden aufgehoben.

2. Es wird folgender neuer § 2 eingefügt:

„§ 2

Änderung des Gesetzes zur Anpassung der Bezüge 2009/2010

Das Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2009/2010 (BayBVAnpG 2009/2010) vom 27. Juli 2009 (GVBl S. 348, BayRS 2032-9-F) wird wie folgt geändert:

1. Art. 4 erhält folgende Fassung:

„Art. 4

Anpassung der Besoldung 2010

- (1) Zum 1. März 2010 werden die nach Art. 2 Abs. 1 Halbsatz 1 und Abs. 2 Nrn. 1, 3, 4 und 5 erhöhten Besoldungsbestandteile um 1,2 v.H. erhöht.
 - (2) Ab 1. September 2010 erhöhen sich die Anwärtergrundbeträge um jeweils 190 € und ab 1. Juli 2010
 1. die am 28. Februar 2010 nach Maßgabe des Gesetzes zur Anpassung der Bezüge 2009/2010 maßgeblichen Beträge der Erschwerniszulage nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 der Erschwerniszulagenverordnung in der am 1. Oktober 2009 geltenden Fassung auf 5,00 €,
 2. die am 28. Februar 2010 maßgeblichen Beträge der Erschwerniszulage nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a i.V.m. Abs. 2 der Erschwerniszulagenverordnung in der am 1. Oktober 2009 geltenden Fassung auf 2,50 € und
 3. die am 28. Februar 2010 maßgeblichen Beträge der Erschwerniszulage nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b der Erschwerniszulagenverordnung in der am 1. Oktober 2009 geltenden Fassung auf 5,00 €.
 - (3) Die erhöhten Beiträge nach Abs. 1 und 2 ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 11 zu dieser Vorschrift.“
2. In Art. 8 Abs. 2 werden die Worte „nur zu dem Teil ruhegehaltfähig, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht“ durch die Worte „zu neun Zehnteln der Arbeitszeit ruhegehaltfähig, die der Bemessung der ermäßigten Arbeitszeit während der Altersteilzeit zugrunde gelegt worden ist“ ersetzt.
3. Die Anlage zu Art. 4 wird wie folgt geändert:
- a) In den jeweils rechtsbündigen Kopfzeilen der Anlagen 1 bis 9 werden nach den Worten ‚zu Art. 4‘ jeweils die Worte ‚Abs. 3‘ angefügt.

b) Die Anlagen 10 und 11 erhalten folgende Fassung:

,Anlage 10
zu Art. 4 Abs. 3

Anwärtergrundbetrag

(Monatsbeträge)

Gültig ab 1. September 2010

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter bzw. die Anwärterin nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Euro
A 2 bis A 4	980,28
A 5 bis A 8	1.092,19
A 9 bis A 11	1.142,23
A 12	1.271,78
A 13	1.301,25
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchst. c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1.333,62

Anlage 11
zu Art. 4 Abs. 3

Erschwerniszulage

(Stundensätze in Euro)

Gültig ab 1. Juli 2010

Erschwerniszulage	bis 28. Februar 2010	ab 1. März 2010
	Euro	Euro
§ 4 Abs. 1 Nr. 1 EZulV	2,88	5,00
§ 4 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b EZulV	1,28	5,00
§ 4 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a i.V. m. Abs. 2 EZulV	0,77	2,50

Mehrarbeitsvergütung

(Stundensätze in Euro)

Gültig ab 1. März 2010

Mehrarbeitsvergütung	bis 28. Februar 2010	ab 1. März 2010
	Euro	Euro
§ 4 Abs. 1 MVergV		
A 1 bis A 4	10,57	10,70
A 5 bis A 8	12,48	12,63
A 9 bis A 12	17,13	17,34
A 13 bis A 16	23,63	23,91
§ 4 Abs. 3 MVergV		
Nr. 1	15,94	16,13
Nr. 2	19,76	20,00
Nr. 3	23,45	23,73
Nrn. 4 und 5	27,40	27,73 ^{***}

3. Der bisherige § 2 wird aufgehoben.
4. Es wird folgender neuer § 7 eingefügt:

„§ 7

Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

Das Bayerische Hochschulgesetz (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 7. Juli 2009 (GVBl S. 256), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht werden die Worte ‚Art. 71 Studienbeiträge und Gebühren‘ durch die Worte ‚Art. 71 (aufgehoben)‘ ersetzt.
2. Art. 71 wird aufgehoben und die Überschrift erhält folgende Fassung:

‚Art. 71

(aufgehoben)‘“

5. Der bisherige § 7 wird § 8.

Begründung:**Zu Nr. 1 (§ 1):****Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 und des Entwurfs des Nachtragshaushaltsgesetzes 2010:**

Doppelbuchst. aa (Einfügung eines neuen Buchst. a):

Im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Bayern hat auch eine dreimonatige Wiederbesetzungssperre frei werdender Stellen zu unterbleiben. Es wird beantragt, diese allgemeine Wiederbesetzungssperre zu streichen.

Doppelbuchst. bb:

Art. 6 Abs. 9 Satz 2 Haushaltsgesetz 2009/2010 bleibt unverändert. D.h., die im Haushaltsplan 2010 im Rahmen des künftigen Neuen Dienstrechts in Bayern kostenwirksam gehobenen Stellen dürfen wegen der Ruhehaltfähigkeit der wertigeren Stellen bereits zum 1. Januar 2010 in ihrer neuen Wertigkeit in Anspruch genommen werden.

Doppelbuchst. cc (Dreifachbuchst. aaa bis fff):

Abs. 13:

Den ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Beckstein und Dr. Stoiber wird für Tätigkeiten und Aufgaben, die sie im Zusammenhang mit ihrem früheren Amtsverhältnis als Ministerpräsident wahrnehmen, Personal zur Verfügung gestellt (Art. 8 Abs. 5 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung).

Im Stellenplan des Doppelhaushalts 2009/2010 wurde für die Unterstützung des ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Beckstein je eine halbe Stelle der Besoldungsgruppe A 15 und der Entgeltgruppe 9 geschaffen. Der Gesetzentwurf zum Nachtragshaushaltsgesetz 2010 sieht eine Verdoppelung dieser Stellen vor. Es soll zusätzlich eine halbe Planstelle der BesGr A 15 (Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin) und eine halbe Stelle der EGr 9 neu ausgebracht werden, so dass eine Personalkapazität von jeweils einer vollen Stelle geschaffen wird.

Die Neuausbringung dieser beiden halben Stellen unterbleibt.

Zur Unterstützung des ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Stoiber wurden im Nachtragshaushaltsgesetz 2008 folgende Stellen geschaffen: Eine Stelle der BesGr B 6 (Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin), eine Stelle der BesGr B 3 (Ministerialrat, Ministerialrätin) und jeweils eine Stelle der EGr 11, EGr 9 und EGr 5. Die Stellen erhielten den Vermerk „kw zum 01.10.2011“.

Zur Unterstützung des ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Stoiber ist ebenfalls eine halbe Planstelle der BesGr A 15 und eine halbe Stelle der EGr 9 ausreichend. Die im Nachtragshaushaltsgesetz 2008 über diese zwei halben Stellen praktisch ausgebrachten Stellen erhalten daher den Vermerk „kw zum 01.04.2010“. Das gilt für die Stelle der BesGr B 6, die Stelle der BesGr B 3, die Stelle der EGr 11, eine halbe Stelle der EGr 9 und die Stelle der EGr 5.

Die halbe Planstelle der BesGr A 15 und die halbe Stelle der EGr 9, die zur Unterstützung des ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Stoiber im Stellenplan des Kapitels 02 01 dann noch zur Verfügung stehen, fallen zum 1.10.2011 weg.

Neue Abs. 14 bis 19:

Damit die staatlichen Verwaltungen in Bayern auch in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen können, müssen sie funktionsfähig bleiben. Diese Fähigkeit ist untrennbar mit einer ausreichenden Personalausstattung verbunden. Es werden daher über den Gesetzentwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2010 neue Planstellen geschaffen. Ein Nachvollzug dieser Stellen erfolgt in den Stellenplänen der jeweiligen Haushaltskapitel im Doppelhaushalt 2011/2012.

Neuer Abs. 14:

Zu 1: Die Lebensmittelskandale der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass zu wenige Lebensmittelkontrolleure „vor Ort“ im Einsatz sind, um die gestiegenen Herausforderungen und die dringend notwendige bessere Vernetzung und Zusammenarbeit zu gewährleisten. Mit der Schaffung von 30 neuen Planstellen für Lebensmittelkontrolleure wird eine positive Personalentwicklung weitergeführt, die kurzzeitig bereits im Zusammenhang mit der BSE-Krise begonnen hatte, dann aber systematisch wieder zurückgeführt wurde.

Die weit hinter dem Soll-Bestand herhinkende Besetzung der Stellen von Lebensmittelkontrolleuren hängt unter anderem damit zusammen, dass Lebensmittelkontrolleure erst ausgebildet werden, wenn eine Stelle frei wird. Dies führt konkret dazu, dass während der 24-monatigen Ausbildung die Stelle jeweils nicht besetzt werden kann. Um diesem Mangel abzuwehren, sollen einundsiebzig Anwärterstellen geschaffen werden, um die beträchtlichen Engpässe abzustellen.

Zu 2: Die unteren Naturschutzbehörden sind in Bayern mit zwei Fachkräften besetzt; seit 2003 gibt es an fünfzehn Landratsämtern drei Fachkräfte. Diesen technischen Beamten der Umweltverwaltung stehen in der Regel mehr als einhundert Beschäftigte der Eingriffsverwaltung gegenüber und sehen sich ständig neuen Herausforderungen ausgesetzt. Die Aufgabenstellungen sind in den einzelnen Landkreisen sehr unterschiedlich. Manche unteren Naturschutzbehörden mögen mit zwei Stellen auskommen, in anderen gibt es einen aktuellen Bedarf von bis zu fünf Fachkräften. Die beantragten zusätzlichen Stellen sollen vorrangig dort eingesetzt werden, wo Aufgabenstellung und Personalkapazität weit auseinander klaffen. Mittelfristig ist die obligatorische dritte Fachkraft in jeder unteren Naturschutzbehörde anzustreben.

Zu 3: Bei den Waffenbehörden fehlen Mitarbeiter, die die Einhaltung der waffenrechtlichen Vorschriften durch die Waffenbesitzer kontrollieren. Bei durchschnittlich zwei Mitarbeitern kann die Waffenbehörde lediglich stichprobenartig kontrollieren, ob der Waffenbesitzer seine Waffen auch vorschriftsmäßig aufbewahrt. Die Waffenbehörden werden daher personell verstärkt. An jedem der einundsiebzig Landratsämter wird eine zusätzliche Stelle für einen Waffenkontrolleur geschaffen.

Neuer Abs. 15:

Um die hohe Zahl der Ruhestandsabgänge ab dem Jahr 2012 zu kompensieren, müssen dringend neue Polizeibeamte ausgebildet werden, die zu dem Zeitpunkt, zu dem die Ruhestandsabgänge virulent werden, ausgebildet und dem Polizeidienst dann auch zur Verfügung stehen. Daher werden fünfhundert neue Anwärterstellen geschaffen.

Neuer Abs. 16:

Es müssen ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, die Funktionsfähigkeit der ordentlichen Gerichtsbarkeit im Freistaat aufrechtzuerhalten. Dies ist nur zu erreichen durch eine ausreichende Zahl von Beschäftigten in allen Funktionen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften zur Erledigung der anfallenden Arbeiten. Mit der Funktionsfähigkeit der Justiz im Freistaat steht und fällt der Rechtsstaat.

Nach der Personalbedarfsberechnung PEBB§Y fehlen an den Landgerichten in Bayern 57,87 und an den Amtsgerichten 185,88 Richter. Es fehlen 146,46 Staatsanwälte. Nimmt man die Richter, die bei den drei Oberlandesgerichten in Bayern fehlen und die fehlenden Staatsanwälte bei den Generalstaatsanwaltschaften hinzu, fehlen insgesamt in Bayern 441,87 Richter und Staatsanwälte. Dieser Fehlbestand ist inakzeptabel. Er ist stufenweise abzubauen. Die im Doppelhaushalt 2007/2008 durch die Umwandlung anderer Stellen geschaffenen neuen Stellen für Richter und Staatsanwälte haben bei weitem nicht ausgereicht.

Trotz der Schaffung von zwanzig Stellen für die Bewährungshilfe in den Haushaltsjahren 2003 und 2004 und neuer Stellen im Stellenplan 2009/2010 sind die Probandenzahlen in der Bewährungshilfe nicht zurückgegangen, sondern bleiben weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Um die hohe Qualität der Bewährungshilfe zu erhalten, bedarf es daher dringend einer Fallzahlenkung. Die Standardentwicklung in der bayerischen Bewährungshilfe ist auch abgeschlossen. Die Qualitätsstandards, die unter anderem die Beobachtung der Lebensführung der Probanden, bei Risikoprobanden ein erweitertes, besonderes Risikomanagement zur Rückfallvermeidung garantieren sollen, sind seit 1. Januar 2008 verbindlich eingeführt und wurden bis Mitte 2009 implementiert. Diese höheren Standards, die sich auch in einer intensivierten Zusammenarbeit mit anderen Stellen (Runde Tische, Zusammenarbeit mit HEADS-Ansprechpartnern, genau geplante Entlassungsvorbereitungen) ausdrücken, erfordern aber auch einen höheren Arbeitsaufwand. Die Zunahme von unbefristeten Führungsaufsichten bindet langfristig Personal an einen Fall und trägt damit zur weiteren Fallzahlensteigerung und Arbeitsintensität bei. Der Umgang mit gewaltbereiten Jugendlichen erfordert Gruppen- und Projektarbeit, Antigewalttraining, eine gegebenenfalls notwendige Intensivbetreuung und Kontrolle solcher gewaltbereiten Jugendlichen und eine gute Netzwerkbildung mit anderen Beteiligten. Alle diese Maßnahmen brauchen Ressourcen, die bei der derzeitigen personellen Ausstattung der Bewährungshilfe nicht gegeben sind.

Justizwachtmeister sind mit vielfältigen Aufgaben betraut. Insbesondere sind sie bei der Gewährleistung der Sicherheit in den Justizgebäuden und der Aufrechterhaltung der Ordnung während der Sitzungen gefordert. Die Zahl der Justizwachtmeister ist in den letzten Jahren ausgedünnt worden. Gerade im Hinblick auf Vorkommnisse in Gerichtsgebäuden (Todeschüsse im Gerichtsgebäude in Landshut) werden Justizwachtmeister gebraucht. Mehr Justizwachtmeister in den Gerichten erhöhen (z.B. durch die Verbesserung der Einlasskontrollen) die Sicherheit für Beschäftigte, Rechtsanwälte und ihre Mandanten, Zeugen und Besucher.

Die Leistungsbereitschaft der Rechtspfleger geht seit langem über das hinaus, was normalerweise erwartet werden kann. Nur durch den überdurchschnittlichen persönlichen Einsatz der bayerischen Rechtspfleger ist ein weitgehend reibungsloser Ablauf des täglichen Dienstbetriebs möglich. Die Belastung der Rechtspfleger beträgt nach der Personalbedarfsberechnung PEBB§Y 109 %. Rein rechnerisch ergibt eine solche Belastung eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von über 45 Stunden. Es müssen daher neue Rechtspfleger und Rechtspflegerinnen ausgebildet werden.

Die Zahl der Mitarbeiter im mittleren Dienst ist in den letzten Jahren ebenso abgebaut worden wie die Zahl der Bediensteten im einfachen, gehobenen und höheren Dienst und der Richter und Staatsanwälte. Aber auch zukünftig werden Mitarbeiter im mittleren Dienst gebraucht, so dass neue Justizsekretäre, Justizsekretärinnen ausgebildet werden müssen.

Neuer Abs. 17:

Unbestritten fehlen im Justizvollzug in Bayern ca. siebenhundert Stellen, davon ca. sechshundert Stellen im uniformierten Dienst. Angesichts der Zahl der Gefangenen, der immer problematischer werdenden Gefangenenstruktur, vor allem aber im Hinblick auf den Vollzug des Bayerischen Strafvollzugsgesetzes, das den Ausbau der Sozialtherapie, eine nachgehende Betreuung nach der Haftentlassung, die Wiederaufnahme eines haftentlassenen jungen Gefangenen im offenen Jugendstrafvollzug (Inkrafttreten am 1. Januar 2011), die Erweiterung der Mindestbesuchszeit im Jugendstrafvollzug und Ausbildungsbeihilfen für junge Gefangene, die an therapeutischen Maßnahmen teilnehmen, vorsieht, müssen die Stellen in den Justizvollzugsanstalten erhöht werden.

Neuer Abs 18:

Die Klassengrößen sind in Bayern an allen Schulen zu groß. Um jede einzelne Schülerin, jeden einzelnen Schüler individuell fördern zu können, müssen die Klassendurchschnittsgrößen in allen Schularten auf 25 Schülerinnen und Schüler und an Grundschulen auf 20 Schülerinnen und Schüler pro Klasse gesenkt werden. Dies ist nur mit einer deutlichen Ausweitung der Lehrerinnen- und Lehrerstellen zu erreichen. Es müssen zur Erreichung kleinerer Klassen neue Lehrerinnen, Lehrer und an den Grundschulen insbesondere Förderlehrerinnen, Förderlehrer eingestellt werden. Für die neuen Lehrerinnen- und Lehrerstellen werden alle Anwärterinnen, Anwärter und Referendarinnen und Referendare in den Schuldienst eingestellt.

Der Ausbau von Ganztagschulen erfordert weitere neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer.

Die Mobilen Sonderpädagogischen Dienste im Schulkapitel 05 13 werden mit zusätzlichen neuen Stellen verstärkt.

Um die Lehrerinnen und Lehrer an allen Schulen in Bayern von Verwaltungs- und Organisationsaufgaben zu entlasten, werden neue Stellen für Verwaltungsangestellte an Schulen geschaffen.

Neuer Abs. 19:

Der Steuervollzug muss in Bayern spürbar und dauerhaft verbessert werden. Auf die Defizite im Steuervollzug weist der Bayerische Oberste Rechnungshof in seinen Jahresberichten immer wieder hin. Ein geordneter Steuervollzug ist sowohl ein Gebot der Steuergerechtigkeit als auch im Hinblick auf die Einnahmenseite des Staatshaushalts unverzichtbar. Es werden daher neue Planstellen für die Stärkung der Steuerfahndung und der Betriebsprüfung und neue Anwärterstellen gefordert.

Neuer Abs. 20:

Redaktionelle Änderung: Der bisherige Abs. 14 wird Abs. 20 infolge der Einfügung der neuen Abs. 14 bis 19.

Neuer Abs. 21:

Es werden einundfünfzig neue Stellen für Ernährungsberater, Ernährungsberaterinnen in der BesGr A 13 zur Stärkung der Ernährungsberatung an den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten geschaffen.

Neuer Abs. 22:

Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ist mit einem Anstieg von Kündigungsschutzklagen bei den Arbeitsgerichten zu rechnen. Um diesen Anstieg zu bewältigen werden daher im Haushaltsjahr 2010 fünf neue Richterstellen für die Arbeitsgerichte in Bayern geschaffen.

Neuer Abs. 23:

Im Jahr 2005 wurden aufgrund der Rechtswegzuweisung für das Arbeitslosengeld II und die Sozialhilfe an die Sozialgerichtsbarkeit zunächst Richter aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit an die Sozialgerichtsbarkeit abgeordnet. Nach der Beendigung der Abordnungen wurden diese Stellen der Sozialgerichtsbarkeit zur Verfügung gestellt. Die Stellen wurden im Stellenplan des Einzelplans 10 für die Sozialgerichte ausgewiesen.

Bei der Bedarfsplanung der Richterstellen für die Sozialgerichtsbarkeit im Rahmen der Personalbedarfsberechnung PEBB§Y wurden die neuen Stellen berücksichtigt. Trotz der neuen Stellen errechnete sich ein Fehlbedarf von siebzehn Richterstellen bis einschließlich 2007. Nimmt man den Anstieg der Klagen an den Sozialgerichten im Jahr 2008 mit 9,54 % (in absoluten Zahlen: 4227 mehr Klagen an den bayerischen Sozialgerichten) hinzu, so errechnet sich – basierend auf den Zahlen von 2007 – ein Mehrbedarf von 13,58 Richterstellen.

Die durch die Umwandlung von Stellen in der BesGr A 6 in Stellen für Sozialrichter im Stellenplan 2009/2010 tatsächlich neu geschaffenen sieben Richterstellen können somit noch nicht einmal die zusätzliche Arbeitsbelastung des Jahres 2008 auffangen. Die 7 R 1-Stellen entsprechen gerade mal der Hälfte des Personalbedarfs aufgrund des Anstiegs im Jahr 2008. Rechnet man den Bedarf aufgrund des Anstiegs 2008 und die Fehlzahl von 17 Sozialrichtern nach der Personalbedarfsberechnung PEBB§Y zusammen, fehlen dreißig Richter an den Sozialgerichten. Das entspricht 21,12 % der Richterschaft an den Sozialgerichten.

Da aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mit einem Rückgang, sondern im Gegenteil mit einem Anstieg von Klagen bei den Sozialgerichten zu rechnen ist, ist eine weitere Stellenerhöhung angebracht. Um die Sozialgerichte in Bayern funktionsfähig zu halten, werden daher im Haushaltsjahr 2010 fünf neue Richterstellen geschaffen.

Die Forderung nach fünf neuen Sozialrichterstellen in der BesGr R 1 nimmt sich im Hinblick darauf, dass die Sozialgerichte in Bayern seit Jahren überbelastet sind, sehr bescheiden aus.

Neuer Abs. 24:

Die Lebensmittelskandale der letzten Jahre haben vor Augen geführt, wie schlecht es um die Lebensmittelsicherheit bestellt ist. Mit der Schaffung von dreißig neuen Planstellen für Amtsveterinärärzte, Amtsveterinärärztinnen wird die Lebensmittelsicherheit gestärkt.

Neuer Abs. 25:

An den Hochschulen in Bayern werden zur Stärkung des akademischen Mittelbaus siebenhundertfünfzig neue Stellen in den BesGr A 13 und A 14 geschaffen.

Abs. 26:

Redaktionelle Änderung: Der bisherige Abs. 15 wird Abs. 26 infolge der Einfügung obenstehender neuer Absätze 21 bis 25.

Neue Abs. 27 bis 31:

Um den Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung Leistungsanreize und Motivation zu geben und Perspektiven zu eröffnen, werden im Bereich Lebensmittelsicherheit/Verbraucherschutz und bei der unteren Umweltverwaltung Stellen gehoben. Ebenfalls werden Stellen im gehobenen Polizeidienst angehoben.

Die an den Polizeiinspektionen vorhandenen Stellen der Jugendbeamten, Jugendbeamtinnen werden als solche geführt. Diese Polizeibeamten, -beamtinnen sind von allen anderen Aufgaben in ihrer Dienststelle ausgenommen.

Die Tarifplanstellen bei den drei Staatlichen Feuerwehrschulen in Bayern werden in Beamtenstellen umgewandelt.

Es wird dafür gesorgt, dass alle Gerichtsvollzieher in Bayern auch auf Stellen für Gerichtsvollzieher der BesGr A 8 geführt werden und nicht auf Stellen für Justizsekretäre oder Justizobersekretäre in den BesGr A 6 und A 7.

Neuer Abs. 27:

Lebensmittelkontrolleure haben ein zunehmend wissenschaftliches, mit hoher Qualifikation verbundenes Aufgabenfeld, dem die vergleichsweise niedrige Einstufung gerade bei Teamleitern und Koordinatoren nicht gerecht wird. Deshalb werden dreißig Stellen in die BesGr A 9 gehoben.

Um den ständig steigenden Anforderungen an die unteren Naturschutzbehörden gerecht zu werden und ein besseres Gegengewicht gegenüber der Eingriffsverwaltung zu schaffen, werden bei den unteren Naturschutzbehörden entsprechend viele Stellen gehoben. Es handelt sich um insgesamt 120 Stellenhebungen in die BesGr A 9, A 13+AZ, A 13, A 12 und A 11.

Neuer Abs. 28:

Nach Inkrafttreten der neuen Stellenplanobergrenzenverordnung zum 1.1.2006 sollte den Verbesserungen auch Rechnung getragen werden. Im gehobenen Dienst sind Beförderungseingpässe, insbesondere nach den BesGr A 12 und A 13, mit steigender Tendenz entstanden. Außerdem bedarf es der Fortschreibung des Dienstpostenhebungsprogramms, wie beispielsweise bei den Dienstgruppenleitern in den Schichten. Die Anhebung von Dienstgruppenleiterstellen nach A 11/12 ist auch aus Gründen der Gerechtigkeit („Gleiches Geld für gleiche Arbeit“) notwendig, da bei kleineren Dienststellen bislang nur ein Dienstgruppenleiter diese Bewertung hat, seine Kollegen jedoch nur reine A 11/00-Stellen und damit keine Beförderungschance haben.

Die Hebungen sind auch als Ausgleich für die durch den Wegfall der Polizeidirektionen durch die Polizeireform gestiegene Verantwortung bei den Dienststellen und zur Verbesserung der Perspektive von motivierten und leistungsstarken Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten notwendig. Leistungsstarke Beamtinnen und Beamte bei der Kriminalpolizei sehen infolge der derzeitigen Dienstpostenbewertung mit A 09/11 bzw. fachspezifischen Dienstposten A +9/11 eine berufliche

Perspektive oftmals nur darin, sich auf höherwertige ausgeschriebene Stellen (oft im Bereich der Schutzpolizei) zu bewerben. Wenn ihre Bewerbung dann erfolgreich ist, bedeutet dies, dass das in jahrelanger Tätigkeit bei der Kriminalpolizei mit entsprechenden Fortbildungsmaßnahmen erworbene Expertenwissen verloren geht. Durch entsprechende Aufstiegschancen im Rahmen der Sachbearbeitertätigkeit bei der Kriminalpolizei könnte dies vermieden werden, womit auch eine weitere Qualitätssteigerung erreicht wird.

Neuer Abs. 29:

In jeder Polizeiinspektion sind einer Polizeibeamtin oder einem Polizeibeamten die Aufgaben einer Jugendbeamtin oder eines Jugendbeamten übertragen. Diese Stellen sind zu etatisieren. Die Jugendbeamtin oder der Jugendbeamte soll von allen anderen Vollzugaufgaben freigestellt werden.

Neuer Abs. 30:

Die Stellen der Arbeitnehmer in den drei Staatlichen Feuerweherschulen werden kostenneutral in Stellen für planmäßige Beamte umgewandelt. Dies eröffnet mehr Aufstiegsmöglichkeiten und damit eine größere Perspektive für die Beschäftigten und führt zu mehr Motivation und Leistungsbereitschaft. Mit der Umwandlung in Beamtenstellen entspricht die Beschäftigtenstruktur in den drei Staatlichen Feuerweherschulen in Bayern auch weitgehend der Beschäftigtenstruktur in den Feuerweherschulen in anderen Bundesländern.

Neuer Abs. 31:

Die seit dem Haushaltsjahr 1997 neu geschaffenen zweiundsiebzig Planstellen für Gerichtsvollzieher reichen nicht aus, um die in den vergangenen Jahren zusätzlich ausgebildeten Beamten des mittleren Justizdienstes zu Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern im Eingangssamt A 8 zeitnah ernennen zu können. Es müssen daher nach bestandener Gerichtsvollzieherprüfung mit Gerichtsvollzieheraufgaben betraute Beamte weiterhin auf Stellen des mittleren Dienstes geführt werden. Diese Beamten nehmen an den Beförderungen der Laufbahn des mittleren Justizdienstes (Justizfachwirte) teil. Sie gehören vorwiegend den BesGr A 6 (Justizsekretär) und A 7 (Justizobersekretär), gelegentlich auch der BesGr A 8 (Justizhauptsekretär) an. Der Stellenplan sieht für 2009/2010 eine Hebung von Stellen des mittleren Justizdienstes der BesGr A 6 und A 7 nach BesGr A 8 sowie deren Umwandlung in Gerichtsvollzieherstellen der BesGr A 8 vor. Dadurch können zusätzlich Beamte zu Gerichtsvollziehern und Gerichtsvollzieherinnen ernannt werden. Jedoch werden nicht alle mit Gerichtsvollzieheraufgaben betrauten Beamten des mittleren Justizdienstes in dieses Hebungs- und Umwandlungsprogramm einbezogen. Um dies zu erreichen, ist mindestens die doppelte Anzahl von Stellen anzuheben und in Gerichtsvollzieherstellen umzuwandeln.

Buchst. b:

Neue Nr. 3:

Im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes und die Arbeitsmarktsituation wird die 6b-Sperre gestrichen.

Neue Nr. 4:

In Bayern gibt es weiterhin noch einen enormen Handlungsbedarf, was die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Dienst angeht. Im Haushaltsjahr 2010 sind einhundertfünfzig Stellen für die Einstellung von schwer-

behinderten Menschen gesperrt. Diese Stellensperre wird auf einhundertfünfsiebenzig Stellen erhöht. Ein zusätzlicher Anreiz, schwerbehinderte Menschen einzustellen, wird dadurch geschaffen, dass 5 % der Stellen, an denen ein kw-Vermerk ausgebracht ist, je Ressort für die Beschäftigung schwerbehinderte Menschen gesperrt wird.

Buchst. c:

Redaktionelle Änderung infolge der Einfügung der neuen Nrn. 3 und 4.

Buchst. d:

Im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes und die Arbeitsmarktsituation wird auch die 6f-Sperre aufgehoben.

Für die Besetzung von Stellen für Arbeitnehmer muss die tarifliche Eingruppierung das ausschließlich ausschlaggebende Kriterium sein. Daher wird auch Art. 6g aufgehoben.

Buchst. e:

Die bisherigen Nrn. 5 und 6 werden – da wegen der vollständigen Aufhebung der Art. 6f und 6g (vgl. unter Buchst. d) entbehrlich – gestrichen.

Zu Nr. 2 (neuer § 2):

Änderung des BayBVAnpG 2009/2010:

Nr. 1:

Für die Besoldungsbestandteile nach Art. 2 Abs. 1 Halbsatz 1 (Grundgehaltssätze) und Abs. 2 mit Ausnahme des Besoldungsbestandteils nach Nr. 2 (Erschwerniszulage nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 EZuLV) bleibt es bei der linearen Anpassung zum 1. März 2010 von 1,2 v.H. Die Besoldungsbestandteile nach Art. 2 Abs. 1 Halbsatz 2 (Anwärtergrundbeträge) und die Erschwerniszulage nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 EZuLV werden von dieser linearen Erhöhung ausgenommen und deutlich erhöht.

Die Anwärtergrundbeträge werden ab dem 1. September 2010 um jeweils 190 € aufgestockt.

Die Erschwerniszulage nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 EZuLV und die weiteren Erschwerniszulagen nach § 4 EZuLV werden ab dem 1. Juli 2010 auf 5 € und 2,50 € deutlich angehoben.

Die Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten für Beamte, die regelmäßig sonntags, feiertags, samstags und nachts Dienst haben und – wenn es sich bei ihnen um Vollzugsbeamte handelt – dazu noch ein hohes Berufsrisiko tragen, sind vollkommen unzureichend. Die Zuschläge für Nacharbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit und Samstagsarbeit in der freien Wirtschaft sind weitaus höher. Sie betragen bis zu 150 % des normalen Stundenlohns.

Die Zulage für den Dienst an Sonntagen, gesetzlichen Wochenfeiertagen, an Oster- und Pfingstsonntagen, am 24.12. und 31.12. jeden Jahres nach 12.00 Uhr, wenn diese Tage nicht auf einen Sonntag fallen, beträgt nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 der Erschwerniszulagenverordnung (EZuLV) in der am 1. Oktober 2009 geltenden Fassung und mit der Erhöhung durch das BayBVAnpG 2009/2010 seit dem 1. März 2009 2,88 Euro je Stunde. Zuvor betrug die Zulage 2,80 Euro je Stunde (Erhöhung von 2,72 Euro um 3 v.H. auf 2,80 Euro durch das BayBVAnpG 2007/2008 zum 1. Oktober 2008). Ab dem

1. März 2010 beträgt die Zulage dann 2,91 Euro je Stunde (vgl. Anpassung der Besoldung durch Art. 4 BayBVAnpG 2009/2010). Für den Dienst an Samstagen in der Zeit zwischen 13.00 Uhr und 20.00 Uhr und in der Zeit zwischen 20.00 Uhr und 6.00 Uhr betragen die Zulagen 0,77 Euro und 1,28 Euro je Stunde.

Die wiederholte Anhebung der Erschwerniszulage nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 EZuV um jeweils nur 3 v.H. von zunächst 2,72 Euro auf 2,80 Euro, dann auf 2,88 Euro und zum 1. März 2010 auf 2,91 Euro zeigt die zögerliche Haltung des Gesetzgebers bei der Anhebung dieser Zulage. Erforderlich ist eine spürbare Anhebung aller Erschwerniszulagen für die Beamten und Richter des Freistaates und die Beamten der Gemeinden, Gemeindeverbände und der sonstigen der Aufsicht des Freistaates unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts. Ein Abwarten auf die Verabschiedung des neuen Bayerischen Besoldungsgesetzes (Bay-BesG) im Rahmen des Gesetzes zum Neuen Dienstrecht in Bayern und des Art. 55 BayBesG neu, nach dessen Maßgabe die Staatsregierung ermächtigt ist, durch Rechtsverordnung die Abgeltung besonderer Erschwernisse, die nicht schon bei der Ämterbewertung berücksichtigt, anderweitig abgegolten oder ausgeglichen sind, zu regeln, ist für die Betroffenen nicht weiter zumut- und hinnehmbar. Daher wird das BayBVAnpG 2009/2010 geändert und die Erschwerniszulagen nach § 4 EZuV werden kräftig angehoben. Im Einzelnen: Die Zulagen für den Sonntags-, Feiertagsdienst, den Dienst an bestimmten Vorfesttagszeiten (Erschwerniszulagen nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 EZuV) und für den Nachtdienst, d.h. den Dienst zwischen 20.00 Uhr und 6.00 Uhr (Erschwerniszulage nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b EZuV), werden auf jeweils einheitliche 5,00 Euro angehoben. Die Zulage für den Samstagdienst, also den Dienst an Samstagen, die keine Oster- und Pfingstamstage sind, in der Zeit zwischen 13.00 Uhr und 6.00 Uhr (Erschwerniszulage nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a i.V.m. Abs. 2 EZuV), wird auf 2,50 Euro je Stunde erhöht. Die Erhöhungen werden jeweils wirksam zum 1. Juli 2010. Die Alternative wäre die Beibehaltung der bisherigen niedrigen Erschwerniszulagen.

Nr. 2:

Nach Art. 8 Abs. 2 BayBVAnpG 2009/2010 findet Alterszeit, die nach dem 31. Dezember 2009 angetreten wird, bei der ruhegehaltfähigen Dienstzeit nur noch entsprechend dem Verhältnis der tatsächlichen zur regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit Berücksichtigung. Mit dieser Regelung wurde § 6 Abs. 1 Satz 3 BeamtVG durch Landesrecht ersetzt. Die Sonderregelung des § 6 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 BeamtVG zur Berücksichtigung von Altersteilzeit im Umfang von $\frac{9}{10}$ der Arbeitszeit, die der Bemessung der Altersteilzeit zugrunde liegt, wurde in die landesrechtliche Regelung nicht übernommen. In Art. 14 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG), das im Rahmen des Neuen Dienstrechts in Bayern verabschiedet werden wird, ist die Sonderregelung des § 6 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 BeamtVG ebenfalls nicht vorgesehen. In der Begründung zu Art. 14 Bayerisches Beamtenversorgungsgesetz (neu) in dem Gesetzentwurf zum Neuen Dienstrecht in Bayern (Drs. 16/3200) wird auf die Nichtfortführung dieser Sonderregelung hingewiesen.

Art. 8 Abs. 2 BayBVAnpG 2009/2010 bzw. Art. 14 Abs. 1 BayBeamtVG (neu) sind der Fortführung der Alterszeit über den 31. Dezember 2009 hinaus zu geänderten Konditionen geschuldet. Die Vorschrift des Art. 8 Abs. 2 BayBVAnpG

2009/2010 wird daher geändert und die Sonderregelung des § 6 Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 BeamtVG (Berücksichtigung von Altersteilzeit im Umfang von $\frac{9}{10}$ der Arbeitszeit, die der Bemessung der Altersteilzeit zugrunde liegt) in die Vorschrift eingeführt.

Zu Nr. 3 (Aufhebung des bisherigen § 2):

Die Zuführungen des Jahres 2010 an das Sondervermögen „Versorgungsfonds des Freistaates Bayern“ in Höhe von 105.000.000 Euro werden nicht ausgesetzt, soweit diese den Betrag von 70.000.000 Euro übersteigen.

Zu Nr. 4 (neuer § 7):

Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

Studiengebühren an den Hochschulen sind sozial ungerecht und werden in Bayern wieder abgeschafft.

Mit der Einführung der Studienbeiträge wurde die ohnehin bereits bestehende Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft verschärft. Statt Leistung und Begabung entscheidet nun vermehrt der finanzielle Hintergrund der Eltern, ob junge Menschen an die Hochschulen kommen.

Studienbeiträge führen zu einer zusätzlichen Einengung des Hochschulzugangs und der Bildungschancen nach sozialen Kriterien. Der finanzielle Hintergrund darf jedoch nicht noch stärker zum Auswahlkriterium in der Bildung werden, als dies jetzt schon der Fall ist.

Ziel der bayerischen Hochschulpolitik muss es sein, jungen Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten eine fundierte Ausbildung zu ermöglichen. Soziale Herkunft und Einkommen der Eltern entscheiden aber darüber, wer ein Hochschulstudium aufnimmt. Studienbeiträge erhöhen die ohnehin schon bestehenden sozialen Barrieren noch weiter.

Die angekündigte soziale Abfederung der Studienbeiträge existiert in Bayern nicht. Stipendiensysteme gibt es keine und Kredite zur Studienfinanzierung sind für viele Studierende keine Alternative, da sie teuer sind und eine hohe Belastung für die Studierenden darstellen.

In den Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks wird seit Jahren auf die soziale Benachteiligung von Menschen mit niedriger sozialer Herkunft aufmerksam gemacht. In den letzten Jahren ist der Anteil der hohen und der gehobenen Herkunftsgruppe an den Hochschulen kontinuierlich gestiegen, der der beiden unteren Gruppen weiter gesunken.

Der dringend notwendige Anstieg der Akademikerzahlen, wie er von der Wirtschaft dringend gefordert wird, ist nur zu erreichen, wenn Studierende aller Herkunftsgruppen stärker an den Hochschulen vertreten sind.

Die Studierenden bekommen für ihr Geld keine entsprechende Gegenleistung. Die mit der Einführung von Studiengebühren versprochenen nachhaltigen Verbesserungen der Studienbedingungen sind nicht erfolgt. An den seit Jahren unterfinanzierten Hochschulen fehlt in vielen Fällen die nötige Infrastruktur, um die Studiengebühren überhaupt effektiv einsetzen zu können.

Zu Nr. 5:

Der bisherige § 7 wird § 8.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/3082

Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)

Drs. 16/3793

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010) (Drs. 16/3082)

hier: Verringerung der Personalausgaben für den ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Stoiber, Nichtaufstockung der Personalausgaben für den ehemaligen Ministerpräsidenten Beckstein

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FW)

Drs. 16/3794

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010) (Drs. 16/3082)

hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b HG

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FW)

Drs. 16/3795

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010)

(Drs. 16/3082)

hier: Änderung des Gesetzes zur Anpassung der Bezüge 2009/2010

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FW)

Drs. 16/3796

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010)

(Drs. 16/3082)

hier: Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD

Drs. 16/3814

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010)

(Drs. 16/3082)

hier:

- Streichung der allgemeinen dreimonatigen Wiederbesetzungssperre nach Art. 6 Abs. 2 Satz 2 Haushaltsgesetz 2009/2010

- Keine Änderung des Art. 6 Abs. 9 Haushaltsgesetz 2009/2010 (keine Verschiebung der Stellenhebungen im Rahmen des Neuen Dienstrechts in Bayern)

- Reduzierung der Stellen zur Unterstützung der ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Beckstein und Dr. Stoiber

- Neue Stellen für die Landratsämter, Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaften, Justizvollzugsanstalten, Schulen, Finanzämter, Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Arbeitsgerichte, Sozialgerichte, Veterinärverwaltung, Hochschulen; Stellenhebungen bei den Landratsämtern und der Polizei; Stellen von Jugendkontaktbeamten; Umwandlung der Arbeitnehmerstellen in Beamtenstellen bei den Staatlichen Feuerweherschulen; Ernennungsstellen für Gerichtsvollzieher

- Streichung der Sperre frei werdender Stellen ab 2005 nach Art. 6b Haushaltsgesetz 2009/2010
- Erhöhung der Stellen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten nach Art. 6c Haushaltsgesetz 2009/2010
- Streichung der Sperre frei werdender Stellen im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer nach Art. 6f Haushaltsgesetz 2009/2010
- Streichung des Art. 6g Haushaltsgesetz 2009/2010 (Nachbesetzung von Stellen für Arbeitnehmer um eine Entgeltgruppe niedriger)
- Erhöhung der Anwärtergrundbeträge und der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten
- Änderung Art. 8 Abs. 2 BayBVAnpG 2009/2010 (Berücksichtigung Altersteilzeit bei der ruhegehaltfähigen Dienstzeit)
- Aufhebung des § 2 (Aussetzung der Zuführungen an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Freistaates Bayern")
- Abschaffung der Studiengebühren

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 16/3825

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010)
(Drs. 16/3082)

8. Änderungsantrag des Abgeordneten Thomas Kreuzer und Fraktion (CSU), Harald Güller und Fraktion (SPD), Tanja Schweiger und Fraktion (FW), Ulrike Gote und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Jörg Rohde und Fraktion (FDP)

Drs. 16/4007

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010)
(Drs. 16/3082)
hier: Änderung des § 1 Nr. 2 Buchst. b

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

In § 1 wird

1. Nr. 2 Buchst. b Abs. 12 wie folgt geändert:

a) Es werden folgende Sätze 1 und 2 eingefügt:

„¹Aus Kapitel 01 01 (Landtag) wird eine Planstelle der BesGr A 14 (Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin) in das Kapitel 02 01 (Ministerpräsident und Staatskanzlei) umgesetzt und in eine Planstelle der BesGr B 6 (Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin) umgewandelt. Die Planstelle erhält den Vermerk „Umgewandelt nach BesGr A 14 mit Ausscheiden des Stelleninhabers“.“

b) Die bisherigen Sätze 1 und 2 werden Sätze 3 und 4.

2. Nr. 8 Buchst. d (Änderung des Art. 8 Abs. 11 des Haushaltsgesetzes 2009/2010) wie folgt geändert:

„Nach dem Wort „Augsburg“ werden die Worte „sowie 1070 der Gemarkung Göggingen mit 22 470 m²“ eingefügt.“

Berichterstatter:
Mitberichterstatter:

Alexander Radwan
Volkmar Halbleib

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen.
Der Ausschuss für Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf endberaten.
Zum Gesetzentwurf wurden die Änderungsanträge Drs. 16/3793, Drs. 16/3794, Drs. 16/3795, Drs. 16/3796, Drs. 16/3814, Drs. 16/3825 und Drs. 16/4007 eingereicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/3793, Drs. 16/3794, Drs. 16/3795, Drs. 16/3796, Drs. 16/3814, Drs. 16/3825 und Drs. 16/4007 in seiner 69. Sitzung am 3. März 2010 und in seiner 71. Sitzung am 9. März 2010 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/4007 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen. Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 16/3793 und 16/3796 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/3794 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/3795 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/3814 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Enthaltung
B90/GRÜ: Enthaltung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/3825 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf in und die Änderungsanträge Drs. 16/3793, Drs. 16/3794, Drs. 16/3795, Drs. 16/3796, Drs. 16/3814, Drs. 16/3825 und Drs. 16/4007 seiner 31. Sitzung am 11. März 2010 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/4007 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 16/3793 und 16/3796 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/3794 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/3795 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/3814 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Enthaltung
B90/GRÜ: Enthaltung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/3825 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehenden Änderungsanträge zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz – NHG – 2010) (Drs. 16/3082)

werden abgelehnt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010) (Drs. 16/3082) hier: Verringerung der Personalausgaben für den ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Stoiber, Nichtaufstockung der Personalausgaben für den ehemaligen Ministerpräsidenten Beckstein (Drs. 16/3793)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FW) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010) hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b HG (Drs. 16/3794)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Tanja Schweiger, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FW) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010) hier: Änderung des Gesetzes zur Anpassung der Bezüge 2009/2010 (Drs. 16/3795)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FW) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010) hier: Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes (Drs. 16/3796)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010) (Drs. 16/3082) hier:
 - Streichung der allgemeinen dreimonatigen Wiederbesetzungssperre nach Art. 6 Abs. 2 Satz 2 Haushaltsgesetz 2009/2010
 - Keine Änderung des Art. 6 Abs. 9 Haushaltsgesetz 2009/2010 (keine Verschiebung der Stellenhebungen im Rahmen des Neuen Dienstrechts in Bayern)
 - Reduzierung der Stellen zur Unterstützung der ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Beckstein und Dr. Stoiber
 - Neue Stellen für die Landratsämter, Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaften, Justizvollzugsanstalten, Schulen, Finanzämter, Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Arbeitsgerichte, Sozialgerichte, Veterinärverwaltung, Hochschulen; Stellenhebungen bei den Landratsämtern und der Polizei; Stellen von Jugendkontaktbeamten; Umwandlung der Arbeitnehmerstellen in Beamtenstellen bei den Staatlichen Feuerwehrschulen; Ernennungsstellen für Gerichtsvollzieher
 - Streichung der Sperre frei werdender Stellen ab 2005 nach Art. 6b Haushaltsgesetz 2009/2010
 - Erhöhung der Stellen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten nach Art. 6c Haushaltsgesetz 2009/2010
 - Streichung der Sperre frei werdender Stellen im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer nach Art. 6f Haushaltsgesetz 2009/2010
 - Streichung des Art. 6g Haushaltsgesetz 2009/2010 (Nachbesetzung von Stellen für Arbeitnehmer um eine Entgeltgruppe niedriger)
 - Erhöhung der Anwärtergrundbeträge und der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten
 - Änderung Art. 8 Abs. 2 BayBVAnpG 2009/2010 (Berücksichtigung Altersteilzeit bei der ruhegehaltsfähigen Dienstzeit)
 - Aufhebung des § 2 (Aussetzung der Zuführungen an das Sondervermögen „Versorgungsfonds des Freistaates Bayern“)
 - Abschaffung der Studiengebühren (Drs. 16/3814)

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010) (Drs. 16/3082) (Drs. 16/3825)

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Georg Winter

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Manfred Pointner

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Thomas Mütze

Abg. Karsten Klein

Abg. Christine Kamm

Staatsminister Georg Fahrenschon

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich rufe gemeinsam die Tagesordnungspunkte 5 und 6 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2010) (Drs. 16/3081)**

- Zweite Lesung -

hierzu:

**Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger
u. a. (SPD) (Drs. 16/3813)**

und

**Änderungsanträge der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger,
Mannfred Pointner u. a. und Fraktion (FW) (Drs. 16/3790, 16/3791 und 16/3792)**

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz -
NHG - 2010) (Drs. 16/3082)**

- Zweite Lesung -

hierzu:

**Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
von Abgeordneten der CSU- und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/3430 mit 3443, 3653
mit 3660 und 3856 mit 3867),
von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/3375 mit 3410, 3418, 3571 mit 3579,
3582 mit 3594, 3757 mit 3777 und 3829 mit 3854),
von Abgeordneten der Fraktion Freie Wähler (Drsn. 16/3370 mit 3374, 3495 mit
3498, 3641 mit 3648, 3652 und 3781 mit 3789),**

von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/3342 mit 3353, 3598 mit 3630 und 3868 mit 3884)

und

Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsgesetz 2010

der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger u. a. (SPD) (Drs. 16/3814),

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FW) (Drs. 16/3793 mit 16/3796),

der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drs. 16/3825),

Interfraktioneller Änderungsantrag von CSU, SPD, FW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (Drs. 16/4007)

Ich eröffne dazu die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart. Erster Redner ist Herr Kollege Winter. Bitte schön, Herr Kollege Winter. Sie haben als erster Redner das Wort.

Georg Winter (CSU): "Von der Stirne heiß rinnen muss der Schweiß, soll das Werk den Meister loben." Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer von Ihnen kennt sie nicht, diese Zeilen aus Schillers Lied von der Glocke. Glauben Sie mir - die Kollegen können es bestätigen -, viel Schweiß ist geflossen in den arbeitsintensiven Wochen während der Beratungen im Haushaltsausschuss. Umso mehr freue ich mich, dass wir den Nachtragsetat 2010 heute beschließen können. Er ist das Ergebnis einer erfolgreichen Teamarbeit. Ganz herzlicher Dank gebührt allen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss. Sie haben engagiert, immer sachlich und mit hoher Präsenz gearbeitet. Ich danke meinem Stellvertreter, Herrn Kollegen Halbleib, für die oftmals in der Sache streitige, aber stets konstruktive Zusammenarbeit. Mein Dank gilt außerdem Ihnen, Herr Finanzminister Fahrenschoen und Herrn Staatssekretär Pschierer, für die aktive Präsenz bei den Beratungen. Danke sage ich auch den fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussbüros, der Fraktionen sowie der Ministerien. Ihre Arbeit

findet nur selten im Lichte der Öffentlichkeit statt. Sie haben die Sitzungen stets optimal vorbereitet. Es ist gut, wenn wir an dieser Stelle Danke sagen.

(Beifall bei der CSU)

Was haben wir in den zurückliegenden Sitzungswochen alles beraten? Wir haben das Nachtragshaushaltsgesetz, das Finanzausgleichsänderungsgesetz sowie die Einzelpläne aller Ministerien einschließlich des Landtags, der Staatskanzlei und des Rechnungshofs beraten. Dabei waren rund 250 Änderungsanträge aus fünf Fraktionen und - nicht zu unterschätzen - eine Vielzahl komplexer Eingaben zu bewältigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns intensiv mit diesem Nachtragshaushalt auseinandergesetzt. Deshalb kann ich heute voller Überzeugung sagen: Es ist ein guter Haushalt. Er verdient das Prädikat "grundsolide". Die Fraktionen von CSU und FDP haben dabei mit rund 40 eigenen Anträgen wichtige Akzente im Nachtragshaushalt gesetzt. Ich werde später noch näher darauf eingehen.

Meine Damen und Herren, bereits am 15. Dezember hat das Kabinett unter Ministerpräsident Seehofer den Entwurf dieses Etats beschlossen. Zwischenzeitlich haben sich auch Änderungen ergeben. Das ist bei Plänen so. Der bedeutendste und wichtigste Aspekt war dabei die Betreuung der Kinder unter drei Jahren. Damals waren wir der Ansicht, dass 250 Millionen Euro für die Umsetzung notwendig seien. Anschließend hat das Sozialministerium eine Umfrage bei den Kommunen durchgeführt. Was ist dabei herausgekommen? Manche von Ihnen sagen vielleicht: Das hätten wir ohnehin gewusst. Diejenigen von Ihnen, welche die Debatte verfolgt haben, haben mitbekommen, dass eine unheimliche Aktivität herrscht. Die Kommunen beabsichtigen in einem weitaus größeren Maße als bisher, die Kinderbetreuung bereits im Jahre 2010 auszuweiten. Bravo. Darüber können wir uns alle gar nicht genug freuen. Wie hat es der Dichter Novalis ausgedrückt? "Wo Kinder sind, da ist ein goldenes Zeitalter."

Staatsregierung und Regierungsfaktionen haben prompt reagiert. Das Gesamtprogrammvolume in Höhe von 440 Millionen Euro wird um weitere 85 Millionen Euro für

Verpflichtungsermächtigungen aufgestockt. Damit stehen uns für unsere Kinder 525 Millionen Euro zur Verfügung. Damit rückt auch das Ziel eines schnellen und bedarfsgerechten Ausbaues ein ganzes Stück näher. Ich darf zusammenfassen: Für den Bereich Kinder investieren wir 820 Millionen Euro in Betriebskosten, 100 Millionen Euro Landes-erziehungsgeld und darüber hinaus 250 Millionen Euro - das ist mehr geworden - in die Krippen. Damit geben wir weit mehr als eine Milliarde Euro für unsere Kinder aus.

Der Haushalt ist von vielen Seiten mitgestaltet worden. Die Fraktionen von CSU und FDP sind in der vergangenen Woche im Rahmen der Haushaltsberatungen den Jakobsweg der Investitionen konsequent weitergegangen, selbst wenn er manchmal - wie es der Name sagt - hart und steinig war. Die gute sachliche Arbeit zeigt sich darin, dass nicht nur schwarz-weiß gedacht wurde - hier Opposition, da Regierungsfaktionen -, sondern auch Gemeinsamkeiten hervorgehoben worden sind. Dafür sage ich an dieser Stelle noch einmal: Herzlichen Dank. Die Opposition hat häufig Initiativen von CSU und FDP zugestimmt, wenngleich sie im Einzelfall höhere Wunschvorstellungen hatte. Aber die Erkenntnis "lieber das als nichts" hat bei den Beratungen eine wichtige Rolle gespielt.

So konnten wir uns mit der SPD bei der Jugendförderung, mit den GRÜNEN bei dem Präventionsprojekt "HaLT" gegen den Alkoholmissbrauch und mit den Freien Wählern bei der Verbesserung des Verbraucherschutzes verständigen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Nachrichten war es wichtig, dass wir schon vor Wochen das Präventionsprojekt zur Verhinderung pädosexueller Straftaten durch eine gemeinsame Initiative aller Fraktionen - Herr Kollege Pointner, Herr Kollege Halbleib, Herr Kollege Mütze und Herr Kollege Klein - auf den Weg bringen konnten. Auch die Diskussion über das zuständige Ressort ist zu einem guten Abschluss gekommen.

Die zusätzlichen Initiativen der Regierungsfaktionen im Haushaltsjahr 2010 haben ein Volumen von 50 Millionen Euro. Nahezu der gesamte Betrag wurde, wie bereits angesprochen, für investive Maßnahmen - Herr Finanzminister, das war auch Ihnen ein wichtiges Anliegen - vorgesehen. Ich versuche, die Zahlen schlaglichtartig aufzuzeigen,

da es unendlich viele sind. Der Geschäftsbereich des Inneren kommt an erster Stelle und hat gut bei der Verteilung abgeschnitten. Der Geschäftsbereich des Inneren umfasst 6,7 Millionen Euro. In diesem Zusammenhang war es wichtig, die Polizeiboote zu ersetzen und die Schutzausrüstung zu verbessern. Die Kollegen Meißner und Peter Winter sowie die Facharbeitskreise haben sich dafür engagiert. Gerade bei der Bergrettung und der Bergwacht ist es entscheidend, weitere drei Millionen Euro in den analogen Funkverkehr zu investieren. Warum geschieht es nicht digital? - Weil dort die Voraussetzungen nicht vorliegen, um auf diese Technik umzusteigen.

Für den Bereich der Obersten Baubehörde geht es immerhin um 14,6 Millionen Euro. Herr Kollege Rotter, die Städtebauförderung war Ihnen ein wichtiges Anliegen, natürlich für den Kollegen Josef Miller auch der Staatsstraßenbau. Hier nenne ich auch die Kollegen des Innenarbeitskreises.

Wichtig ist die Frage, wofür wir das Geld ausgeben. Es geht darum, den ländlichen Raum anzubinden, Unfallschwerpunkte zu beseitigen und den Radwegebau, bei dem es eine große Nachfrage gibt, tatkräftig zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Im Bereich der Justiz geht es um 1,5 Millionen Euro. Auch dieser Betrag kann sich sehen lassen. Der Verbraucherschutz wird mit 200.000 Euro gestärkt. Für die Barrierefreiheit behindertengerechter Erschließung sind 1,1 Millionen Euro vorgesehen. Auch das bereits genannte gemeinsame Projekt aller Fraktionen zur Verhinderung pädosexueller Straftaten hat hier ressortmäßig seinen Niederschlag gefunden.

Bei dem Geschäftsbereich Bildung geht es um 4,7 Millionen Euro. Vorher hatten wir die aktuelle Debatte um die Mittelschule geführt. Auch hier muss man sagen: Wir haben einige Akzente im Bereich der Verwaltungskräfte und im Bereich der Jugendarbeit setzen können. Auch hier, Kollege Halbleib, und bezüglich der Musik, Kollege Peter Winter, haben wir einiges tun können.

Ein wichtiges Anliegen des Kollegen Eisenreich und der für die Bildung zuständigen Kollegen, lieber Kollege Nöth, war die inklusive Beschulung behinderter Kinder, wie sie jetzt auch durch die UN-Konvention für die Behindertenrechte in aller Munde und vorgegeben ist.

Im Geschäftsbereich Wirtschaft geht es um 4 Millionen Euro. Herr Staatsminister, ich glaube, die Regionalförderung ist heute wichtiger denn je. Da ist das Geld gut angelegt. Regionalmanagement prägt den ländlichen Raum und wird durch den Bereich der Landwirtschaft ergänzt. Wir wollen die ländliche Entwicklung stärken. Für die Dorferneuerung kommen noch 5 Millionen Euro hinzu. Bei der Ernährungsbildung ist es 1 Million Euro. Die Kollegin Brendel-Fischer ist hier groß engagiert; ebenfalls sind es die Jugendverbände.

Dann komme ich zum Bereich Soziales. Wer Zeit hatte und die bisherige Entwicklung mitverfolgen konnte, hat miterlebt: In Vancouver gab es nicht nur die Olympiade, sondern auch die Paralympics; diese sind gerade zu Ende gegangen. Wer zugeschaut hat, war verblüfft über die grandiosen Leistungen, die unsere Behinderten bereitgestellt haben. Es waren auch große Sportler aus dem Freistaat dabei. Ich bin sehr froh, dass wir im Haushalt die Hilfen für die Behinderten verbessern konnten. Wir haben - dafür haben sich Kollege Unterländer und Frau Kollegin Meyer stark gemacht - 3,5 Millionen Euro für Behinderte bereitgestellt, damit sie sich, wenn sie aus der Werkstatt kommen und ein Zuhause brauchen, ein entsprechendes Umfeld schaffen können.

Natürlich gibt es noch eine ganze Reihe anderer Maßnahmen, die den Sozialbereich unterstützen.

Jetzt komme ich zu einem anderen Thema. Da könnte man sagen: Das stinkt mir. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Redewendung haben Sie schon öfter gehört. In diesem Zusammenhang geht es nicht um einen politischen Gestank, sondern um den Geschäftsbereich Umwelt. Wir haben auf Wunsch der für die Umweltpolitik zuständigen

Kollegen, wie Otto Hünnerkopf, die Kleinkläranlagenförderung um 1 Million Euro auf 10 Millionen Euro aufgestockt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist nichts Neues!)

- Das ist schon etwas Neues. Wir wollen das Programm, bevor es zu Ende geht, noch so ausstatten, dass die Probleme abgearbeitet werden können.

Im Gesundheitsbereich waren wir der Meinung, dass wir mit der Unterstützung des Projekts HaLT - "Hart am Limit" - der Sucht und dem Jugendalkoholismus entgegenzutreten und das Mutter-Kind-Zentrum in Augsburg mit 3 Millionen Euro unterstützen sollten, und zwar neben dem "Gesundheitsstandort Bayern", der, wie Sie wissen, in der Gesundheitswirtschaft ein ganz wichtiger Zukunftsmarkt ist.

Der Geschäftsbereich Wissenschaft, Forschung, Kunst schneidet ebenfalls hervorragend ab, er erhält 5,5 Millionen Euro. Herr Minister Zeil, ich habe mir schon überlegt: 4 Millionen Euro für Ihr Ressort, 5,5 Millionen Euro für den Kollegen Heubisch, zusammen sind das 9,5 Millionen Euro. Besser könnte man auch bei einem FDP-Haushaltssausschussvorsitzenden nicht wegkommen.

Aber wichtig ist, dass wir in der Sache das Richtige erreichen, nämlich den Denkmalschutz, die Laienmusik, die Staatsoper, die Staatsbibliothek, das Orchester Münchner Jakobsplatz, das Literaturportal, die Vernetzung des Campus - Deggendorf mit Cham - und das Programm der nachwachsenden Rohstoffe in Straubing unterstützen. Hier ist also eine ganze Menge geschehen.

Es ist wichtig, dass sich der Nachtragshaushalt auf die wirtschaftliche Lage einstellt. Diese ist durch eine Wirtschafts- und Finanzkrise gekennzeichnet, die im vergangenen Jahr den größten Rückgang des Wachstums mit fünf Prozent bewirkt hat. Dieser seit der Nachkriegszeit größte Rückgang stellt natürlich eine enorme Herausforderung dar.

Wir konnten hierbei auf unsere Rücklagen zurückgreifen. Wir haben es auch getan. Wir haben damit ein Stück Weitsichtigkeit und haushaltspolitische Vernunft bewiesen.

Es wird gefragt: Warum werden die Rücklagen in Anspruch genommen, und werden die möglicherweise auf Null gestellt? Es war ganz entscheidend, dass es diese Rücklagen gibt. Wir haben die Rücklagen gegen die Ausgabeninflation der Oppositionsfraktionen hartnäckig und zäh verteidigt. Wir brauchen sie, um antizyklisch handeln zu können.

Wie wichtig unsere Sparsamkeit in der Vergangenheit war, wird insbesondere daran deutlich, dass wir in dem Jahr nach der größten Wirtschaftskrise - meine Damen und Herren, das ist ein wichtiger Punkt; Herr Kollege Barfuß, der für den Wissenschaftsbereich zuständig ist, weiß das - mehr als ein Drittel unseres Etats für Bildung und Wissenschaft ausgeben. Die Summe der Einzelpläne der Minister Spaenle und Heubisch beträgt exakt 14,4 Milliarden Euro. Das ist sogar ein bisschen mehr als ein Drittel. Damit wird jeder dritte Euro für Bildung und Wissenschaft ausgegeben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bei dem Drittel oder bei den 33 % oder bei dem dritten Euro fragt man sich: Ist das eigentlich viel oder wenig? Machen wir da doch einmal den Ist-Vergleich; Sie wissen, das Ist ist immer besser als das Soll. Ich habe festgestellt: Von drei Euro wird ein Euro für Bildung und Wissenschaft ausgegeben. Das entspricht hier oben drei Stühlen. Das muss im Protokoll festgehalten werden. Nächstes Jahr machen wir dann wieder einen Vergleich.

Wie gesagt, Herr Heubisch, Herr Marcel Huber und Herr Spaenle, drei von 18 bekommen einen Euro, und die weiteren 15 einschließlich Ministerpräsident müssen sich mit zwei Euro zufriedengeben. Damit wird deutlich, dass, wenn drei einen Euro bekommen und 15 zwei Euro, Bayern eindeutig bei Bildung und Wissenschaft Spitze ist.

Wichtig ist, dass wir mit den Investitionen dazu beitragen, wettbewerbsfähig zu bleiben und die Leistungsfähigkeit erhalten wollen.

Was die Investitionsquote betrifft, sind die Zahlen interessant, die man dazu hört. Was sind denn 13,8 % oder 5,8 Milliarden Euro? Man könnte diese Zahl auch in D-Mark ausdrücken; dann wären es 11,6 Milliarden DM. Entscheidend ist jedenfalls, die Zahlen zueinander in Vergleich zu setzen.

Mir ist aufgefallen, dass unsere pfälzischen Freunde, die lange zu Bayern gehört haben und jetzt bei Rheinland-Pfalz sind, eine ganz beachtliche Investitionsquote von 13,1 % haben. Respekt, was die leisten!

Es ist die Frage zu stellen: Wie machen die das? Dazu gibt es eine interessante Antwort. Die Investitionsquote beträgt zwar 13,1 %, aber die Kreditfinanzierungsquote beträgt 17 %. Das heißt, die Schuldenaufnahme ist in Rheinland-Pfalz beträchtlich höher als das, was investiert wird. Damit, glaube ich, bekommt das Ganze einen sehr bitteren Beigeschmack.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU) - Beifall bei der CSU)

- Wenn es die Zeit zulässt, gehe ich darauf ein.

Herr Kollege Halbleib, Sie haben bei der Ersten Lesung von den drei T's gesprochen, von Tarnen, Tricksen, Täuschen. Diese Alliterationen sind schöne rhetorische Schmuckelemente, eine schöne Geschichte. Nur sollten sie natürlich auch stimmen, wenn man so etwas verwendet. Mittlerweile wissen Sie - wir haben darüber gesprochen -, dass sich der Vergleich mit dem, was 2008 als Haushalt für 2010 konzipiert wurde, nicht zur Beurteilung eignet, sondern es ist ganz wichtig, dass wir uns an den Haushalt 2009 halten. Er liegt hinter uns, und wir haben ein konkretes Ergebnis. Davon ausgehend, fragen wir: Was wollen wir in 2010 tun?

In unserem Nachtragshaushaltsentwurf steht es schwarz auf weiß. Wenn man diese beiden Dinge gegenüberstellt, ist das doch ein sehr interessanter Vergleich: Da gibt es eben keinen Kürzungshaushalt, wie Sie gesagt haben, sondern es sind 1,1 Milliarden Euro mehr, die wir im Jahre 2010 im Freistaat Bayern für die Erfüllung unserer

staatlichen Aufgaben ausgeben, in Prozent ausgedrückt: 2,7%. Das mit der Bildung haben wir schon besprochen; das sind sage und schreibe über 350 Millionen Euro mehr, knapp 4 %. Also: Es geht in die von Ihnen gewünschte Richtung.

Zum Haushalten gehört, dass wir sparsam mit den Steuergeldern umgehen. Ich glaube, uns allen ist klar, dass sich der in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2013 ausgewiesene Konsolidierungsbedarf von immerhin über 8 Milliarden Euro nicht allein durch eine gute wirtschaftliche Entwicklung auffangen lässt. Wir werden deshalb in den kommenden Jahren auch da einen Schwerpunkt setzen und Einsparungen vornehmen müssen. Wichtig sind uns: Zukunftsfähigkeit, Generationengerechtigkeit, Perspektiven für die Jugend. Bei der Gestaltung der künftigen Haushaltspolitik sollen sie unsere Leitlinien sein.

Jetzt möchte ich auf die kommunalen Finanzen eingehen, auch weil heute in den Medien darüber berichtet wurde, dass sich die Lage wesentlich verändert hat im Vergleich zwischen dem letzten Jahr und heuer. Letztes Jahr waren es, sagt Frau Petra Roth, 7 Milliarden Euro plus, heuer sind es 7 Milliarden Euro minus.

Wie sieht es damit in Bayern aus? - Da können wir doch Erfreuliches festhalten. In den Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich - die Verhandlungen, Herr Finanzminister, waren Ende letzten Jahres - ist es gelungen, eben diese strukturelle Veränderung aufzufangen. 60 Millionen Euro wurden draufgelegt. Im Nachtragshaushalt, beim Steuerverbund, konnte der Anteil der Kommunen auf 12 % erhöht werden. Das heißt, das nützt den Kommunen nicht nur im guten Jahr 2010, sondern die Erhöhung des Steuerverbunds setzt sich auch in den nächsten Jahren fort, in denen dieser höhere Anteil für unsere Kommunen sicherlich extrem wichtig ist.

Auch das lässt sich sagen: Gerade das, was im kommunalen Bereich mit dem Ausgleich gefordert und unterstützt wird, ist beachtlich: Schulhausbau, Kinderbetreuungseinrichtungen, Krankenhausfinanzierung, die Investitionspauschale, mit der man als Kommune - der Bürgermeister - frei arbeiten kann, dann die ÖPNV-Investitionen, die Wasser- und

Versorgungsanlagen, Straßenbau, Unterhalt, GVFG - all das zusammen macht allein 1,7 Milliarden Euro in diesem großen kommunalen Finanzausgleich aus.

Wichtig ist auch, was der Bund hier tut. Herr Finanzminister, wir sind stolz, dass Sie zu den wenigen gehören, die in dieser Kommission mitarbeiten, wo es darum geht, wie die Kommunalfinanzreform auf Bundesebene gestaltet wird. Das Beispiel Länderfinanzausgleich macht deutlich, dass man bei solchen Entwicklungen, frühzeitig mit dabei sein muss, damit es in die richtige Richtung geht. Denn diese Reformen werden von denen, die eine Unterstützung brauchen, immer als eine Chance gesehen, das in ihre Richtung zu steuern und zu gestalten.

Ein Weiteres, das in der Kommission auch eine Rolle spielt, sind mögliche Steuerveränderungen. Für uns ist es wichtig, bei der Gewerbesteuer ganz klar zu sagen: Da kann man Änderungen nur vornehmen, wenn es brauchbare Alternativen gibt, und wir werden hier auch nichts gegen den Willen der Kommunen unternehmen. Uns ist die Stärkung der kommunalen Finanzen ein ganz wichtiges Anliegen.

Ebenso wichtig ist, nicht nur zu sagen, wo mehr Geld herkommen soll, sondern wie wir die riesige Ausgabenflut auch in Grenzen halten können. Da möchte ich nur auf ein Beispiel verweisen, dass wir mittlerweile - Frau Naaß, jetzt habe ich es nicht genau im Kopf - 580 oder noch mehr Millionen Euro nach Art. 15 FAG bei den Sozialleistungen ausgeben. Ich kann mich gut erinnern, dass wir noch vor zehn Jahren diese Summe nicht einmal in D-Mark erreicht hatten. Innerhalb dieses Zeitraums hat sich also der Betrag stark erhöht; er ist nach der Umstellung von D-Mark auf Euro heute doppelt so hoch wie damals.

Zum Abschluss kann man erfreulicherweise feststellen: Der Kommunale Finanzausgleich des Doppeletats 2009/2010 ist der beste, den wir in der Geschichte Bayerns je hatten. Im Jahre 2009 waren es 6,35 Milliarden Euro, im Jahre 2010 sind es 6,3 Milliarden Euro. Um auch hier einen Vergleich zu wählen: Vor fünf Jahren waren das noch

5,1 Milliarden Euro, also 1,2 Milliarden Euro weniger. Das macht deutlich, dass wir hier wirklich gut unterwegs sind.

Der Länderfinanzausgleich ist in aller Munde; er ist aktuell und wichtig. Was ist jetzt an dem Thema neu? Neu ist, dass jetzt die endgültige Abrechnung zum Länderfinanzausgleich vorliegt. Das, was hier an Zahlen vorlag, hat sich eindeutig bestätigt, nämlich dass Bayern beim Finanzausgleich 3,4 Milliarden Euro "abliefern", zusammen mit dem Umsatzsteuerausgleich, der uns 1,6 Milliarden Euro kostet, sind das - es lässt sich gut rechnen - 5 Milliarden Euro. Im Gegensatz dazu erhält das Land Berlin beim Finanzausgleich 2,9 Milliarden Euro, beim Umsatzsteuerausgleich 0,5 Milliarden Euro und von der Bundesergänzungszuweisung 2,8 Milliarden Euro, zusammen also 6,2 Milliarden Euro. Insgesamt werden 13,5 Milliarden Euro Bundesergänzungszuweisung an die Länder verteilt. Unser bayerischer Anteil wäre hier, gemessen an der Bevölkerung, 2 Milliarden Euro; wir bekommen aber null Euro.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Berlin bekommt für alle drei Bereiche zusammen 6,2 Milliarden Euro.

Wenn es um den Zustand der Länder beim Rating geht, ist das Interessante, dass die Rating-Agenturen bei Berlin gerade diese Position als einen Punkt sehen, warum man es positiv bewertet. Aber wir in Bayern haben die Schwierigkeit und das Problem, dass uns 7 Milliarden Euro fehlen.

Jetzt ist die Frage, wie man das verständlich machen kann. Jeder erwartet von uns - wie beim FC Bayern -, dass wir natürlich an der Spitze der Bewegung marschieren. Wenn man davon ausgeht, dass in dem gesamten Topf 27 Milliarden Euro sind, habe ich das auf einen Tag umgerechnet, auf 24 Stunden, wie beim Rennen von Le Mans; da müssen wir mal hinfahren. Aber wenn man sich das so überlegt, heißt das, die Bayern haben mit 7 Milliarden Euro einen Spätstart, dürfen erst sieben Stunden später losfahren. Die Berliner bekommen 6,2 Milliarden Euro, sie dürfen schon sechs Stunden früher starten. Und trotzdem stehen wir als Sieger auf dem Podest.

(Beifall bei der CSU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Das ist, meine Damen und Herren, in der Kürze der Länderfinanzausgleich: Die einen dürfen früher starten, die anderen müssen sieben Stunden warten, und trotzdem erwartet jeder, dass wir dann die Besten sind. Und das, Kollege Beyer, einschließlich der Landesbank - immer eingerechnet, nie weggelassen.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Vielleicht habt ihr den Start nur verschlafen! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Da fehlt mir jetzt der bildliche Vergleich bei dem Vorwurf, dass ich etwas verschlafen hätte. Ich habe es wahrgenommen und freue mich, dass es seit Beginn meiner Rede immer mehr hier im Plenarsaal geworden sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Insofern kann ich die Einschätzung nicht teilen. Aber, Kollege Mütze, ich widerspreche Ihnen ungern, höchst ungern, nur an der Stelle.

(Unruhe)

Der vorliegende Nachtragshaushalt zeichnet durch viele gute Botschaften aus. Ich darf es zusammenfassen: Bestmögliche Förderung für Kinder; sie sind, wie gesagt, unsere Zukunft. Sie haben das Bild, wie es sich verteilt, in Erinnerung; Jeder dritte Euro wird für die Etats Bildung und Wissenschaft ausgegeben. Bayern bleibt mit seinem kommunalen Finanzausgleich in Rekordhöhe - in den Jahren 2009 und 2010 mit jeweils 6,3 Milliarden Euro - ein verlässlicher Partner für die Kommunen. Trotz des Umsatzsteuerausgleichs, trotz des Länderfinanzausgleichs in Höhe von 5 Milliarden Euro, trotz der Nullbeteiligung an den Bundesergänzungszuweisungen sind wir ein starkes Land. Natürlich - das muss man an dieser Stelle auch sagen - hätten wir gern, dass die anderen mit ihren Finanzen auch solide umgehen. Wir verweigern das eine oder andere unseren Bürgern mit dem Hinweis: Das geht nicht, wir müssen sparen, wir müssen haushalten. Es ist schwer erklärbar für die Bürgerinnen und Bürger draußen, wenn wir die anderen

stützen und die sich dann das leisten, wozu wir hier Nein sagen. Das ist aber ein Thema des Länderfinanzausgleichs, wo sich die Fraktionen von CDU/CSU und FDP zu Wort melden und sagen: Das muss anders werden. Wenn schon Solidarität, dann muss bei den Ausgaben auch sorgfältig gewirtschaftet werden.

Ein weiterer Punkt: Bayern bleibt das Land mit den solidesten Staatsfinanzen trotz der umfangreichen Kapitalmaßnahmen für die Bayerische Landesbank, mit der geringsten Pro-Kopf-Verschuldung, der niedrigsten Zinslast und der höchsten Investitionsquote aus eigener Kraft. Deshalb sage ich: Diesem Haushalt können Sie mit gutem Gewissen zustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner ist Herr Kollege Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich beim Kollegen Winter, dass er vor mir gesprochen hat, weil ich dadurch die Gelegenheit habe, mich seinem Dank an diejenigen, die hinter den Kulissen an der Entscheidungsgrundlage über den Nachtragshaushalt 2010 beteiligt waren, anzuschließen. Ich darf auch den Dank für eine kollegiale Sitzungsführung und Vorsitzendenfunktion abstaten.

Bei den anderen Bemerkungen, Herr Kollege Winter, bin ich mir nicht ganz sicher. Wir sollten vielleicht gemeinsam darüber nachdenken, ob wir unsere Rolle als Haushaltsgesetzgeber Bayerischer Landtag und natürlich bei der Vorbereitung im Haushaltsausschuss nicht noch stärker parlamentarisch sehen sollten. Denn das, was wir tatsächlich gegenüber dem Entwurf der Staatsregierung verändern, bewegt sich im Promillebereich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Insofern verstehe ich das als Ermutigung, dass wir stärker werden und als Parlament auch dort mehr Akzente setzen, wo sie notwendig sind. Ich denke, das ist eine wirklich sinnvolle Ermutigung für uns alle.

Wir freuen uns, dass Sie zum Ausdruck gebracht haben, dass die Regierungsfractionen Änderungsanträge eingebracht haben, denen wir auch zugestimmt haben. Das kommt vor allem dadurch zustande, dass wir meistens die Grundlage durch eigene Anträge gelegt haben. Wir freuen uns, dass diese Anträge aufgegriffen wurden, dass Ihrerseits dann nachgezogene Anträge kamen und dass wir mit diesem Über-die-Bande-Spielen zum Ziel kamen, manche Akzente in diesem Staatshaushalt zu setzen, die auch dringend notwendig waren,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

zum Beispiel im Staatsstraßenbau, bei der Dorferneuerung, im Denkmalschutz, bei der Städtebauförderung, bei Kleinkläranlagen, bei der Jugendbildung und vielen anderen Themen, die ich noch aufzählen könnte.

Ich bin Ihnen dankbar, Herr Kollege Winter, weil Sie, ohne es zu wissen, sozusagen das Stichwort gegeben haben für meine Stellungnahme zum Nachtragshaushalt 2010, die - Sie werden es mir nachsehen - weniger euphorisch und weniger positiv aussieht.

Sie haben zitiert: "Von der Stirne heiß rinnen muss der Schweiß..." Außerdem haben Sie vom Jakobsweg gesprochen. Genau so werde ich beginnen, nämlich von einer Stirn und mit einem biblischen Vergleich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Nachtragshaushalt 2010 trägt - das muss man in dieser Deutlichkeit sagen - zwei Kainsmale auf der Stirn: ein schwarzes Kainsmal, das auch in diesem Nachtragshaushalt 2010 die Verantwortung der CSU kennzeichnet, die mit ihrem Größenwahn oder, wie immer Sie es bezeichnen wollen, mit ihren Fehlentscheidungen bei der Landesbank das größte Finanzdesaster in der Geschichte des Freistaats angerichtet hat.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Und er trägt ein schwarz-gelbes Kainsmal, das die gemeinsame Verantwortung von CSU und FDP in der Bayerischen Staatsregierung und von CDU/CSU und FDP in der Bun-

desregierung in Berlin kennzeichnet. Schwarz-Gelb ist dafür verantwortlich, dass die Situation in einer der schwierigsten Krisen für die öffentlichen Haushalte, die wir seit Bestehen der Republik erlebt haben, durch Ihre Beschlüsse in München und in Berlin für die Kommunen, aber auch für den Freistaat noch verschärft wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zuruf von der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich verstehe die Erregung, aber man muss es immer wieder sagen: Das von Ihnen verursachte Debakel bei der Bayerischen Landesbank wird nicht nur diesen Nachtragshaushalt 2010 prägen, sondern die bayerischen Staatshaushalte für eine ganze Generation. Das ist die Wahrheit, die man aussprechen muss.

(Beifall bei der SPD)

Die Zinsen für die 10 Milliarden Euro neuer Schulden zur Rettung der Landesbank kosten den Freistaat Bayern noch über Jahre oder Jahrzehnte Geld, allein im Jahr 2010 mindestens 305 Millionen Euro.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Mit knapp 30 Millionen regulären Haushaltsmitteln müssen jetzt die Fonds der Offensive Zukunft Bayern bedient werden, weil keine Zinsen bzw. Dividenden der BayernLB mehr fließen, die Fonds, die in Wahrheit nur noch auf dem Papier stehen, weil sie zur Finanzierung des Kaufs der Hypo Group Alpe Adria 2008 in Eigenkapital der Landesbank umgewandelt wurden. Folgende Fonds sind davon betroffen: Der Fonds für die Gesellschaft für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, der Kulturfonds, der Fonds für das Museum der Phantasie, der Fonds für das Internationale Künstlerhaus in Bamberg, der Umweltfonds, der Naturschutzfonds, der Bayernfonds, der Fonds zur Förderung der Umweltforschung und der Fonds Hochschule International. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist erschütternd, wie durch Ihre Verantwortung die Privatisierungserlöse, das heißt nichts anderes als die in Jahrzehnten aufgebauten Volksvermögen der Bür-

gerinnen und Bürger im Freistaat Bayern, innerhalb zweier Jahre sprichwörtlich verbrannt wurden.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt belastet uns die Landesbank im Haushaltsjahr 2010 mit 377 Millionen Euro. Im nächsten Jahr kommen mit hoher Wahrscheinlichkeit noch einmal 810 Millionen Euro dazu.

Zum Zweiten, dem schwarz-gelben Kainsmal, den Fehlern in der Steuerpolitik, wurde schon einiges gesagt, aber man muss es an dieser Stelle bei der Beratung des Nachtragshaushalts noch einmal deutlich machen. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz von CDU/CSU und FDP führt 2010 zu einem Steuerminus beim Freistaat Bayern von 360 Millionen Euro und zu einem Steuerminus von 126 Millionen Euro bei den bayerischen Kommunen und dies jedes Jahr von Neuem. Die Stellungnahmen aus den Wirtschaftsforschungsinstituten sind vernichtend. Alle Fachleute, egal welcher volkswirtschaftlichen Orientierung sie angehören, bestätigen Ihnen, dass das, was Sie mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht haben, äußerst fragwürdig ist und nicht die Wirkung erzielt, die Sie auf den Titel dieses Gesetzes geschrieben haben. Es beschleunigt vor allem das Loch in den öffentlichen Haushalten und auch im Freistaat Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Harald Güller (SPD): Wer hat denn diesem Käsegesetz überhaupt zugestimmt?)

Sie haben - auch das muss ich mit aller Deutlichkeit sagen - einiges versäumt, um die Einnahmen der öffentlichen Hand zu verbessern, wo es dringend notwendig gewesen wäre. Die Chance ist noch nicht ganz vertan, aber das Zeitfenster schließt sich. Sie, die beiden Fraktionen, die die Bayerische Staatsregierung tragen, haben noch Gelegenheit, sich im Deutschen Bundestag in Berlin zu einer Verbesserung der öffentlichen Einnahmesituation zu bekennen, nämlich bei der Finanztransaktionssteuer, die wir im Deutschen Bundestag vorgeschlagen haben und die auch sinnvoll ist, die jährlich Einnahmen

von 10 bis 20 Milliarden Euro bringt. Dieses Geld brauchen wir dringend, um die Kosten der Finanzkrise, die deutlich geworden sind, abzufedern und die Lasten gerecht zu verteilen. Meine feste Überzeugung ist: Wir müssen dazu kommen, dass die Kosten für diese Finanzkrise, die aus dem Finanzmarktsektor gekommen ist, auch diejenigen tragen, die damit Geld verdient haben, und nicht die Bürgerinnen und Bürger, die damit überhaupt nichts zu tun haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abgeordneten Karsten Klein (FDP))

Was Sie mit der Bankenabgabe auf Bundesebene vorschlagen, ist nicht mehr als eine Beruhigungsspielle, die der Bevölkerung den Eindruck vermitteln soll, es werde etwas getan. Die Bankenabgabe, die Sie konzipiert haben, ist, soweit es sich absehen lässt, eine windige und auch windschiefe Angelegenheit. Sie gilt nur für die Zukunft. Das heißt, die Kosten der jetzigen Krise trägt nicht der Finanzmarkt als Verursacher. Sie ist im Umfang lächerlich niedrig, und sie ist ungerecht gegenüber den Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Vor allem trägt sie nicht zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte bei und auch nicht dazu, dass diejenigen entlastet werden, die für diese Krise überhaupt nichts können, nämlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall bei der SPD)

Ein Drittes kommt hinzu: Die Staatsregierung ist nach wie vor nicht bereit, den Steuervollzug in Bayern personell so auszustatten, wie es notwendig wäre, um Steuergerechtigkeit herzustellen und die staatlichen Einnahmen nach den Steuergesetzen zu gewährleisten. Allein dadurch gehen dem Freistaat Bayern jährlich Einnahmen im dreistelligen Millionenbereich verloren. Herr Staatsminister, wir haben darüber schon intensiv diskutiert. Das gehört auch in diese Haushaltsdebatte.

Unseren Änderungsantrag, in den Finanzämtern die dringend erforderlichen zusätzlichen Stellen bei der Steuerfahndung und der Betriebsprüfung zu schaffen und zur Stärkung des Innendienstes 100 zusätzliche Stellen für Anwärter einzurichten, haben Sie abgelehnt. Herr Staatsminister, nach den aktuellen Angaben aus Ihrem eigenen Mi-

nisterium bringt ein Betriebsprüfer zusätzlich 1,4 Millionen Euro Steuereinnahmen pro Jahr, ein Steuerfahnder 740.000 Euro.

Die Gesamtbilanz - wenn ich alle drei Punkte Ihrer Politik zu den Steuern und Finanzen bei der Landesbank zusammennehme - kann ich nur als verheerend bezeichnen. Wegen Ihrer Fehler bei der Landesbank, wegen Ihrer Steuerpolitik auf Bundesebene und wegen Ihrer Nachlässigkeit beim Steuervollzug in Bayern fehlen dem bayerischen Staat im Jahr 2010 und in jedem folgenden Haushaltsjahr etwa eine Milliarde Euro, die nicht mehr für die Gestaltung der Politik in Bayern zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der SPD)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, unsere politische Pflicht als SPD-Fraktion ist es, heute und in den nächsten Jahren in diesem Parlament und überall, wo wir zur bayerischen Landespolitik Stellung nehmen, unmissverständlich deutlich zu machen, wie viel Geld durch diese Fehlentscheidungen nicht mehr für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung steht.

Wir wollen nicht, dass unter Ihren Fehlern bei der Landesbank gerade die Menschen in Bayern leiden, für die wir hier Politik machen wollen. Wir wollen nicht, dass unter Ihren Fehlern in der Steuerpolitik die Menschen in Bayern leiden, die dringend auf einen leistungsfähigen Staat angewiesen sind. Wir bekennen uns klar und eindeutig - im Gegensatz zur CSU und zur FDP - zum Erhalt des solidarischen Steuersystems und zur Besteuerung des Finanzmarktes. Wir bekennen uns klar zu einem konsequenten und personell gut ausgestatteten Steuervollzug in Bayern. Wir bekennen uns klar zu Investitionen in die Zukunft statt zu Steuersenkungen auf Pump, die Sie wollen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diesen Einflüssen Ihrer Politik stellen wir die zentrale Frage entgegen, die für uns diese Haushaltsberatungen geprägt hat: Was könnten wir in Bayern alles verbessern und gestalten ohne die Steuerpolitik von Schwarz-Gelb in Berlin und ohne das von der CSU zu

verantwortende Debakel bei der Landesbank? Was könnten wir in Bayern alles gestalten und voranbringen? Wir geben Ihnen und den Menschen in Bayern klare Antworten auf diese Fragen durch unsere zum Haushalt eingebrachten Änderungsanträge.

Sehr geehrter Herr Kollege Winter, ohne Neuverschuldung könnten wir in ein chancenreiches Bayern, in Chancen für alle Menschen in Bayern investieren. Ohne Neuverschuldung könnten wir mehr für Bildung, für Familie, für Kinderbetreuung, für die Unterstützung junger Menschen, für die Jugendhilfe und die Jugendarbeit tun. Wir könnten auch mehr für die Integration und für die Besserung der Lebenschancen derjenigen tun, die nicht mit dem goldenen Löffel geboren wurden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zu den Schulen: Wir haben heute bereits eine Schuldebatte geführt. Ich möchte mich gar nicht zu den Schulstrukturen äußern. Unbestritten ist aber, dass wir überall mehr individuelle Förderung und überall mehr Lehrer brauchen. Das wird Ihnen an der Basis jeder bestätigen. Wir wollen, dass die Bildung absolute Priorität hat. Wir wollen 2.000 Lehrkräfte - die wir brauchen - zum Schuljahresbeginn zusätzlich einstellen. Das kostet zwar Geld, aber es bringt uns auch voran. Wir wollen den Ausbau der Ganztagschulen. Wir wollen keine Klassen mehr mit über 25 Schülern. Wir wollen außerdem eine individuelle Förderung an den Schulen. Das wurde von Ihnen abgelehnt. Stattdessen wird dieses Geld für die Landesbank und für Steuersenkungen auf Pump ausgegeben. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD)

Bei den Hochschulen müssen wir mehr tun, um die Zugangsbarrieren für viele junge Menschen aus finanzschwachen und bildungsfernen Familien einzureißen. Wir bekennen uns klar und eindeutig durch Haushaltsanträge, die für Haushaltspolitiker manchmal schmerzhaft sind, weil es um entsprechend hohe Summen geht, zur Abschaffung der Studiengebühren. Das kostet 150 Millionen Euro. Wir bekennen uns dazu, weil diese Abschaffung zu mehr Bildungsgerechtigkeit führen und endlich dafür sorgen würde, dass

der Bildungserfolg nicht mehr entscheidend von der sozialen Herkunft abhängig ist. Leistung und Begabung sollen über den Hochschulzugang entscheiden, nicht der Geldbeutel der Eltern.

(Beifall bei der SPD)

Wir bekennen uns klar zu der dringend erforderlichen Verbesserung der personellen und sachlichen Ausstattung unserer Hochschulen sowie zu überfälligen Sanierungsmaßnahmen. Es gibt in Bayern immer noch Universitäten, bei deren Anblick man sich schämen muss, dem Bayerischen Landtag anzugehören. Wir haben die Verantwortung für die Hochschulen. Diese Forderungen wurden von der CSU und der FDP abgelehnt. Auch hier lassen die Landesbank und Steuersenkungen auf Pump grüßen.

Wir müssen mehr für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und deren Qualität tun. Herr Kollege Winter hat es sehr freundlich ausgedrückt. Man kann diese Aussage auch umdrehen: Die Staatsregierung hechelt den Aktivitäten in den Kommunen durch die immer wieder notwendigen Nachschublisten förmlich hinterher. Wir müssen umdenken und von vornherein die Mittel in den Haushalt einstellen, die notwendig sind, um alle kommunalen Kinderkrippenprojekte realisieren zu können.

Wir halten den Betrag, den die Staatsregierung und die Mehrheitsfraktionen für die Umsetzung der UN-Konvention zur Inklusion, also für die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen, in diesem Haushalt zur Verfügung stellen wollen, für zu gering.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man weiß, wie viel die Umrüstung einer Schule zur Barrierefreiheit kostet, erkennt man, dass diese Mittel viel zu gering sind. Die 30 Millionen Euro, die wir in diesem Haushaltsjahr für die Umsetzung der Inklusion in Bayern fordern, sind ein klares Bekenntnis zur Barrierefreiheit öffentlicher Einrichtungen und eine Grundvoraussetzung für jede Form der Teilhabe behinderter Menschen überhaupt. Sie haben diese Forderung

abgelehnt. Wir bedauern das sehr. Die Landesbank und die Steuersenkungen lassen aber offensichtlich nichts anderes zu.

Wir könnten neue Perspektiven aufzeigen. Wir könnten stärker in Bayerns Zukunft investieren. Herr Kollege Winter hat bereits gesagt, dass manches im Haushalt durch nachträgliche Anträge in eine Richtung geschoben wurde, die wir gerne weiter verfolgen würden. Ich glaube, dass wir gerade in dieser Wirtschaftskrise mehr für die öffentliche Infrastruktur tun müssen. Wir brauchen in allen Regionen Bayerns eine wirksame Strukturpolitik. Eine solche gibt es aber nicht in allen Regionen Bayerns. Das wissen alle Kolleginnen und Kollegen, die aus strukturschwachen Gebieten kommen. Vor allem brauchen wir ein nachhaltiges Klimaschutzprogramm und eine bessere Finanzierung der unverzichtbaren Mobilität.

Statt Kürzungen, wie Sie sie wollen, wollen wir die Mittel für den Staatsstraßenbau in gleicher Höhe wie im Vorjahr bereitstellen. Der bayerische Innenminister hat immer noch einen ehrenvollen Titel: Er ist der Herr über die zehntausend oder die hunderttausend Schlaglöcher, je nach Zählung.

(Georg Winter (CSU): Wir stellen genauso viel bereit wie letztes Jahr!)

- Nein, hier ist eine Kürzung drin, die wir rückgängig machen wollten. Wir wissen doch, dass der Staatsstraßenbau ohnehin unterfinanziert ist.

Mit der gleichen Vehemenz kämpfen wir für eine bessere Ausstattung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Fläche und für eine Verbesserung der Strukturförderung und der Regionalförderung. Herr Staatsminister Zeil, Sie sind zwar von Herrn Kollegen Winter sehr umschmeichelt worden, aber wenn Sie als Wirtschaftsminister ehrlich sind und Ihre eigenen Maßnahmen betrachten, die Sie vor Halbjahresfrist angekündigt haben, sind die Mittel im Staatshaushalt eindeutig zu gering, um diesen regionalen Aspekten Rechnung tragen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Schwerpunkt: Durch den Staatshaushalt könnten wir das partnerschaftliche Bayern unterstützen und den sozialen Zusammenhalt stärken. Dazu gehört für uns, dass die Ergebnisse des zweiten Sozialberichts ernst genommen und Lehren daraus gezogen werden, auch und gerade in der Haushaltspolitik. Das ist kein Thema für die Sozialpolitiker, sondern für diejenigen, die die Mittel bereitstellen, um in einem vergleichsweise wohlhabenden Bundesland wie Bayern soziale Schieflagen zu korrigieren, die nicht hingenommen werden können.

Für uns bemisst sich die Qualität eines Haushalts auch und vor allem daran, was er zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung tut und was er tut, um die ehrenamtlichen Strukturen in Bayern zu stärken, die den sozialen Zusammenhalt in dieser Gesellschaft tagtäglich organisieren. Da schaut es bei Ihnen leider nicht so gut aus. Ich verweise nur einmal auf unsere Anträge, die wir zur Stärkung des Ehrenamtes gestellt haben. Ich nenne die Anträge auf Erhöhung der Mittel für den Bayerischen Jugendring - dringend notwendig! -, auf Erhöhung der Mittel für die Erwachsenenbildung, für lebenslanges Lernen, auf Erhöhung der Mittel für die Ausstattung der Seniorenvertretungen, auf Erhöhung der Mittel für den Sportstättenbau und für vieles andere mehr. All diese Anträge sind bei wenigen Nuancen - für die ich mich von dieser Stelle aus durchaus bedanke, Herr Kollege Winter - abgelehnt worden. Wer aber den sozialen Zusammenhalt dieser Gesellschaft ernst nimmt und unterstützen will, darf doch nicht bei der Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit in Bayern sparen, wie Sie das tun. Wir haben konkrete Alternativen vorgeschlagen, die Sie leider, leider abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssten auch - da bin ich beim Finanzausgleich - den dringend notwendigen Rettungsschirm für die bayerischen Kommunen aufspannen. Dazu haben wir ein Antragspaket vorgelegt. Während Sie Kürzungen von 116 Millionen vorschlagen und während Ihre Steuerpolitik die Kommunen seit dem 01.01.2010 128 Millionen kostet, haben wir ein Paket im Umfang von 500 Millionen Euro vorgelegt. Wir wissen, dass das ein hoher Betrag ist. Die Situation der bayerischen Kommunen erfordert aber dringend einen sol-

chen Rettungsschirm. Wir wissen, dass die Situation in den einzelnen Kommunen zwar unterschiedlich ist. Wer sich aber so manche Schief lagen in den kommunalen Haushalten anschaut, die im Augenblick bis zur Grenze der Handlungsfähigkeit führen, weiß, dass dringend etwas getan werden muss. Wir fordern zuvörderst, endlich den Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund aufzustocken, damit den Kommunen von vornherein ein größerer Anteil am staatlichen Steueraufkommen gewährleistet wird. Das wäre neben der Erhöhung des Sozialhilfeausgleichs für die Bezirke eine wichtige, dringende Maßnahme. Ganz konkrete Nothilfemaßnahmen für die Kommunen müssten hinzukommen, die ihren Haushalt anders nicht in den Griff bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen ein Programm für solche Notsituationen, und wir brauchen ein Programm zur Reduzierung des Eigenanteils der Kommunen bei Förderprogrammen, weil sich viele finanzschwache Kommunen sonst an diesen Programmen trotz dringenden Investitionsbedarfs einfach nicht beteiligen können. Leider wurden auch diese Anträge von Ihnen abgelehnt.

Eines hat mich besonders geärgert: Zum gleichen Zeitpunkt, zu dem der kommunale Finanzausgleich gekürzt wurde, zu dem Steuersenkungen in Berlin beschlossen wurden, womit den Kommunen die Einnahmen weggenommen werden, und zu dem im Koalitionsvertrag in Berlin wichtige Einnahmegrundlagen wie die Gewerbesteuer infrage gestellt werden, äußert sich der Bayerische Ministerpräsident in tiefer Sorge über die Situation der bayerischen Kommunen. Krokodilstränen und eine gewisse Scheinheiligkeit - ich bezeichne das an dieser Stelle als das, was es tatsächlich ist - bringen den Kommunen überhaupt nichts. Wir brauchen endlich signifikante Maßnahmen. Dazu würde erstens eine Änderung dieser Steuerpolitik gehören, die den Kommunen immer mehr Geld wegnimmt, und dazu würde zweitens gehören, endlich für eine vernünftige Finanzausstattung über den kommunalen Finanzausgleich zu sorgen.

(Beifall bei der SPD)

All das wäre im Freistaat Bayern ohne Nettoneuverschuldung möglich, wenn wir nicht mit den Auswirkungen der Steuerpolitik von Schwarz-Gelb und mit dem Desaster der Landesbank zu kämpfen hätten. Das muss ich an dieser Stelle schon in dieser Deutlichkeit betonen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Finanzminister, die Abschlussberatung des Nachtragshaushalts 2010 heute ist vielleicht ein guter Anlass, um aus Sicht der Opposition eine Zwischenbilanz Ihrer bisherigen Arbeit als Finanzminister im Freistaat Bayern zu ziehen. Auch die Opposition, jedenfalls die SPD-Fraktion, war zu Beginn Ihrer Arbeit als Finanzminister durchaus bereit, Ihnen aus drei Gründen einen gewissen Vertrauensvorschuss zu geben.

Erstens. Sie haben so manche arrogante Attitüde Ihrer Vorgänger im persönlichen Umgang mit den Oppositionsfraktionen abgelegt. Zweitens. Wir haben auch ein gewisses professionelles Mitgefühl für Ihre persönliche Sonderbelastung durch die Landesbank und die Bewältigung der Wirtschaftskrise; so etwas treibt einen Finanzminister um. Drittens haben wir von Ihnen auch differenzierte Töne zum Instrumentenkasten der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik gehört. Heute muss ich für meine Fraktion leider feststellen, dass dieser Vertrauensvorschuss immer stärker am Schwinden ist.

Wir wissen nicht, ob Sie als Finanzminister und Vorsitzender des Verwaltungsrats der Bayerischen Landesbank völlig uneingeschränkt und vollumfänglich die Aufklärung des Sachverhalts bei der Landesbank betreiben. Ich weise auf den Umgang mit dem Linner-Gutachten und auf manche verzögerte, ausweichende Antworten auf Fragen aus dem Bayerischen Landtag hin. Ich verweise auch auf die fragwürdige Beauftragung der Kanzlei Hengeler Mueller, einer Kanzlei, die in großem Umfang von Aufträgen der Landesbank profitierte und welche die BayernLB bei der Strukturierung der ABS-Papiere vorher beraten hat. All das lässt bei uns gewisse Zweifel aufkommen. Herr Staatsminister, bei uns wächst das Gefühl - vielleicht können Sie das noch ausräumen -, dass dabei mehr Rücksicht auf Ihre Parteifreunde und auf manche Profiteure im Hintergrund ge-

nommen wird als auf das Recht der Steuerzahler, die Wahrheit bei der Bayerischen Landesbank zu erfahren. Darauf werden wir auch bestehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir bedauern es auch sehr, dass Sie als Ressortminister nicht den Mut aufgebracht haben, sich klar dazu zu bekennen, dass es sinnvoll ist, die Opposition in den Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank einzubeziehen; denn das nächste Krisenszenario bei der Landesbank beginnt dort, wo der Weg einer kritischen Kontrolle - aus unserer Sicht nur möglich durch den Bayerischen Landtag insgesamt - verlassen wird. Herr Staatsminister, ich habe mich persönlich - das habe ich Ihnen auch schon gesagt - über Ihren Umgang mit dem neugeschaffenen Beteiligungsrecht des Landtags auch bei relevanten Veränderungen der Landesbank im November und Dezember vergangenen Jahres geärgert. Das war schlicht und einfach eine Missachtung des Landtags und des Haushaltsausschusses. Das muss man an dieser Stelle schon einmal deutlich machen. Wir wünschen uns da mehr Transparenz, mehr Aufklärung und auch mehr Respekt vor den Gremien dieses Landtags.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten uns gefreut, wenn der Finanzminister - das wäre auch seine Pflicht gewesen - bei der Steuerpolitik unmissverständlich davor gewarnt hätte, die Leistungskraft der öffentlichen Haushalte zu schwächen, das Steuersystem noch ungerechter, noch bürokratischer zu machen und die Verschuldung ansteigen zu lassen, ohne dass dem öffentliche Werte gegenüberstehen, wie es bei Investitionen in die Infrastruktur der Fall ist. Es wäre auch die Pflicht des bayerischen Finanzministers gewesen, gerade eines Finanzministers, der nach wie vor den Eindruck eines ausgeglichenen Haushalts in Bayern aufrechterhalten will, auf Bundesebene deutlich gegen Steuersenkungen auf Pump zu intervenieren; denn das geht auf Kosten des Freistaats und auf Kosten der bayerischen Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

Sie wussten bereits im November letzten Jahres, dass der Nachtragshaushalt 2010 nicht ausgeglichen sein kann und dass eine Nettoneuverschuldung unausweichlich ist. Es hätte Ihnen als Finanzminister gut angestanden, das klar zum Ausdruck zu bringen, weil am Beginn jeder haushalterischen Planung Klarheit und Ehrlichkeit stehen müssen. Herr Kollege Winter, dahinter steckt die Wahrheit, dass so manches in diesem Haushalt nur durch eine gewisse Kombination von Tricks, Tarnung und Täuschung ausgeglichen werden konnte.

(Beifall bei der SPD)

Das habe ich schon in der Einbringungsrede gesagt.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Winter (CSU))

Ich will Ihnen heute die Details ersparen.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Winter (CSU))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Finanzminister, wir hätten uns bei der Landesbank, bei der Steuerpolitik und beim Staatshaushalt mehr Mut gewünscht. Sie haben - zumindest ist bei uns der Eindruck entstanden - das höchste Gut aufs Spiel gesetzt, das ein Finanzminister haben kann, nämlich Glaubwürdigkeit und Konsequenz.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann Ihnen einen weiteren Vorwurf nicht ersparen: Herr Staatsminister, Sie nennen Ihren Haushalt "zukunftsorientiert". - Leider ist das Gegenteil der Fall, und zwar in doppeltem Sinne: Erstens ist der Haushaltsentwurf im Wesentlichen durch die Vergangenheit belastet, und zwar durch die Vergangenheit, was die Landesbank betrifft, und durch die jüngste Vergangenheit, was Ihre Entscheidungen in der Steuerpolitik angeht.

Zweitens verweigern Sie bis heute jede Aussage darüber, wie die nahe Zukunft des bayerischen Staatshaushalts im nächsten Jahr und im nächsten Doppelhaushalt aus-

sieht. Abgesehen von ein paar dünnen und völlig unverbindlichen Äußerungen im Finanzplan herrscht hier Schweigen im Walde, aber dieses Schweigen muss den Bürgern in Bayern wie der Lärm eines Presslufthammers in den Ohren klingen; denn Sie haben derzeit keine Lösung anzubieten, wie die Probleme des Staatshaushalts in den nächsten Jahren gelöst werden sollen.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Die Situation ist gekennzeichnet - Herr Kollege Sinner, ich kann Ihnen Bericht erstatten - durch hohe Belastungen durch die von Ihnen verursachten Probleme bei der Landesbank, ein hohes strukturelles Defizit, aufgebrauchte Rücklagen, Rückzahlungsverpflichtungen an den Grundstock, die mit diesem Haushalt beschlossen werden, und das Auslaufen von Programmen, die aus früheren Privatisierungserlösen finanziert wurden.

Leider wollen Sie gemeinsam mit CSU und FDP auf Bundesebene diese schlimme Situation durch weitere Steuersenkungen weiter verschlimmern. Wenn Sie aber zugleich in Bayern am Ziel des ausgeglichenen Haushalts festhalten, dann kann das nur eines bedeuten: dass Sie in Bayern planen, einen Sparkurs wieder aufleben zu lassen, gegen den die schlimmen Kürzungen unter Stoiber ein laues Lüftchen gewesen sind. Wenn der Ministerpräsident mitteilt, er sei zu jedem Sparkurs bereit, dann fordern wir heute den Herrn Ministerpräsidenten und den Finanzminister auf, den Bürgern reinen Wein einzuschenken und klar zu sagen, wohin die Reise geht.

Ihr Haushalt ist jedenfalls weder solide noch zukunftsorientiert und auch nicht konjunkturgerecht. Er trägt Ihre Fehler bei der Landesbank und in der Steuerpolitik auf der Stirn. Der Haushalt zeigt keine neuen Perspektiven auf, weist eine soziale Schieflage auf und schwächt die Kommunen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bayern. Deswegen werden wir diesem Gesetz und dem Finanzausgleichsgesetz nicht zustimmen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Bravo, eine gute Rede!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner ist Herr Kollege Manfred Pointner. Bitte schön.

Mannfred Pointner (FW): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Winter, ich möchte mich zunächst für die gute Atmosphäre, die wir im Haushaltsausschuss haben, bedanken. Es ist schon gesagt worden, dass sich diese gute Atmosphäre kaum auf die Ergebnisse der Abstimmungen niederschlägt, sondern dass - ich komme noch dazu - die Anträge der Opposition in der Regel abgelehnt werden, während die Ihrigen durchgehen. Weil wenig besser ist als nichts, stimmen auch wir zu, damit wir wenigstens ein bisschen was erreichen. So viel kann man vorweg sagen.

Knackpunkt des Nachtragshaushalts ist es, wie trotz der erheblichen Steuerausfälle der Haushaltsausgleich durchgeführt werden kann. Ich möchte die Diskussion, die wir hier am 27. Januar geführt haben, nicht wiederholen, sondern nur mit einem Satz unsere Meinung wiedergeben: Auf dem Papier ist der Haushalt zwar ausgeglichen, aber zulasten von zukünftigen Haushalten. Kollege Halbleib hat schon darauf hingewiesen, wie dies geschehen ist.

Besonders fatal für die folgenden Haushalte ist, dass die Haushaltssicherungsrücklage, die Anfang 2009 noch 4 Milliarden Euro betragen hat, nunmehr völlig aufgebraucht ist. Das lässt für die Jahre ab 2011 nichts Gutes erwarten, was sich auch an Ihrem Finanzplan zeigt. Für 2011 und die folgenden Jahre sind erhebliche Deckungslücken ausgewiesen, allein 2011 bereits 3,4 Milliarden Euro.

Herr Finanzminister, Sie haben uns vor ein paar Tagen über den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses ein Papier zukommen lassen, in dem Sie besonders hervorgehoben haben, wie gut Bayern im Vergleich zu den anderen Ländern bei der Verschuldung dasteht. Selbst wenn man den Kredit von 10 Milliarden Euro für die Landesbank mit einrechnet, liegt die Pro-Kopf-Verschuldung nur bei 2.606 Euro, während der Durchschnitt der Flächenländer West 5.417 Euro pro Kopf beträgt. Auch wir können Ihnen,

Herr Finanzminister, durchaus attestieren, dass die Verschuldungssituation Bayerns im Vergleich zu der anderer Länder positiv ist. Sie haben in diesem Zusammenhang offenbar schon angedeutet, dass in Bayern noch Spielraum nach oben besteht.

Wenn man diese Statistiken genauer ansieht, ist allerdings bemerkenswert - ich war selbst überrascht, als ich das durchgerechnet habe -, dass die bayerischen Kommunen im Vergleich zu den Kommunen in anderen Bundesländern höher verschuldet sind. Wenn Sie das genau ausrechnen, dann sehen Sie, dass die bayerischen Kommunen im Schnitt circa 200 Euro pro Kopf mehr Schulden haben als die Gemeinden in anderen Bundesländern. Zur Frage, woher das kommt, werde ich später Stellung nehmen.

Wenn man nach Berlin schaut, wo Sie mit CDU und FDP an der Regierung sind, dann sieht die Situation anders aus. Am letzten Freitag wurde dort eine neue Rekordneuverschuldung von über 80 Milliarden Euro beschlossen. Die Gesamtverschuldung des Bundes liegt jetzt bei 1,1 Billionen Euro. Das sind - ich habe das genau lesen müssen - 1.100 Milliarden Euro, eine unvorstellbare Summe. Damit ist jeder Bundesbürger und auch jeder bayerische Bürger - auch wir sind hier beteiligt und nicht außen vor - mit über 13.000 Euro pro Kopf verschuldet.

Die Ursachen für diese Rekordneuverschuldung sind die Mehrausgaben für die Konjunkturprogramme, die Leistungen zur Stützung unserer Banken - das kennen wir in Bayern recht gut -, aber auch die Mindereinnahmen bei den Steuern aufgrund der Wirtschaftskrise und der vorgenommenen Änderungen im Steuerrecht. An dieser Stelle muss ich etwas Wasser in Ihren Wein gießen. Wo ist denn Herr Kollege Halbleib? - Ich muss darauf hinweisen, dass bereits die schwarz-rote Koalition Steuerentlastungen beschlossen hat. Für 2009 waren das rund 14 Milliarden Euro. 2010 kommen noch einmal 12 bis 14 Milliarden Euro hinzu. Es gab zwar Urteile des Bundesverfassungsgerichts, aber man hat noch einiges hinzugefügt.

(Zuruf von der CSU: Wo ist denn der Kollege Halbleib?)

- Das macht nichts, er weiß, dass das so ist; dafür muss er nicht da sein. Ich sage es ihm nachher extra noch einmal.

Später hat die schwarz-gelbe Regierung im Rahmen des sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes noch einmal 8,6 Milliarden Euro draufgelegt. Im Ergebnis waren das weit über 30 Milliarden Euro an Mindereinnahmen, die sich auf Bund, Länder und Gemeinden verteilen.

Ich möchte vorweg ausdrücklich feststellen - nicht dass der Herr Finanzminister uns wieder erklärt, wogegen wir alle angeblich wären -, dass wir Steuererleichterungen selbstverständlich grundsätzlich begrüßen. Wer könnte denn etwas dagegen haben, dass die kalte Progression abgebaut wird, der Mittelstandsbauch abgespeckt wird oder Familien mit Kindern entlastet werden? Ob es aber, wie Sie immer glauben und sagen, die richtigen Mittel zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise sind, daran mag gezweifelt werden. Diese Entlastungen wären auf jeden Fall richtig, wenn sie nicht durch Schulden finanziert wären, sondern der Staat sie durch Mehreinnahmen oder Einsparungen gegenfinanzieren könnte. Dies war aber leider nicht der Fall.

Die Steuerentlastungen werden sich auch nicht, wie Sie immer behaupten, von selbst gegenfinanzieren. Alle ernst zu nehmenden Ökonomen gehen davon aus, dass maximal 30 % dieser Entlastungen wieder in die Staatskasse fließen. Diejenigen, die entlastet werden sollen, nämlich junge Eltern und Kinder, werden die Rechnung einmal bezahlen müssen. Dabei - das ist meine Sorge - wird die Schuldenlast weiter ansteigen. Auch wenn jetzt verkündet wird, dass ab sofort 10 Milliarden Euro pro Jahr eingespart werden müssen, würde das bedeuten, dass bis 2016 noch einmal 270 Milliarden Euro neue Schulden hinzukommen.

Der demografische Wandel trägt außerdem dazu bei, dass die Probleme drastisch verschärft werden. In dieser Situation halte ich es für unverantwortlich, wenn in Berlin trotz der desolaten Finanzlage auf allen Ebenen - beim Bund, bei den Ländern und bei den

Kommunen - von Steuererleichterungen in Höhe von 20 Milliarden oder mehr gesprochen wird. Derzeit spricht offenbar auch nur noch die FDP davon.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Die träumt davon!)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben gesagt, mit Ihnen kommen die Steuererleichterungen nicht. Ich weiß aber nicht, was die Berliner CSU dann wieder macht. Ich weiß nicht, ob sie auf Sie hört. Wir haben ein paar Beispiele dafür, dass sie nicht auf Sie gehört hat, so etwa bei der Fotovoltaik oder der Kopfpauschale. Ich hoffe aber, dass Sie sich durchsetzen können.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Keine Sorge!)

- Keine Sorge, das höre ich gerne. Nachdem ich gerade bei der Gesetzgebung in Berlin bin, möchte ich auch ein paar Worte zur Gewerbesteuer sagen. Sicher besteht kein Zweifel daran, dass das Auf und Ab bei der Gewerbesteuer gewisse Probleme für die Kommunen mit sich bringt. Dieses Auf und Ab kann sich besonders drastisch bei den Kommunen auswirken, die von einer Branche oder gar von einem großen Betrieb abhängig sind. In den Zeiten, in denen die Gewerbesteuer noch allein vom Gewinn abhängig war, war dieses Auf und Ab besonders ausgeprägt. In den letzten Jahren, insbesondere 2003 und 2004, haben wir einige Änderungen bei der Gewerbesteuer vorgenommen. Ein Teil dieser Änderungen ist wieder rückgängig gemacht worden. Diese Änderungen haben zu einer gewissen Stabilität der Gewerbesteuer geführt, weil auch gewinnunabhängige Bestandteile wie Mieten, Pachten, Leasingraten, Zinsen usw. hineingerechnet wurden. Dies hat die Gewerbesteuer stabiler gemacht. Zum Teil wurden die Änderungen durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz wieder zurückgenommen, so zum Beispiel beim Mantelkauf und bei der Zinsschranke, wobei wir dies ausdrücklich unterstützt haben. An der grundsätzlichen Stabilität und der Bedeutung der Gewerbesteuer als eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen hat dies noch nichts geändert.

Sie haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass über eine Abschaffung der Gewerbesteuer und eine Ersatzregelung verhandelt werden soll. Die Abschaffung selbst ist noch nicht vereinbart. Bereits jahrzehntelang wurde verhandelt und überlegt, wie die Gewerbesteuer stabiler gemacht werden könnte oder durch welche Beteiligungen an anderen Steuern sie abgelöst werden könnte. Jetzt wird über einen Zuschlag auf die Einkommensteuer oder die Umsatzsteuer diskutiert. Das ist nichts Neues. Den Gemeinden ist das Hebesatzrecht grundgesetzlich garantiert. Wenn die Gemeinden ihre Hebesätze auf die Einkommensteuer oder die Umsatzsteuer anwenden, wird es bei diesen Steuern erhebliche Steigerungen geben. Die fünf Milliarden Gewerbesteuer, die die Gemeinden in Bayern einnehmen können, könnten nur durch mehrere Punkte bei der Umsatzsteuer ausgeglichen werden. Ähnliches gilt auch für die Einkommensteuer.

Das Hauptproblem wird die Aufteilung sein. Schon bisher konnte man sich nicht auf einen Verteilungsmodus für die Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer, die als Ersatz für die Körperschaftsteuer eingerichtet wurde, einigen. Die Beteiligung wird vielmehr nach dem früheren Anteil an der Körperschaftsteuer berechnet. Deshalb habe ich erhebliche Zweifel daran, dass man dies bei der Umsatzsteuer oder bei der Einkommensteuer schaffen kann, wenn sie an die Stelle der Gewerbesteuer treten. Mit Recht fürchten die Kommunen bei allen Erfahrungen, die sie bisher mit Steuerrechtsänderungen des Bundes mit Zustimmung der Länder gemacht haben, dass sie benachteiligt werden. Ich darf nur die heutigen Aussagen von Frau Roth zitieren: "Alle Modelle, die es in den vergangenen Jahren gab, sind durchgerechnet worden. Es gibt keine Kompensation."

Nun aber vom Ausflug nach Berlin zum Steuerrecht jetzt wieder zurück zu unserem Haushaltsplan, zum Finanzausgleichsänderungsgesetz und zum Nachtragshaushaltsgesetz. Es ist heute schon angesprochen worden, dass wir den Haushaltsplan sehr intensiv im Haushaltsausschuss beraten haben. Insgesamt wurden 228 Änderungsanträge gestellt, die im Haushaltsausschuss behandelt wurden und über die abgestimmt worden ist. 34 Anträge wurden für erledigt erklärt, weil sie durch Änderungen im Haus-

haltsplan weitgehend berücksichtigt wurden. Das waren natürlich fast ausschließlich Anträge der beiden Regierungsfractionen, die - ich muss es so drastisch sagen - das Spielgeld von 30 Millionen verteilen durften.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Das war richtig!)

- Schauen Sie sich doch den Gesamthaushalt an. Was sind im Vergleich dazu 30 Millionen?

187 Anträge wurden abgelehnt. Diese Anträge kamen von der Opposition, wie nicht anders zu erwarten war. Sieben wurden für erledigt erklärt, meistens deshalb, weil sie durch andere Änderungsanträge bereits berücksichtigt wurden. Erfreulich war, dass wenigstens ein Antrag von uns weitgehend berücksichtigt wurde. Es war ein Antrag, der auch von der SPD gestellt wurde. Es ging dabei um die Einstellung von Mitteln zur Verhinderung von pädosexuellen Straftaten. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür, dass hierfür eine fraktionsübergreifende Lösung möglich wurde. Frau Merk tut heute zwar so, als sei dies auf ihrem eigenen Mist gewachsen. Wir nehmen aber zusammen mit der SPD für uns in Anspruch, dass wir den Anstoß dazu gegeben haben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ein weiterer Antrag von uns befasste sich mit der Sucht- und Drogentherapie. Er wurde weitgehend durch die Annahme eines Antrags der GRÜNEN zum HaLT-Projekt erledigt. Dass alle anderen Anträge abgelehnt wurden, hat uns zwar nicht überrascht, da und dort aber doch enttäuscht. Das gilt vor allem für die Fälle, in denen von der Regierungsseite grundsätzlich Sympathie für unsere Anträge vorhanden war, in denen aber aus Gründen der Koalitionstreue oder auch der Regierungstreue die Zustimmung verweigert wurde. Als Student habe ich in einem Staatsrechtsseminar zwar einmal gelernt, dass das Budgetrecht die vornehmste Aufgabe des Parlaments sei

(Josef Miller (CSU): Stimmt!)

und dass die starke Stellung des Parlaments gegenüber der Regierung durch dieses Budgetrecht dokumentiert werde. Bei den bisherigen Haushaltsberatungen habe ich davon noch nichts gemerkt.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich würde mir wünschen, dass da und dort Anliegen wie bei den vorgenannten Anträgen gemeinsam auf den Weg gebracht werden. So bringt es auch Kollege Prof. Dr. Barfuß immer wieder vor.

Allerdings zeigt die Diskussion der letzten Wochen, dass wir mit unseren Anträgen zum Nachtragshaushalt nicht so falsch liegen. Ein Beispiel sind die Kommunal финанzen. Selbst von der FDP, von Ihrem Fraktionsvorsitzenden Hacker, kommt nun die Forderung, dass für die Kommunen mehr getan werden müsste. Erstaunlich ist, dass die FDP plötzlich die Kommunen entdeckt, nachdem ich von Ihnen, Herr Klein, immer gehört habe, dass jeder seinen Anteil an den Mindereinnahmen des Staates tragen müsse, weil er auch an den Mehreinnahmen beteiligt sei.

Wenn wir auf die Finanzierungsprobleme der Kommunen hingewiesen haben, wurde uns immer geantwortet, dass die Kommunen in den Jahren 2005 bis 2008 einen größeren Einnahmewachstum hatten als der Staat. Letzteres ist zwar richtig. Dabei wird aber völlig übersehen, dass zwischen 2001 und 2005 im Vergleich zu den vorherigen Jahren ein Einnahmerückgang zu verzeichnen war. Die Mehreinnahmen in den späteren Jahren haben die Kommunen für den Abbau von Schulden verwendet, die sie in den Jahren zwischen 2001 und 2005 aufgebaut haben.

Hinzu kommt, dass gerade in den Jahren 2001 und 2005, in denen die Steuereinnahmen bei den Kommunen erheblich zurückgegangen sind, Investitionen in großem Umfang, insbesondere wegen der Einführung der sechsklassigen Realschule, erforderlich waren. Gleichzeitig stiegen die Sozialausgaben in diesen Jahren überdurchschnittlich um fünf bis sechs Prozent pro Jahr, sodass 150 bis 200 Millionen pro Jahr hinzukamen. 2003

wurde auch die Grundsicherung für Erwerbsunfähige eingeführt, was noch einmal weitere Belastungen für die Kommunen mit sich gebracht hat.

Im Jahr 2009 ist schließlich das eingetreten, was wir in den letzten Jahren prognostiziert und befürchtet haben. Den Gemeinden fehlen im Vergleich zum Vorjahr 2,1 Milliarden Euro. In diesem Jahr dürften voraussichtlich noch einmal 500 Millionen Mindereinnahmen hinzukommen. Die Kommunen werden mit ihren Einnahmen damit auf den Stand von 2006 zurückgeworfen. In den Jahren 2006 bis heute sind aber die Sozialkosten um eine Milliarde gestiegen. Diese Finanzmisere besteht natürlich nicht bei allen Kommunen. Es gibt immer noch Kommunen, die über Rücklagen und Geld verfügen. Der Durchschnitt der Kommunen leidet aber unter dieser Finanzmisere. Die Ursachen dafür liegen nicht nur in den gestiegenen Sozialkosten und in der Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern auch in den Steuerrechtsänderungen, die ich vorher schon einmal angesprochen habe. Etwa die Hälfte der Mindereinnahmen ist darauf zurückzuführen.

Ich möchte zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz ein paar Sätze sagen. Die Änderung des Erbschaftsteuerrechts und des Umsatzsteuerrechts, die sich ohnehin kaum auf die Kommunen auswirken, werden von uns nicht kritisiert. Ebenso wenig kritisiert werden die Änderungen der Unternehmenssteuer. Allerdings wurde unterlassen, für die Kommunen einen Ausgleich zu schaffen. Dasselbe gilt bei den viel stärker die Gemeinden belastenden Einkommensteuerrechtsänderungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kommunen brauchen mehr Geld. Das hat auch der Ministerpräsident - er wurde heute bereits zitiert - gesagt. Wir haben das auch gefordert. Das Land Bayern muss den Finanzausgleich nachbessern. Der Bund muss vor allem einen Ausgleich für die ständig steigenden Sozialleistungen erbringen. Die Kommunen brauchen vom Bund und vom Freistaat Bayern mindestens eine Milliarde Euro, damit sie auch künftig ihren Aufgaben gerecht werden können. Die Sozialleistungen werden vor allem von der Bundesgesetzgebung bestimmt. Die Maßstäbe, welche der Bund setzt, schlagen voll auf die Kommunen durch. Nicht umsonst fordern die Landkreise und Be-

zirke eine Teilhabe des Bundes an den Sozialkosten, weil das meines Erachtens Gemeinschaftskosten sind, die die Gemeinschaft zu tragen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

- Man ist für jeden Beifall dankbar.

Aber auch das Land ist gefordert. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat ausdrücklich festgestellt, dass die Kommunen finanziell so ausgestattet werden müssen, dass sie ihre Pflichtaufgaben erfüllen können und außerdem eine freie Spitze, das heißt einen Spielraum zur Erbringung von freiwilligen Leistungen, haben, weil sonst das Gemeindeleben nicht mehr gewährleistet werden kann.

Was wir Freien Wähler in unseren Anträgen zum FAG fordern, ist im Vergleich zu dem, was die Kommunen tatsächlich bräuchten, nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Bei Mindereinnahmen von 1,7 Milliarden Euro im Jahr 2010 sind die Anträge der Freien Wähler mit einem Gesamtbetrag von 370 Millionen Euro recht bescheiden. Das ist noch nicht einmal der Betrag, der den Kommunen wegen der Steuerrechtsänderungen fehlt.

Wir fordern nach wie vor die Erhöhung des Kommunalanteils von jetzt 12 % auf 12,5 %. Das sind etwa 125 Millionen Euro mehr. Der Landkreistag fordert seit Jahren eine Erhöhung auf 15 %. Diese Mittel wollen wir zur Hälfte in die Schlüsselzuweisungen und zur anderen Hälfte in die Investitionspauschale stecken, damit vor allem finanzschwächere Kommunen gefördert werden. Des Weiteren wollen wir die Erhöhung des kommunalen Anteils an der Kfz-Steuer von 51 % auf 55 %. Die Mehreinnahmen sollen zur Hälfte in den ÖPNV fließen und zur anderen Hälfte in den Ausbau von Gemeindestraßen. Auch dieser Anteil war schon mal höher und lag bei über 60 %.

Außerdem haben wir die Erhöhung der Gelder für die Schülerbeförderung auf 66 % der Kosten beantragt, was ca. 30 Millionen Euro Mehreinnahmen für die Gemeinden bedeuten würde. Auch wenn Sie es nicht mehr hören wollen: Die Beteiligung des Staates an den Schülerbeförderungskosten betrug früher 80 % und wurde nach und nach auf

unter 60 % abgebaut. Jetzt sind wir wieder bei ca. 60 %. Vor allem aufgrund der staatlichen Schulreformen wie die R 6 oder das G 8 und des Nachmittagsunterrichts stiegen die Kosten erheblich. Die von Ihnen geplante und vorhin schon diskutierte Mittelschule wird das weiter verschärfen. Die versprochene gleichbleibende Beteiligung des Staates von 60 % ändert nichts daran, dass den Kommunen netto mehr an Kosten verbleiben.

Schließlich haben wir einen zusätzlichen Betrag in Höhe von 150 Millionen Euro als kommunalen Rettungsschirm zur Sicherung der Finanzkraft der Kommunen gefordert. Ich sehe diese 150 Millionen Euro auch als Konjunkturprogramm, welches in Zeiten der Wirtschaftskrise umso wichtiger ist. Wenn den Kommunen das Geld ausgeht, werden sie als erstes bei den Investitionen und den freiwilligen Leistungen sparen - wo sonst. Viele Gemeinden stellen inzwischen Investitionen zurück, obwohl sie staatliche Zuwendungen erhalten würden, weil sie die Kofinanzierung nicht mehr leisten können. Die Rückstellung von Investitionen hat aber erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft vor Ort, vor allem auf den Mittelstand und das Handwerk, die Hauptauftragnehmer der Kommunen sind. Circa 65 % der öffentlichen Investitionen werden von den Kommunen getätigt. Nachdem spätestens 2011 das Konjunkturpaket ausläuft, fehlen weitere 1,5 Milliarden Euro.

Die Rückführung der freiwilligen Leistungen hätte gravierende Folgen für die Bürgerinnen und Bürger. Die Kürzung der Zuschüsse für die Sportvereine, für die Kultur, die Vereine, die Musikschulen usw. können nur durch höhere Gebühren und Beiträge ausgeglichen werden. Gleiches gilt für die Nutzung von kommunalen Einrichtungen, ausgenommen natürlich die kostenrechnenden Einrichtungen. Wenn wir aber wollen, dass Kinder und Jugendliche Sport treiben, ein Musikinstrument erlernen oder an der Gemeinschaft teilnehmen, müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, solche Einrichtungen angemessen finanzieren zu können. Was hilft den Eltern das höhere Kindergeld, wenn dieses Geld sofort durch höhere Ausgaben für Kultur, Sport und Freizeit aufgezehrt wird?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Finanzlage der Kommunen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist bei uns ein wichtiges Thema, aber nicht der alleinige Schwerpunkt unserer Politik. Genauso treten wir für die Stärkung des ländlichen Raums ein. Deshalb haben wir Anträge zum raschen Ausbau des Breitbandnetzes gestellt und zur Regionalförderung. Beides wurde im Plenum schon mehrmals behandelt. Die Erschließung unseres Landes mit schnellem Internet ist vergleichbar mit dem Ausbau des Telefonnetzes oder der Straßenerschließung im letzten und vorletzten Jahrhundert. Das Ziel, das gesamte Land bis spätestens 2011 mit dem schnellen Internet zu versorgen, kann nach unserer Meinung nur durch die Bereitstellung von mehr Mitteln und der Organisation seitens des Staates erreicht werden. Als Beispiel sollte uns Oberösterreich dienen, wo fast 100 % der Gemeinden an das schnelle Internet angeschlossen sind.

Ohne ausreichende regionale Wirtschaftsförderung werden unsere ländlichen Räume weiter ausbluten. Wichtig ist, dass dort vor Ort Arbeitsplätze geschaffen werden, damit die Bevölkerung, vor allem auch die junge Bevölkerung, am Wohnort gehalten werden kann. Nur dann wird man dem Rückgang der Bevölkerung in schlecht erschlossenen oder grenznahen Gebieten, was meistens das Gleiche ist, gegensteuern können. Eine weitgehende Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im gesamten Land wird nur mit einer stärkeren Förderung dieser Gebiete erreicht werden können.

Ein weiteres Schwerpunktthema der Freien Wähler ist die Bildung. Kollege Halbleib hat schon einiges angesprochen. Unsere Forderungen, mehr Geld in die Bildung zu stecken, kleinere Klassen zu bilden - Stichwort: keine Klasse über 25 -, die Ganztagschulen weiter auszubauen und mehr Jugendsozialarbeit an den Schulen zu fördern, bleiben voll und ganz aufrecht erhalten. Ich möchte nicht näher diskutieren, warum wir dazu keine konkreten Anträge gestellt haben; in der Erläuterung zum Haushaltsplan stand, dass der Stellenplan nicht aufgemacht wird. Hier werden weitere Stellen benötigt. Zum nächsten Haushalt werden wir darüber reden.

Im Einzelplan 8 - Landwirtschaft - ging es uns bei unseren Anträgen vor allem darum, zusätzliche Mittel für ergänzende und begleitende Maßnahmen zur Unterstützung un-

serer Landwirtschaft bereitzustellen, wie zur Absatzförderung, für das Agrarmarketing, für Ausgleichszahlungen oder einzelbetriebliche Förderungen. Uns ist klar, dass der Gesamtbetrag von etwa 22 Millionen Euro nicht die Probleme der Landwirtschaft lösen könnte, aber er würde doch eine kleine Hilfe für unsere gebeutelten Bauern bedeuten.

Zur Unterstützung der Familien mit Kindern fordern wir nach wie vor ein kostenfreies Kindergartenjahr. Das wäre eine direkte Unterstützung der Familien mit dem positiven Nebeneffekt, dass eine frühzeitige Betreuung der Kinder mit allen Integrationsmöglichkeiten unterstützt würde. Das kostenfreie Kindergartenjahr steht im Koalitionsvertrag. Ich bin gespannt, wann die vorbereitenden Verhandlungen, die meines Erachtens mit den Kommunen geführt werden müssen, begonnen werden.

Auch die Abschaffung der Studiengebühren ist eine weitere, nicht neue Forderung von uns zur Entlastung der Familien. Zur Förderung des akademischen Nachwuchses ist sie dringend erforderlich. Es ist bezeichnend, dass 11 der 16 Bundesländer keine Studiengebühren erheben, ebenso Österreich.

(Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch: Dann sind sie schlechter als Bayern!)

- Da habe ich meine Zweifel. Das können Sie aber mit den Bildungspolitikern diskutieren.

Ich komme noch auf ein paar Kleinigkeiten zu sprechen, die aber ärgerlich sind. Wir haben mit allen anderen Oppositionsfraktionen den Antrag gestellt, den Ansatz im Einzelplan 2 bei den ehemaligen Ministerpräsidenten zu kürzen. Das ist zwar keine weltbewegende Summe, aber es wäre ein Zeichen nach außen, wenn man auch dort sparen würde. Es ist auch nicht einzusehen, dass ein Ministerpräsident im dritten Jahr nach seinem Ausscheiden für sein Büro noch immer einen Gesamtbetrag von über 400.000 Euro erhält. Nach unserer Meinung könnte man das Niveau auf das des letzten Ministerpräsidenten herabstufen, denn könnten circa 300.000 Euro eingespart werden. Wenn Herr Dr. Stoiber wertvolle Tätigkeiten für die Europäische Union in Brüssel leistet, dann muss er nach unserer Meinung auch von dort bezahlt werden.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

Das ist fast beschämend, wenn gleichzeitig Anträge, die wir eingebracht haben, damit beispielsweise unsere Polizisten eine Zulage erhalten, wenn sie Dienst zu ungünstigen Zeiten tun, abgelehnt werden.

Ich möchte noch einen Punkt anführen. Wie ich schon gesagt habe, haben die GRÜNEN und die SPD einen Antrag gestellt, dass die Flughafen München GmbH - FMG - das Darlehen zurückzahlt. Es handelt sich um 250 Millionen Euro. Die FMG müsste eigentlich blendend dastehen, andernfalls könnten sie nicht so große Pläne schmieden. Der Verzicht auf die dritte Startbahn würde diese Mittel freigeben. Für die FMG wäre es gut, wenn sie sich ohne große Investitionen konsolidieren könnte. Sie bräuchte dann auch keine Tricks anzuwenden, um Steuern und Abgaben zu sparen.

Meine Damen und Herren, abschließend darf ich feststellen, dass wir den Nachtragshaushalt ablehnen, weil er in den wesentlichen Punkten nicht unseren Vorstellungen entspricht. Der Nachtragshaushalt geht auf die wichtigen zentralen Politikfelder in unserem Land nicht ein, auf die Kommunen, den ländlichen Raum, die Bildung, und die Familien. Der Nachtragshaushalt ist auch nicht ehrlich, weil Sie so tun, als wäre der Haushalt ausgeglichen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat das Wort Herr Kollege Thomas Mütze. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten Wochen den Nachtragshaushalt 2010 beraten. Diejenigen, die das Geschehen eng verfolgt haben, werden sich jetzt vielleicht verwundert die Augen reiben und fragen: War etwas? Hat sich der Entwurf, der hier vor einigen Wochen in Erster Lesung eingebracht wurde, auch nur um ein Jota verändert? Die Antwort, Sie werden es sich schon denken können, lautet: Nein.

Es hat sich nur geklärt, wofür die Fraktionen der FDP und der CSU die von der Staatsregierung zur Verfügung gestellten Verstärkungsmittel ausgeben dürfen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie erinnern sich: Den Fraktionen von CSU und FDP stehen 39 Millionen Euro zur eigenen Verteilung zur Verfügung. Bei einem Haushaltsvolumen von über 42 Milliarden Euro - die genaue Zahl wird der Finanzminister kennen - dürfen die beiden Fraktionen also noch nicht einmal über 0,1 % des Haushaltsvolumens entscheiden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Promillegrenze im Staatshaushalt!)

- Das geht in die Promille hinein. Darauf hat Herr Kollege Halbleib schon hingewiesen. Ich möchte diese Mittelverteilung noch einmal Revue passieren lassen, und zwar in Gänze, weil ich finde, es ist durchaus interessant für diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die nicht ständig Mitglied des Haushaltsausschusses sind. Außerdem schauen die meist nur auf ihren eigenen Haushalt, ob man da etwas findet oder nicht. Auch für die Zuhörerinnen und Zuhörer ist es vielleicht nicht schlecht zu wissen, was CSU und FDP so wichtig fanden, dass sie mehr Geld investieren wollten. Die Aufzählung wird etwas dauern, ich hoffe, Sie haben Zeit.

Es werden zwei Polizeiboote angeschafft und Protektoren für die Polizei. Die Sicherheitswacht in den Städten wird gestärkt, es wird ein Strahlenschutzfahrzeug für München-Land angeschafft. Die Städtebauförderung bekommt 4 Millionen Euro. Wir registrieren, dass mehr Straßen gebaut werden. Das hatte ich gleich vermutet. Ich habe mich allerdings verschätzt, es ist nicht die Hälfte, sondern es sind nur 8 Millionen Euro mehr. Der Verbraucherschutz wird über die Anschaffung von Info-Terminals unterstützt. Justizgebäude werden barrierefrei erschlossen. Die Bläserklassen an den Schulen werden unterstützt, ebenso die Jugendarbeit. Es wird in Sportstätten investiert, und es soll mehr Verwaltungskräfte an den Volksschulen geben. Für die Inklusion an den Schulen gibt es einen ersten schmalen Betrag in Höhe von 400.000 Euro. Kirchliche Gebäude werden saniert, ebenso die Landesschule für Blinde und Körperbehinderte. Man hat entschieden, dass das Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe in Straubing

unterstützt wird, ebenso der Aufbau von Technologietransfer-Zentren. Die Außenstelle Cham der Fachhochschule Deggendorf darf sich freuen. Für Kunst- und Geschichtsdenkmäler gibt es mehr Geld, genauso wie für die Bayerische Staatsoper und die Bayerische Staatsbibliothek sowie die Bayerischen Musikakademien. Die regionale Wirtschaftsförderung bekommt 3 Millionen Euro mehr, die Dorferneuerung 5 Millionen. Die Fremdenverkehrswerbung bekommt mehr Geld, die Aus- und Weiterbildung in der Land- und Forstwirtschaft wird stärker gefördert, die Regionalförderung sowieso. Endlich soll es auch eine psychotherapeutische Einrichtung für pädophile Täter und zur Prävention geben. Es werden Versorgungsstrukturen für ältere Behinderte, die aus den Werkstätten ausscheiden, geschaffen. Es soll eine bessere Eltern- und Familienbildung geben und erstmals Psychotherapeuten in Erstaufnahmeeinrichtungen. Wir stellen fest, dass die Blasmusik mehr Geld bekommt. In diesem Fall, Herr Kollege Winter, merkt man, dass der Bläserpräsident im Haushaltsausschuss sitzt. Das ist eigentlich immer so bei den Nachtragshaushalten. Wir stellen fest, dass die Sudetendeutschen mehr Geld für Oral History bekommen und, dass Kleinkläranlagen und der Gesundheitsstandort Bayern gefördert werden. Das Georgische Staatsorchester wird in die Förderung aufgenommen, genauso wie das Orchester am Jakobsplatz.

(Christine Stahl (GRÜNE): Warum?)

Es gibt Geld für die Villa Concordia in Bamberg und das Literaturarchiv in Sulzbach-Rosenberg.

Kolleginnen und Kollegen, die von mir aufgezählten Maßnahmen sind, ich darf es wiederholen, mit einem Volumen von 39 Millionen Euro gefördert worden. Ich habe gesagt, dafür entfallen auf den Straßenbau 8 Millionen Euro. Wenn sie diesen Betrag abziehen, können Sie sich vorstellen, in welcher Höhe die von mir genannten Projekte gefördert werden. Der Landtag entscheidet also über weniger als 0,1 % dieses Haushalts. Den Rest des Haushalts, den Entwurf, den der Finanzminister vorgelegt hat, nickt der Landtag nur ab. Bei dieser Größe der Mitentscheidung, bei dieser Wichtigkeit, könnten wir

uns doch eigentlich dieses Verfahren, welches wir alle zwei Jahre und jedes Jahr mit dem Nachtragshaushalt durchführen, schenken:

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Erste Lesung, die Debatte dazu, die Diskussionen im Haushaltsausschuss, dort wurden dieses Mal 187 Anträge behandelt - die meisten davon wurden von der Opposition eingereicht -, die Zweite Lesung, die heutige Debatte nochmals. Wir brauchen Stunden um Stunden und blockieren den Haushaltsausschuss. Wir könnten doch eigentlich zur Tagesordnung übergehen. Der Landtag hat anscheinend nur wenig zu melden. Wenn ich mir ansehe, was wir beschlossen haben, dann scheinen das nur Kleinigkeiten zu sein.

Was wäre eigentlich die Aufgabe dieses Nachtrages gewesen? - Es wäre die Aufgabe des Finanzministers gewesen, im Haushaltsentwurf auf die wichtigen politischen Fragen einzugehen und Antworten zu liefern. Zumindest sollte der Nachtrag das versuchen, denn ich will gar nicht bestreiten, dass wir das mit dem Nachtrag nie schaffen werden. Wir könnten aber zumindest beginnen, Antworten auf die großen Fragen zu geben, die sich uns stellen. Da wäre beispielsweise die Schuldenfrage. Wie gehen wir in Zukunft mit den Schulden um? Wie gehen wir in Zukunft mit dem Thema Bildung in unserem Freistaat um? Wie gehen wir mit den Problemen an den Hochschulen in den nächsten Jahren um? Was ist mit dem Klimaschutz? Haben Sie in irgendeiner der Aufzählungen, die ich nannte, die Worte "Klimaschutz" oder "Klimaveränderung" gehört? - Nein. Es ist anscheinend so, dass die tragenden Fraktionen erwarten, dass die Staatsregierung das Ihrige schon tun wird. Tut die Staatsregierung das? - Nein, das tut sie nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN - Der Redner trinkt einen Schluck Wasser)

- Entschuldigung. Ich habe mich am Samstag so sehr über unseren Sieg über die Bayern gefreut, deswegen bin ich noch ein bisschen - -

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): 1860 hat doch gegen Frankfurt verloren!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Mütze, machen Sie unbesorgt weiter.

Thomas Mütze (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident.

(Tobias Thalhammer (FDP): Trotz 60!)

Es gibt also auch Menschen in diesem Haus, die sich freuen, wenn die Bayern mal nicht gewonnen haben.

Liebe Damen und Herren, ich komme zur Haushaltsdebatte zurück. Sie haben unsere Anmerkungen nicht verstanden. Sie haben die Hinweise, die wir über unsere Anträge gegeben haben, nicht verstanden. Was könnten wir sonst tun, außer unsere Anliegen in Anträgen zu formulieren? Sie sind immer noch nicht in der Lage, uns zu sagen, wie Sie die strukturelle Verschuldung des Landes zurückführen wollen. Auf diese Frage geben Sie mit dem Nachtragshaushalt keine Antwort. Sie beharren weiterhin darauf, Herr Minister, dass Steuersenkungen im Bund schon irgendwann den privaten Konsum stärken werden. Sie schwächen damit aber unsere Einnahmenbasis. Sie hoffen auf höhere Steuereinnahmen, die das strukturelle Defizit schließen sollen. Dabei wissen Sie selber, dass höhere Steuereinnahmen das nicht bringen können. Dabei wird immer deutlicher: Die Steuersenkungsdebatten der letzten Wochen erweisen sich, so schreibt die Presse wie beispielsweise das "Handelsblatt", als Rohrkrepiere. Denn diese Steuersenkungen sind überhaupt nicht geeignet, eine konjunkturelle Belebung herbeizuführen, wie Sie sie erhoffen. Als Beispiel nenne ich die Kindergelderhöhung. Ich frage Sie, Herr Minister: Wie soll eine Entlastung von 5 Milliarden Euro, verteilt auf 20 Millionen Haushalte, zur Sanierung der öffentlichen Haushalte beitragen? - Diese Frage stelle ich mir. Das Beispiel von den Hotels lasse ich heute weg, um den Blutdruck der Kolleginnen und Kollegen von der FDP nicht gefährlich in die Höhe zu treiben.

(Tobias Thalhammer (FDP): Danke!)

Im Bund ist letzte Woche die höchste Verschuldung der Nachkriegszeit beschlossen worden. Uns hier in Bayern droht bei weiteren Einnahmeausfällen in den nächsten Jahren eine Neuverschuldung. Von Ihnen ist kein Wort dazu zu hören, ob diese Gefahr besteht. Das ist der nächste Punkt: Dieser Nachtrag ist nicht ehrlich gegenüber den

Bürgerinnen und Bürgern. Denn er verschweigt, dass wir in die Verschuldung gehen müssen, wenn es so weitergeht, wenn Sie unsere Einnahmenbasis weiterhin so schwächen. Sie geben mit diesem Nachtragshaushalt vor, die Finanzen im Griff zu haben, vergessen aber, gleichzeitig zu sagen, dass Sie in den letzten Jahren alle Rücklagen aufgebraucht haben und dass keine Privatisierungserlöse mehr vorhanden sind. Sagen Sie den Menschen auch gleichzeitig, wie Sie die Haushalte der nächsten Jahre ausgleichen wollen? - Nein, das sagen Sie nicht. Sagen Sie, woher das Geld dafür kommen soll? - Sie hoffen, dass das Geld aus Steuersenkungen kommen wird. Sie sagen aber nicht, woher das Geld kommen soll, um die Haushalte auszugleichen.

Kollege Winter verwies vorhin in seiner Rede auf die Zukunft und sagte, man wolle in den nächsten Jahren Schwerpunkte bilden, man wolle einsparen. Dabei beließ er es. Er lässt uns im Unklaren und mit uns auch die Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Wo wird eingespart, welche Einsparungen haben Sie denn vor? Wo wollen Sie Schwerpunkte bilden? Wenn Sie Schwerpunkte bilden wollten, warum haben Sie sie nicht jetzt schon gebildet? Warum haben Sie nicht jetzt im vorliegenden Nachtragshaushalt gezeigt, wohin es in Zukunft gehen wird? Das haben Sie versäumt.

Zu den Sparmaßnahmen hat auch der Ministerpräsident bis jetzt nichts gesagt. Meine Heimatzeitung sagt: Dieser Sparkurs wird in Zukunft hart, brutal und einschneidend werden und alle Bürgerinnen und Bürger treffen. - Das ist wahrscheinlich richtig. Sie, Herr Minister, sollten so ehrlich sein, uns das zu sagen. Was kommt auf uns zu? Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht so dumm, wie immer kolportiert wird. Sie können ganz klar erkennen, wo die Wahrheit liegt. Steuersenkungsversprechen glauben die sowieso nicht mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Wahltag in Nordrhein-Westfalen liegt ironischerweise fast am gleichen Tag wie die Steuerschätzung. Da kann man gut sagen: Wir warten jetzt mal bis zur Steuerschätzung im Mai, bis wir tatsächlich sagen können, wie es mit unseren Finanzen weitergeht. Viel-

leicht ist dieser Zufall doch der Tatsache geschuldet, dass man, wenn man ehrlich ist, fürchtet, für die bisherige Politik abgestraft zu werden. Ich zitiere den Kollegen Steinmeier, der im Bundestag sagte, die jetzige Regierung sei die bisher schlechteste. Schließlich tragen dieselben Parteien, die diese Bundesregierung bilden, auch die Bayerische Staatsregierung. Ich will diese Folgerung jetzt nicht direkt ziehen, aber man könnte das schon tun. Man könnte sich fragen: Warum sagen Sie nicht ehrlich, wie es weitergeht, und das auch jetzt schon?

Was haben wir gemacht? - Wir haben natürlich versucht, unsere Ziele festzulegen und die Schwerpunkte zu bilden, die wir bei Ihnen vermisst haben. Wir haben Anträge gestellt. Ich will mal ein paar aufzählen: Da war ein Antrag für mehr Personal an den Schulen, einer zum Ausbau der Ganztagschulen, für die Sozialarbeit an Schulen, für die Erwachsenenbildung. Wir wollten die Kraft-Wärme-Kopplung fördern. Wir wollten die Energiefresser in den Wohnungen, die Nachtspeicheröfen, ausrangieren, wir wollten den Wald klimafest umbauen. Wir haben auch Anträge im Sozialbereich gestellt für den verstärkten Ausbau der Kinderkrippen, wir wollten Betreuungsvereine stärken, Wohnungslosigkeit bekämpfen und Insolvenzberatung stärken. Das wären Maßnahmen, die den Menschen in Bayern, die Probleme haben, wirklich helfen würden. Wir wollten Sie mit unseren Anträgen auch zu einem verstärkten Ausbau der Hochschulen animieren.

Heute habe ich mir doch die Augen gerieben, als ich gelesen habe, dass sich die Länder mit 800 Millionen Euro am weiteren Ausbau der Studienplätze beteiligen wollen, Herr Minister. Das hat Frau Schavan gestern bekannt gegeben. Wie viel gibt denn Bayern zu diesen 800 Millionen? Oder sind das nur wieder Mittel, die ohnehin schon im Haushalt stehen und für die man sich wieder feiern lässt? Wenn nicht, frage ich, warum man unseren Anträgen im Haushalt zum Thema Hochschule nicht zugestimmt hat, wenn doch mehr Mittel zur Verfügung stehen sollten. Das wundert mich. Das ist ein Verhalten, das ich in diesem Fall nicht verstehe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle unsere Anträge sind abgelehnt worden, wie wir das bisher schon kennen, bis auf zwei. Der Vorsitzende Winter hat sie genannt: Der eine betrifft das Projekt "HaLT" und der andere die Nabelschnurblut-Datenbank.

Was hätten wir stattdessen gestalten können? Diese Frage hat Kollege Halbleib vorhin gestellt. Wir als GRÜNEN-Fraktion haben die Antwort auf diese Frage gegeben, was wir hätten gestalten können, wenn uns CSU und FDP nicht im letzten Dezember 340 Millionen Euro über das Wachstumsbeschleunigungsgesetz geklaut hätten. Was hätten wir gestalten können? - Auf diese Frage haben wir mit unseren Anträgen eine Antwort gegeben. Diese Anträge umfassen ein Volumen fast in dieser Höhe. Wir sind sogar noch unter dieser Summe geblieben und haben mit unseren Anträgen eine Summe von 302 Millionen Euro gefordert. Diese Mittel hätten wir zur Verfügung gehabt; mit ihnen man hätte Schwerpunkte setzen können. Das ist aber nicht gelungen, das ist nicht geschehen, weil dank Ihrer Politik in Berlin kein Geld da war.

Herr Minister, liebe Kolleginnen von der CSU und von der FDP, ich kann nur sagen: In Bälde werden wir wieder hier stehen, wenn es um die Aufstellung des nächsten Doppelhaushaltes geht. Wachen Sie als Erstes auf, hören Sie auf, unsere Einnahmensituation hier in Bayern weiter zu schwächen! Es wäre schon einmal gut, wenn Sie das Ihren Kolleginnen und Kollegen in Berlin sagen würden. Setzen Sie Schwerpunkte da, wo es nötig ist; ich denke, wir haben es heute oft genug gehört: Bildung, Klimaschutz, Hochschule, Familien und Soziales. Das erwarten wir von Ihnen, nicht aber das, was Sie hier abschließend vorlegen. Wir werden Ihren Vorschlag ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Mütze. Als Nächster hat der Kollege Karsten Klein das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu allererst möchte auch ich mich für die Vorlage des Nachtragshaushaltes bei allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses, bei den Mitarbeitern der Ministerien und bei der

Spitze des Ministeriums bedanken. Obwohl wir bei einigen Fragen politisch auseinander liegen, ist das Klima im Haushaltsausschuss sachorientiert. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle ebenfalls bedanken.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich aber nicht weitere Zeit mit Einleitungsworten verlieren. Ich möchte vielmehr gleich auf ein Thema eingehen, das uns in den letzten Tagen und Wochen bewegt. Es wurde hier auch schon öfters angesprochen; ich meine das Thema der Kommunal Finanzen. Die Mittel, die die Kommunen über den Freistaat Bayern bekommen, sind eine wesentliche Größe in unserem Haushalt. Für 2010 sind das 6,8 Milliarden Euro. Damit geben wir 24 % des Steueraufkommens an die Kommunen. Damit sind wir in gleicher Augenhöhe - ich möchte das an dieser Stelle betonen, weil es gelegentlich anders gemeldet wird - mit allen anderen Bundesländern. Wir haben bei den letzten Verhandlungen als Bayerische Staatsregierung unter Federführung von Georg Fahrenschon erhebliche Zugeständnisse gegenüber den Kommunen gemacht. Wir von der Regierungskoalition sind starke Partner der Kommunen und das lassen wir uns auch von niemandem schlechtreden.

(Beifall bei der FDP)

Das alles kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kommunen vor Finanzproblemen stehen. Es ist aber nicht so, wie manche behaupten, dass wir den Kommunen das Geld weggenommen hätten. Es handelt sich vielmehr um eine wirtschaftliche Entwicklung, die in den Keller geführt hat und damit zu weniger Steuereinnahmen führt. Das betrifft die Kommunen, das betrifft den Freistaat Bayern und das betrifft auch die Bundesrepublik Deutschland. Dazu muss jeder sein Scherflein beitragen. Deshalb hilft es nicht, wenn mit dem Finger, wie Herr Kollege Halbleib das getan hat, auf den Freistaat gezeigt wird.

Zu den Einnahmeeinbrüchen muss man ehrlichkeitshalber sagen, dass den Kommunen, gerade in den Jahren zwischen 2005 und 2009 - Große Koalition -, erhebliche Ausgaben

aufgebürdet worden sind. Das darf und muss an dieser Stelle gesagt werden und gehört zur Fairness gegenüber den Kommunen. Genauso richtig ist es aber auch - auch das wurde hier schon einige Male erwähnt -, dass die Einnahmen vor der Krise und nach der Steuerreform 2005 deutlich gestiegen sind. Ich denke, dass die Kommunen bis zur Krise gut mit Mitteln ausgestattet waren.

Wir haben in Berlin gemeinsam in der Koalition zwischen CDU, FDP und CSU eine Kommission eingerichtet, die sich mit der Einnahmen- und Ausgabensituation der Kommunen auseinandersetzen soll. Der Freistaat Bayern wird dort durch Finanzminister Georg Fahrenschon vertreten. Wir müssen zu Beginn der Diskussion eines klar sehen: Die Situation der Gewerbesteuer ist nicht so traumhaft, wie einige uns glauben machen wollen. Ich kann Ihnen aus meiner Erfahrung als Stadtrat vor Ort - viele von Ihnen sind auch Kommunalpolitiker - berichten: Wir alle wissen, dass die Beweglichkeit, das heißt, die Spitzen nach oben und unten, bei der Gewerbesteuer auch durch die Maßnahmen 2005 nicht stark abgemildert worden sind. Mit dieser Größenordnung ist für die Kommunen keine seriöse Finanzplanung über mehrere Jahre durchzuführen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb hat die Kommission zu Recht den Auftrag, die Einnahmensituation zu überprüfen und sie hat im Übrigen auch den Auftrag, das FDP-Konzept zu überprüfen. Denn wir haben ein Konzept und wir haben das auch vorgelegt; damit sind wir einigen weit voraus. Wenn man eine Kommission gemeinsam einberuft und einsetzt, sollte man diese Kommission auch arbeiten lassen. Ich sagen Ihnen von dieser Stelle aus: Jede Vorfestlegung, die den Ausgang der Arbeit der Kommission betrifft, ist politisch ein schwerer Fehler. Jede Aussage, es könne keinen Ersatz für die Gewerbesteuer geben, wäre falsch.

(Beifall bei der FDP)

Unser erstes Ziel muss eine Verstetigung der Einnahmenseite der Kommunen sein. Ich begrüße es ausdrücklich, dass es jetzt aufseiten der Union auch Bewegung gibt, zu-

mindest beim Thema Umsatzsteuer. Es ist eine Bewegung in Richtung auf unser Konzept festzustellen, die wir außerordentlich begrüßen, denn sie zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der FDP)

Letztlich ist es unsere Aufgabe, ein tragfähiges Konzept zu erarbeiten. Ich denke, dabei sollte auch jeder selbstkritisch prüfen, ob seine Äußerungen zum Erfolg beitragen. Wir werden auf jedem Fall am Ende der Arbeit der Kommission klar herausarbeiten, wer für Veränderungen, wer als starker Partner für eine zukunftsorientierte Einnahmenpolitik der Kommunen eingestanden ist und wer für Beharrung und Stillstand steht.

Wir haben eine enorme Belastung im Haushalt 2010, nämlich die Landesbank, die zu Recht schon einige Male erwähnt worden ist. Wir haben in diesem Hause mit voller Überzeugung die Finanzspritze von 10 Milliarden Euro im späten Teil des Jahres 2008 beschlossen. Genauso überzeugt, wie wir diese 10 Milliarden Euro hier beschlossen haben - 10 Milliarden Euro neue Schulden bei damals 22,6 Milliarden Euro; das haben wir gerade im Hinblick auf die Situation der Kommunen und Sparkassen in Bayern getan -, sind wir heute noch davon, dass diese Maßnahme voll vertretbar war. So überzeugt wir damals waren, so schmerzen heute im laufenden Haushalt die Mittel, die wir für die Zinsen aufbringen müssen. Im laufenden Haushalt 2010 sind 305 Millionen Euro für Zinsaufwendungen eingestellt, und diese Mittel stehen - wir müssen das leider sagen - nicht für Bildung, Forschung und Infrastruktur, kurz für Investitionen in die Zukunft zur Verfügung.

Hinzu kommt die belastende Diskussion um den Erwerb der HGAA. Deshalb wird es in den nächsten Monaten unsere vordringlichste Aufgabe sein, im Hinblick auf die Landesbank die Aufarbeitung fortzusetzen und abzuschließen.

Wenn wir uns den Doppelhaushalt 2009/2010 ansehen, dann können wir eine gute Nachricht für die Bürgerinnen und Bürger vermelden, nämlich die Tatsache, dass wir ohne Schulden auskommen. Da helfen auch alle Tricks, die vonseiten der Opposition

angewandt werden, um dieses Ergebnis schlechtzureden, nichts: Wir nehmen keine neuen Schulden auf dem Finanzmarkt auf, das heißt: Unsere Nettoneuverschuldung ist gleich Null. Das ist eine gute Nachricht für Bayern und ein gutes Signal für die Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wenn behauptet wird, wir hätten keine Antwort auf die Herausforderungen, dann möchte ich, lieber Herr Kollege Mütze, darauf hinweisen, dass wir in diesem Nachtragshaushalt 2010 1,4 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen zu schultern haben und dass wir die 360 Millionen Euro, die uns aufgrund des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes weniger in die Kasse fließen, ohne Neuverschuldung schultern, sondern wir vielmehr einen Eigenbeitrag leisten. Ich glaube, in diesem Zusammenhang muss man den Ministerien, vor allem dem Finanzministerium, sowie dem Haushaltsausschuss ein Lob aussprechen. Wir schultern diese Maßnahmen und wir werden auch bei den Beratungen zum nächsten Doppelhaushalt die noch stärker an uns herantretenden Herausforderungen meistern.

In dem Gesamthaushalt von 42,3 Milliarden Euro investieren wir alleine 9,4 Milliarden Euro für Kultus. Davon gehen allein 7,5 Milliarden Euro nur in die Personalausgaben. Wir haben über 2.000 neue Lehrerplanstellen in diesen Doppelhaushalt eingestellt. Ich glaube, man sieht angesichts dieser Zahlen, welchen Kraftakt das für die Staatsregierung bedeutet hat. Es ist ein wichtiges Signal innerhalb von Bayern: Wir investieren in Bildung, nicht nur in Beton, sondern auch in die Köpfe und stellen über 2.000 Planstellen zur Verfügung.

(Beifall bei der FDP)

Von den 9,4 Milliarden Euro im Kultusbereich gehen 1,1 Milliarden Euro an die Privatschulen. Sie wissen, dass gerade uns von der FDP-Fraktion die Privatschulen besonders am Herzen liegen. Wir haben den festen Entschluss in der Koalitionsregierung, dass wir bis zum Ende der Legislaturperiode das Versprechen, den Schulgeldersatz von derzeit

75 auf 100 Euro zu erhöhen - wir haben schon den ersten Schritt mit einer Erhöhung auf 75 Euro getan - vollziehen werden. Dazu stehen wir und das werden wir gemeinsam anpacken.

(Beifall bei der FDP)

Hinzu kommen 4,9 Milliarden Euro, die wir für Wissenschaft, Forschung und Kunst ausgeben und diverse andere Mittel für Forschungsprojekte im Wissenschaftsressort.

All diese Zahlen machen deutlich, dass Bildung für uns ein Kernanliegen ist und dass wir in die Rahmenbedingungen für die Zukunft und in gute Fachkräfte für die Zukunft investieren. Das ist ein Schwerpunkt dieser Koalitionsregierung, und in diese Richtung werden wir weitermarschieren.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, wenn man sich den Entwurf des Nachtragshaushalts und die Möglichkeiten, die wir gemeinsam im Haushaltsausschuss genutzt haben, ansieht, dann wird einem klar, dass man nicht 1 : 1 alles gegenüberstellen kann und so tun kann, als ob nichts passiert wäre. Wir haben die Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, wie ich finde, hervorragend genutzt. Für unsere Fraktion kann ich sagen: Die Schwerpunktsetzung, die zum Beispiel hinsichtlich der Fragen des ländlichen Raumes erfolgt ist, ist ein Erfolgsmodell. Wir investieren über drei Millionen Euro in die Regionalförderung. Damit unterstützen wir die Eigeninitiative im ländlichen Raum. Außerdem unterstützen wir wettbewerbsfähige Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

(Beifall bei der FDP)

Wir unterstützen das Regionalmanagement. Gerade in Zeiten der Krise ist es wichtig, dass den Regionen Mittel zur Selbsthilfe zur Verfügung gestellt werden. Wir fördern den ländlichen Raum auch mit anderen Projekten wie dem Tourismus. Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele reden über den ländlichen Raum. Wir handeln.

(Beifall bei der FDP)

Ein wichtiges Thema ist auch die Asylpolitik. Wir schaffen neue Möglichkeiten, indem wir bereits bei der Erstaufnahme dafür sorgen, dass eine psychologische und medizinische Untersuchung stattfindet. Im Bereich des Bewegungsraums hat Kollegin Brigitte Meyer bereits erhebliche Verbesserungen für die Asylbewerber erzielen können. Wir werden diesen Weg weitergehen. Der FDP-Fraktion ist es ein zentrales Anliegen, diese Bedingungen zu verbessern. Den ersten Schritt haben wir bereits getan.

(Beifall bei der FDP)

Wir unterstützen kulturelle Projekte, egal ob es sich dabei um die traditionelle Staatsoper oder um die Nutzung neuer Medien wie das Literaturportal handelt. Wichtig ist uns ebenfalls die Mittelverstärkung bei der anwendungsgebundenen Forschung in Cham, Straubing oder Spiegelau. Zwei Projekte haben wir in einem Topf gemeinsam für Transferzentren in Bayern an den Fachhochschulen und Hochschulen ausgewiesen, die sich im ländlichen Raum befinden. Mit Hilfe von Transferzentren können Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft miteinander noch stärker dafür sorgen, dass Innovationen Platz greifen und innovative Arbeitsplätze angeboten werden können. Das ist der Schwerpunkt unserer Regierungspolitik. An dieser Stelle ist die Handschrift klar erkennbar.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Doppelhaushalt 2009/2010 ist ein Stabilitätsfaktor in der Krise. Er enthält ein ganzes Maßnahmenbündel an Investitionen in die Zukunft. Dafür haben wir - ich finde in richtiger Weise - die Rücklagen aufgebraucht. Zum 31.12.2008 haben wir über vier Milliarden Euro an Rücklagen verfügt. Dies ist bereits erwähnt worden. Zum 31.12.2010 werden wir keine Rücklagen mehr haben. Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, wann, wenn nicht in den Krisenjahren, sollen die Rücklagen aufgebraucht werden? Das ist genau der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP)

Der Doppelhaushalt 2011/2012 wird sein Augenmerk viel mehr auf die Konsolidierung legen. Wir haben ein strukturelles Defizit von 3,4 Milliarden Euro, das wir in Schritten abbauen müssen. Das muss der Schwerpunkt der nächsten Haushaltsberatungen sein und bereits vorher in den Ministerien thematisiert werden. Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses, realistisch und ehrlich zu bleiben. Wir haben nach wie vor eine gute Einnahmesituation der öffentlichen Hand auf allen Ebenen. Wir dürfen uns nichts vormachen. Im Jahre 2010 sind 28,6 Milliarden Euro reine Steuereinnahmen zu erwarten. Nur in den Jahren 2007, 2008 und 2009 hat es höhere Steuereinnahmen gegeben. Die Steuereinnahmen im Jahr 2010 sind immer noch zwei Milliarden Euro höher als im Jahre 2006. Wir haben kein Einnahmenproblem in der Bundesrepublik Deutschland und auch nicht in Bayern. Wir haben ein Ausgabenproblem.

(Beifall bei der FDP)

Aus diesem Grund sind alle Angriffe auf das Wachstumsbeschleunigungsgesetz falsch. Wir steuern eine Staatsquote in Höhe von 50 % an. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht die Vorstellung der Freien Demokratischen Partei von einer Sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei der FDP)

Im Übrigen finanzieren wir die Senkungen nicht auf Pump, wie das immer wieder behauptet wird. Der Freistaat Bayern verschuldet sich nicht für den Einnahmenverlust in Höhe von 340 Millionen Euro. Wir senken unsere Ausgaben. Wir finanzieren den bayerischen Anteil des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes nicht auf Pump. Das möchte ich an dieser Stelle festhalten.

(Beifall bei der FDP)

Es ist bezeichnend, wenn Herr Kollege Mütze von den GRÜNEN behauptet, dass wir den Kommunen Gelder wegnähmen. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz

haben Familien und Mittelständler mehr Geld in der Tasche. Sie haben mehr Netto vom Brutto. Wer die Idiotie vertritt, dass die FDP dem Freistaat Bayern etwas wegnehme, hat den Gesellschaftsvertrag, den wir in dieser Bundesrepublik Deutschland beschlossen haben, nicht verstanden.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind nicht der Meinung, dass der Staat besser als der Bürger weiß, wie das Geld zu investieren ist. Wir stehen hinter der Reduzierung der Einnahmen. Sie konnten bei den Kommunen, dem Freistaat Bayern und der Bundesrepublik Deutschland verfolgen, dass der Freistaat Bayern zwischen 2003 und 2008 vier Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen hatte. Dies hat er nicht in Rücklagen investiert, sonst hätten wir heute ganz andere Möglichkeiten. Die Ausgaben sind entsprechend angewachsen. Im Jahre 2008 hätte die Bundesrepublik Deutschland unter der Großen Koalition keine Neuverschuldung machen müssen, nachdem in der Steuerschätzung Steuereinnahmen in Milliardenhöhe prognostiziert worden sind. Was kam aber heraus? - Eine fast genauso hohe Neuverschuldung wie angesetzt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man dem Staat Geld gibt, gibt er es aus. Deshalb sind wir dafür, dieses Thema einzudampfen.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Einnahmesituation, die Staatsquote und das Hoffen auf das Wirtschaftswachstum machen deutlich, dass wir um eine Haushaltskonsolidierung nicht herum kommen. Deshalb muss die Maxime für die Haushaltspolitik, die heute beginnt, lauten: Zukunftsinvestitionen sichern. Aufgabendynamik stoppen. Effizienzpotenziale heben.

(Beifall bei der FDP)

Zudem müssen wir uns Gedanken über die Treffsicherheit unserer Ausgaben machen. Herr Kollege Mütze - leider sehe ich ihn gerade nicht - hat uns dazu aufgefordert, zu

berichten, wie wir das Defizitproblem handeln. Wir sind nicht ideenlos. Meistens streiten wir uns mit unserem Koalitionspartner über zu viele Ideen.

(Christa Naaß (SPD): Es geht um die Qualität!)

Wir können Lösungsansätze vorzeigen, um das strukturelle Defizit in den Griff zu bekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Herr Kollege Halbleib, wir diskutieren viel hinter den Türen und breiten nicht direkt alles vor dem Ausschuss aus. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir im Ausschuss alles abnicken, was von der Regierung kommt.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind ein kritischer Teil des Haushaltsausschusses. Dies nehmen wir für uns genauso in Anspruch wie Sie. Wir müssen uns mit der Treffsicherheit beschäftigen. Wir alle haben uns auf die Fahnen geschrieben, die Kinderbetreuung, die Ganztagsbetreuung und die Tagespflege zu verstärken. Die OECD-Studie aus dem letzten Jahr hat gezeigt, dass die Bundesrepublik Deutschland und Bayern nicht zu wenig für Familien und Kinder ausgeben. Die gleiche Studie hat jedoch verdeutlicht, dass wir insgesamt ein Problem mit Kinderarmut haben. Außerdem führt Deutschland mehr direkte Transferleistungen an Familien aus als andere europäische Länder. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir mehr Geld in den Ausbau von Kindertagesstätten und weniger Geld in Transferleistungen investieren müssen. Das gilt auch für den bayerischen Haushalt.

(Beifall bei der FDP)

Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich beziehe mich auf den Doppelhaushalt 2011/2012 und nicht auf den Doppelhaushalt 2009/2010. Der Doppelhaushalt 2009/2010 war ein Mittel in der Krise zur Stabilisierung. Nachdem wir jetzt in eine Erholungsphase eintreten, ist es nach Keynes unsere Aufgabe, in 2011/2012 zu konsolidieren.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen uns in diesem Zusammenhang mit den vielen Sonderprogrammen beschäftigen, die bisher aus den Zinsen der Landesbank finanziert worden sind. Dort stehen uns keine Mittel mehr zur Verfügung. Darüber müssen wir kritisch diskutieren. Wir müssen an alle Substanzen ran. Deshalb gilt spätestens heute schon der Arbeitsauftrag an alle Ministerien: Starten Sie mit der Konsolidierung! Konsolidierungsbedarf ist gegeben.

Die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag wird weiterhin in kritischer und partnerschaftlicher Weise die Haushaltspolitik betreiben. Das sage ich gerade von diesem Pult aus. Ich stehe dafür, dass zukünftige Generationen handlungsfähig sind. Deshalb werden wir in den Jahren 2011/12 einen Konsolidierungskurs fahren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Kamm das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Kollegen von der CSU und der FDP, ich habe mir heute einige Reden angehört, in denen Sie wortreich versucht haben, außerordentlich erfreuliche Bilder von der Lage der Kommunen zu zeichnen. Doch Ihre Bilder haben mit der Wirklichkeit schon lange nichts mehr zu tun.

(Tobias Thalhammer (FDP): Haben Sie denn auch unsere Reden verfolgt?)

- Ja. Um Gottes willen, das war das Schlimmste.

Was ich gesagt habe, gilt auch für die beschönigenden Statistiken, mit denen die Staatsregierung rechtfertigen wollte, den Finanzausgleich zulasten der Kommunen um 53 Millionen Euro zu kürzen. Herr Klein, es ist schlicht und einfach völlig unseriös, sich auf Statistiken zu berufen, die im Jahr 2008 enden, wenn man die Wirklichkeit der Jahre 2009/10 kennt. Ich hätte schon erwartet, dass Sie da etwas weiterdenken.

Statt einer Unterstützung bei extrem steigenden Jugendhilfekosten, Sozialhilfekosten, Wohngeldkosten und Kosten für die Eingliederungshilfe erhalten die Kommunen keine Kompensation und keine Unterstützung, sondern erstmals eine Kürzung des Finanzausgleichs zulasten der dritten Ebene, zulasten der Handlungsfähigkeit der Kommunen und zulasten der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Bayern.

Wenn Sie meinen, schöne zusätzliche Leistungen im Bereich der Bildung, der Kindertagesstätten usw. versprechen zu können, dann müssen Sie auch darauf achten, dass die Handlungsfähigkeit der Kommunen erhalten bleibt.

Meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, Sie versuchen, von den Änderungen abzulenken, die sich in den Gemeinden, Städten und Landkreisen sowie Bezirken in Bayern abzeichnen und sich im kommenden Jahr weiter verschärfen werden.

Herr Seehofer, Sie haben versprochen, nichts gegen den Willen der Kommunen zu tun. Auch Bundeskanzlerin Merkel hat das versprochen. Doch was ist die Realität? Sie trugen auf Bundesebene das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und eine Reihe weiterer Steuerrechtsänderungen zulasten der Kommunen mit. Das führt dazu, dass in diesem Jahr die bayerischen Kommunen 500 Millionen Euro weniger Einnahmen haben und im kommenden Jahr sogar eine Milliarde Euro weniger Einnahmen haben werden. Diese eine Milliarde fehlt auch in den folgenden Jahren, also 2012, 2013, 2014 usw.

Die Schulden, die der Freistaat heuer noch nicht macht, machen derzeit schon die Kommunen. Viele Haushalte werden mit erheblichen Schuldenaufnahmen ausgeglichen, die besorgniserregend hoch sind und von denen man befürchten muss, dass überhaupt keine Perspektive für den künftigen Ausgleich möglich ist.

Herr Winter, Sie haben versprochen, dass Herr Fahrenschon als Mitglied der Finanzkommission auf Bundesebene nichts gegen den Willen der Kommunen tun will. Aber dies bezweifeln mittlerweile auch CSU-Bürgermeister. Es ist durchaus zu befürchten, dass sich weitere Reformvorschläge ähnlich auswirken wie die bisherigen Schritte auf Bundesebene.

Es wird von Ihnen immer wieder ein Ersatz für die Gewerbesteuer versprochen. Er ist aber keineswegs in Sicht. Vielen Leuten wäre es wohler, wenn klar wäre, wie die Last gestemmt werden soll. Höhere Umsatzsteueranteile sind theoretisch möglich, würden aber dazu führen, dass der Umsatzsteuersatz deutlich erhöht werden müsste. Daher ist abzusehen, dass bei einer Abschaffung der Gewerbesteuer kein hinreichender Ausgleich erfolgen würde.

Die Kommunen hatten vor dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz gewarnt. Sie haben auch vor einer Kürzung des Bundesanteils an den Unterkunftskosten gewarnt. Das nutzte ihnen aber nichts. Mitten in der Krise lassen die Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU und FDP die Kommunen mit den steigenden Kosten der Arbeitslosigkeit allein und senken den Bundesanteil an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose auf nur noch 23 %. Im Jahr 2007 hatte dieser Anteil noch 31,8 % betragen. Das kostet die bayerischen Städte Millionen. Für Augsburg sind es beispielsweise fünf Millionen Euro.

Die Beschlüsse, die hierzu in der Krise gefasst werden, zeigen den Bürgermeistern, auf welche Hilfe sie bei der schwarz-gelben Bundespolitik bauen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gab keine Kommune, die vor diesem Beschluss nicht gewarnt hätte. Die Bundestagsabgeordneten fassten den Beschluss trotzdem.

Es nützt den Kommunen wirklich nichts, wenn auch der Ministerpräsident mit Krokodilstränen und in tiefer Sorge um die Situation der Kommunen verspricht, sich kümmern zu wollen, und Frau Merkel den Kommunen Lösungen verspricht, aber trotzdem die Handlungsfähigkeit der Kommunen Schritt um Schritt ausgehöhlt wird.

Den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns, die auf handlungsfähige Gemeinden angewiesen sind, helfen diese Versprechungen nichts. Besser wäre es, die Politik würde die Krise der Kommunen endlich nicht weiter verschärfen. Nach dem, was ich gehört habe,

kann die Staatsregierung bisher noch nicht aufzeigen, wie sie in dieser Richtung ihr Handeln gestalten will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich darf bekannt geben, dass zum Haushaltsgesetz namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Als Nächster hat Herr Staatsminister Fahrenschon das Wort.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich will mich zum Abschluss der Beratung des Nachtragshaushalts zuerst bedanken. Mein Dank gilt natürlich vor allem dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Abgeordneten Georg Winter, für die sachkundige, konstruktive und zügige Leitung der Beratung des Nachtragshaushalts.

(Beifall bei der CSU und FDP)

Mein Dank gilt selbstverständlich auch Ihnen, Herr Halbleib, in Ihrer Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses, ebenso allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses, den Mitgliedern des Sekretariats des Haushaltsausschusses, den Mitarbeitern der Fraktionen, den Mitarbeitern der Ressorts, natürlich auch den Mitarbeitern des Finanzministeriums. Dabei denke ich an dieser Stelle vor allem an die zuständige Abteilung I für die Vorlage eines guten, soliden und auf die Zukunft ausgerichteten Staatshaushalts für den Freistaat Bayern.

Wir haben konstruktiv gearbeitet und gleichzeitig die sachlichen Unterschiede in der Politik klar zutage gebracht.

CSU und FDP bauen auch in der Krise auf eine solide Haushaltspolitik. CSU und FDP setzen gerade in dieser Zeit klare Prioritäten. CSU und FDP investieren gezielt in Familien, Bildung und Infrastruktur, statt mit der rotgrünen Gießkanne übers Land zu ziehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

CSU und FDP halten an ihrer gerechten und wachstumsorientierten Steuerpolitik fest. Anders gesagt: Für CSU und FDP steht der Mensch im Mittelpunkt der Politik, nicht der Staat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sind der festen Überzeugung - das können wir auch nachweisen -, dass unsere Politik der steuerlichen Entlastung ohne Alternative ist.

Schauen wir uns doch noch einmal die Entlastungen im Jahr 2010 im Gesamtumfang von bundesweit 24 Milliarden Euro im Einzelnen an. Da entfallen zum einen 6 Milliarden Euro, also ein Viertel des Gesamtumfangs, auf die Erhöhung des Grundfreibetrags und die Abflachung des Tarifverlaufs im Rahmen des Konjunkturpaketes II. Diese Stützung des Konsums und der Wirtschaft wurde von der Großen Koalition in Berlin beschlossen, und deshalb gilt die Frage an die Mitglieder der SPD-Fraktion, ob sie gut ein Jahr später diesen ihren eigenen Beschluss schon für falsch halten. Die Antwort muss sein: Nein, er war auch im Nachhinein richtig; denn heute liegen uns aktuelle Studien vor, die belegen: Die Ankurbelung des privaten Konsums hat die Konjunktur 2009 sechsmal stärker gestützt als die staatlichen Investitionsprogramme. Wir haben gemeinsam richtig entschieden, und deshalb waren die 6 Milliarden Euro Entlastung für die Steuerzahler eine richtige Entscheidung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der größte Teil der Entlastungen zum 1. Januar 2010, nämlich glatte 9,5 Milliarden Euro, entfallen auf die verbesserte Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen. Sie hat das Bundesverfassungsgericht vorgegeben. Damit sind wir bei 8,5 Milliarden Euro, die schließlich auf das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der neuen christlich-liberalen Bundesregierung entfallen, und dabei muss man festhalten: Auch diese Maßnahmen waren in ihrer Gänze alternativlos.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Denn: Wie könnten wir es verantworten, krisenverschärfende Regelungen im Unternehmensteuerrecht zu belassen? Gerade in dieser Zeit der größten Wirtschaftskrise, die die Welt je gesehen hat, geht es doch darum, dass ein Steuerrecht, das die Unternehmensfinanzierung bei schlechter Ertragslage erschwert, das Sanierungen behindert, das gegenüber betriebswirtschaftlich sinnvollen Umstrukturierungsmaßnahmen Hürden aufbaut, geändert werden muss. Wir sind zufrieden damit, dass das die neue Bundesregierung in den ersten hundert Tagen in die Hand genommen und umgesetzt hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wer hier untätig geblieben wäre, der hätte sich mitschuldig gemacht, dass eine gefährliche Abwärtsdynamik weiter entsteht. Unser politischer Ansatz geht genau in die andere Richtung: Wir wollen Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung schaffen, damit wir schnell die Krise hinter uns lassen.

Eine Differenzierung des Erbschaftsteuertarifs in den Klassen II und III, wie sie das alte Recht vorgesehen hat, ist schon allein aus gesellschaftlichen Gründen ein Fehler. Wie wollen Sie denn den Bürgerinnen und Bürgern im Land erklären, dass Geschwister, Neffen und Nichten mit den gleichen Steuersätzen belegt werden wie fremde Dritte? Lieber Herr Halbleib, derartige Regelungen besitzen das Potenzial, die Akzeptanz einer Steuer in der Bevölkerung nachhaltig zu beeinträchtigen, und deshalb waren auch diese Änderungen richtig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dann zu dem Kindergeld, zu den Kinderfreibeträgen, bei denen zu Recht mit 4,6 Milliarden Euro der Löwenanteil des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes liegt. Ich sehe darin mehr als nur eine konjunkturpolitische Maßnahme; sie ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer familienfreundlicheren Gesellschaft.

Im Übrigen: Entgegen dem Usus des ehemaligen Bundesfinanzministers trägt der Bund die Hauptlast der Änderung beim Kindergeld. Noch mit Herrn Steinbrück mussten wir vor den Vermittlungsausschuss ziehen, damit der Bund seiner Aufgabe nachkommt. Beim Kollegen Schäuble ist das anders: Wir haben mit der Besserstellung der Familien mit Kindern den richtigen Schwerpunkt auch im Steuerrecht am Anfang der christlich-liberalen Bundesregierung gesetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Kommen wir schließlich zu einer Feinheit, die wir uns gerade aus bayerischer Perspektive gerne noch einmal ansehen dürfen. Denn: Die Opposition ist zwar polemisch, aber ohne jegliche Sachkunde mit dem Thema Besteuerung des Hotel- und Gastgewerbes im Umsatzsteuerrecht umgegangen.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Denn es ist gerade für Bayern, das Tourismusland Nummer eins in der Bundesrepublik Deutschland, zwingend, dass wir die Ungerechtigkeiten bei der Besteuerung des Hotel- und Gastgewerbes im Umsatzsteuerrecht beseitigen.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Es war eine zentrale Aufgabe der bayerischen Politik, das auch am Ende des alten Jahres durchzusetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Gerade für das Tourismusland Bayern ist die Neutralität im europäischen Wettbewerb der Steuersysteme von entscheidender Bedeutung. Die gute Nachricht: Unsere Änderung zeigt auch Wirkung. Wir können es doch tagtäglich lesen. In den Medien wird von der Verbesserung im Service, in der Ausstattung und auch von günstigeren Angeboten berichtet. Von dieser Maßnahme entfallen auf den Freistaat Bayern 55 Millionen Euro Steuermindereinnahmen; auf die bayerischen Kommunen entfallen gerade einmal 3 Mil-

lionen Euro. Ich stelle fest: Das ist eine hervorragende Investition in die Tourismuslandschaft, in die Tourismusstruktur im Freistaat Bayern und für den Wirtschaftsstandort Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Gerade am Beginn einer neuen Tourismus-Saison, wo Marktanteile weltweit neu vergeben werden, haben wir die Touristiker in Bayern in eine gute, in eine bessere Ausgangslage positioniert.

Und das Konzept der SPD? - Das Konzept der SPD lautet entweder: Haltet den Dieb!, bezogen auf die Steuersenkungen, die sie selber mitbeschlossen hat, oder aber: Bayerische Interessen interessieren uns nicht! - Beides ist falsch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die haltlose Kritik an unserer alternativlosen Steuerpolitik ist nicht die einzige Fehleinschätzung der Opposition. Denn wie werden wir momentan kritisiert? Wir werden in Bezug auf einen ausgeglichenen Staatshaushalt kritisiert - erstens -

(Christa Naaß (SPD): Er ist doch nicht ausgeglichen!)

dass wir in einer Krise, deren Ausmaß vor zwei Jahren niemand vorhersagen konnte, in der größten Krise der Wirtschaftsgeschichte, jetzt auf einmal die Rücklagen, die wir für Notoperationen aufgebaut haben, zum Einsatz bringen.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Wir werden zweitens dafür kritisiert, dass wir eine rückzahlbare Ablieferung des Grundstocks in Anspruch nehmen, und drittens dafür, dass wir vorübergehend einen Teil der Zuführungen an den Versorgungsfonds aussetzen. Wohlgedenkt: Wir in Bayern führen dem Versorgungsfonds weiterhin 70 Millionen Euro zu und setzen die Zuführung teilweise nur aus. Andere Länder stoppen die Zuführung, noch andere Länder lösen den

Fonds auf. So schlimm ist die Lage, und insoweit können wir mit dieser Kritik meines Erachtens gut umgehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Wenn man jetzt die Kritik der Opposition noch einmal prüft, dann sieht man: Sie ist mit Sicherheit nicht mit einem besseren Konzept unterwegs; denn wenn Sie nach dem Generalkonzept in Bayern fragen, dann herrscht schlicht und einfach Fehlanzeige.

Die Antwort könnten allerdings die Anträge der Opposition bringen. Allein die Fraktion der SPD, die, jedenfalls gemessen am Umfang der Mehrforderungen, größte Oppositionspartei bleibt, will laut ihren Änderungsanträgen über 1 Milliarde Euro mehr ausgeben.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Damit ist klar: Die SPD, die Sozialdemokraten in Bayern setzen auf einen Dambruch, auf den Einstieg in neue Schulden.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie wollen endlich mit Ihrer Politik mit der Gießkanne ohne Rücksicht auf künftige Generationen übers Land gehen, und das ist der falsche Weg in wirtschaftlich angespannter Zeit.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Diesem Konzept stellen wir, die Koalition aus CSU und FDP, eine gebündelte, eine solide Haushaltspolitik entgegen. Die Kritik am Einsatz unserer Rücklagen ist daher nur ein leicht durchschaubares Manöver, um von der eigenen Konzeptionslosigkeit abzulenken, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Christa Naaß (SPD): Das glauben Sie doch selber nicht!)

Kronzeuge dafür ist zum Beispiel der Länderfinanzausgleich. Vom gesamten Ausgleichsvolumen des vergangenen Jahres in Höhe von 6,9 Milliarden Euro hat Bayern fast die Hälfte, genau 3,37 Milliarden Euro, bestritten.

(Zuruf von der SPD)

Den zwischenzeitlich aufgelaufenen kaufkraftbereinigten Zahlungen Bayerns von über 34 Milliarden Euro stehen vergleichbare Leistungen an Bayern, vorwiegend aus den Fünfziger- bis Siebzigerjahren, von nur 9,5 Milliarden Euro gegenüber. Das sind die Fakten, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Damit kein Zweifel aufkommt: Bayern steht weiterhin zum Gesamtkompromiss und zum Institut des Länderfinanzausgleichs. Aber die Anreize im System müssen besser werden. Der Länderfinanzausgleich muss deutlich anreizgerechter werden, als dies heute der Fall ist. Unsere Kernkritik lautet: Bisher, im geltenden System hat es allein der Freistaat Bayern geschafft, vom jahrzehntelangen Empfängerland ab dem Jahre 1994 nachhaltig zum Zahlerland aufzusteigen.

Ziel einer Neuregelung muss es daher sein, möglichst viele Erfolgsgeschichten dieser Art zu schreiben, und deshalb muss die gesamte Systematik, vom bundesstaatlichen Finanzausgleich über die Steuerverteilung bis hin zu den Bundesergänzungszuweisungen, auf den Prüfstand. Wir müssen darüber debattieren, dass sich der Länderfinanzausgleich im Prinzip überflüssig machen muss. So wollen wir die Anreize in Zukunft gestalten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Außerdem müssen wir darüber diskutieren, welche Steuern die Länder in eigene Regie nehmen sollten und gegebenenfalls welche Gestaltungsrechte bei gemeinschaftlichen Steuern im Interesse einer Eigenständigkeit sinnvoll oder gar geboten sind. Alle Länder, die Zahler- wie die Geberländer, müssen sich im gemeinsamen Interesse dem Problem stellen. Es geht jetzt darum, den Finanzausgleich für die Zukunft so vorzubereiten, dass

jedem Land von seinen Anstrengungen zur Pflege seiner Steuerquellen ein möglichst hoher Anteil verbleibt. Für jedes Land muss sich eine zukunftsgerichtete Politik auch hinsichtlich seiner eigenen Einnahmesituation wirklich lohnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Nachtrag 2010 macht deutlich, dass Bayern neben einer wachstumsorientierten Steuerpolitik gerade auch in wirtschaftlich schwieriger Zeit auf staatliche Impulse, auf eine aktive Wirtschaftspolitik setzt. Zugleich ergreifen wir die Chance insbesondere in den Bereichen Kinder, Bildung und Technologie. Deutlich wird diese auf die Zukunft ausgerichtete Politik an der Tatsache, dass wir trotz Steuereinbrüchen in Höhe von 1.700 Millionen Euro gegenüber den Stammansätzen des alten Haushalts den Nachtragshaushalt in der Investitionsquote auf 13,8 % verbessern. Den Standortvorteil der bayerischen Wirtschaft, den Standortvorteil, dass wir mit bewährter Politik hohe Investitionen fahren, stellen wir im Jahr 2010, im zweiten Krisenjahr der Weltwirtschaft damit nicht nur sicher, sondern wir setzen mit knapp 5,8 Milliarden Euro einen Höhepunkt. Bayern setzt einen kräftigen Impuls für die bayerische Wirtschaft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dabei zieht die Staatsregierung bei der Stärkung der heimischen Wirtschaft an einem Strang mit den sie tragenden Fraktionen von CSU und FDP. Zusätzlich zu den im Regierungsentwurf des Nachtrags enthaltenen Steigerungen bei der Regionalförderung haben die Koalitionsfraktionen aus gutem Grund mit weiteren 3 Millionen Euro die Investitionsförderung gestärkt. Zusammen mit den Mitteln aus dem Strukturprogramm Nürnberg/Fürth wurde die Regionalförderung einschließlich der Investitionsförderung im Fremdenverkehr im Nachtragshaushalt 2010 um 13 Millionen Euro erhöht.

Wir helfen aber nicht nur investiv, sondern wir stellen uns auch der Herausforderung, dem Mittelstand in der Krise als Partner zur Seite zu stehen.

(Christa Naaß (SPD): Wo denn?)

Den Mittelstandsschirm für die bayerische Wirtschaft haben wir im Nachtragshaushalt verbessert. Bis jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat die LfA damit mehr als 2.000 Unternehmen durch Risikoübernahmen mit Liquidität in einer Gesamthöhe von 500 Millionen Euro, einer halben Milliarde, versorgt. Das ist ein wichtiges zusätzliches Glied: starke Investitionen und Stabilität für die Finanzierungsseite des bayerischen Mittelstands.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Gleichzeitig investieren wir in die Zukunft. Wir setzen einen wesentlichen Schwerpunkt auf den Ausbau der Kinderbetreuung. Dabei legen wir im Vergleich mit anderen Ländern ein hohes Tempo vor. Wir werden voraussichtlich unser Ziel beim Krippenausbau bereits Ende 2012 - das ist ein ganzes Jahr früher als geplant - erreichen. Das ist ein wesentlicher Ausweis des Doppelhaushalts und des Nachtragshaushalts 2010.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können uns durchaus die Zeit nehmen, auf die Zahlen zu schauen. Bereits im alten Jahr wurden im Haushaltsvollzug zusätzlich 86 Millionen Euro für die Betriebskostenförderung freigegeben. Im Nachtragshaushalt haben wir die Mittel allein für die Betriebskostenförderung nochmals um 140 Millionen Euro erhöht. Wir geben in Bayern für die Betriebskostenförderung rund 820 Millionen Euro aus. Dazu kommen die Ausgaben, die wir für die Investitionen bewilligen, rund 250 Millionen Euro. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann feststellen: Für Kinder in Bayern werden wir 2010 alles in allem über 1 Milliarde Euro in die Hand nehmen. Das ist gut angelegtes Geld und der Grundstein für ein noch familienfreundlicheres Bayern. Denn Kinder sind unsere Zukunft.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Christa Naaß (SPD): Aber an der Bildung wird gekürzt!)

Gleichzeitig wollen und werden wir unsere Gesellschaft für morgen fit machen. Der wichtigste Schlüssel sowohl für materiellen wie für immateriellen Wohlstand ist eine gute Bildung. Deshalb bauen wir im Bereich des Kultusministeriums die Ganztagschulen zügig aus, und zwar sowohl die gebundenen als auch die offenen. Deshalb investieren wir im Doppelhaushalt 2009/2010 mit insgesamt 2.738 zusätzlichen Lehrerstellen auch in die Betreuungsrelationen. Deshalb lassen wir die demografische Rendite in vollem Umfang, da geht es nochmals um 1.300 Stellen im Schulbereich, und gleichzeitig halten wir ohne Abstriche am hohen Niveau des Wissenschaftsetats fest. Wir verstehen den doppelten Abiturjahrgang als Chance, um unsere Bildungs- und Wissenschaftsstrukturen in Bayern für die Zukunft noch wettbewerbsfähiger zu machen. Das ist Politik Marke weiß-blau. Das ist die Bildungs- und Hochschulpolitik im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Mit unserer Politik der Stärkung der Wirtschaft, mit den Impulsen für Wachstum und Beschäftigung leisten wir auch einen entscheidenden sozialen Beitrag. Denn unsere Politik hat das Ziel, Arbeitslosigkeit erst gar nicht entstehen zu lassen. Um dieses Element geht es in der Weltwirtschaftskrise. Mit dem Haushalt des Sozialministeriums sorgen wir für Stabilität im Sozialbereich. Trotz wegbrechender Einnahmen haben wir hier nicht gekürzt, sondern sogar ausgeweitet. Über die Konzeption für das Mittagessen für bedürftige Kinder, über die Initiative der Fraktionen, indem sie die Bezirke dabei unterstützen, Versorgungsstrukturen für Behinderte im Seniorenalter zu schaffen, über den Ausbau der Jugendsozialarbeit legen wir die Grundlage dafür, dass wir Bayern wirtschaftlich stark und sozial gerecht in eine gute Zukunft führen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dagegen stehen die Forderungen der Opposition. Dagegen steht die Forderung, ein beitragsfreies Kindergartenjahr einzuführen oder die Studienbeiträge abzuschaffen. In der jetzigen Situation ist das nicht nur realitätsfern, sondern Sie erreichen mit solchen Maßnahmen nicht die wirklich Bedürftigen. Denn deren Kindergartenbeiträge können

bereits jetzt von der wirtschaftlichen Jugendhilfe übernommen werden. Auch bei den Studienbeiträgen haben wir ein sozial ausgewogenes System von Befreiungen und Studienbeitragsdarlehen. Die Abschaffung von Studienbeiträgen würde letztlich nur eine Senkung der Qualität an den bayerischen Hochschulen mit sich bringen, und deshalb ist das ein falscher Weg, den die Opposition an dieser Stelle durchsetzen will.

(Beifall bei der CSU - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

In derselben unsozialen Linie sehe ich die Forderung nach Abschaffung des Landeserziehungsgelds, um mehr Krippenplätze schaffen zu können. Was wollen Sie denn der Öffentlichkeit damit zeigen? Ihre übertriebene Staatsgläubigkeit nach dem Motto: Nur in staatlichen Betrieben kann Erziehung gewährleistet werden, oder fehlt Ihnen der eigentliche Sinn für sozial Bedürftige? Wir wollen auch den Kindern aus einkommensschwachen Schichten eine reelle Chance geben, und deshalb ist für uns das Landeserziehungsgeld ein zentraler Baustein.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Schlussendlich stehen CSU und FDP auch für eine konsequente Politik als Partner der Kommunen.

(Christa Naaß (SPD): Das sehen die Kommunen aber anders!)

Auch und gerade mit Blick auf die kommunalen Finanzen sind Impulse für Wachstum und Beschäftigung ohne Alternative. Eine Politik gegen Arbeitslosigkeit, eine Politik gegen steigende Sozialabgaben, eine Politik für höheres Wachstum kommt allen öffentlichen Haushalten zugute und insbesondere den Kommunen.

Mit dem kommunalen Finanzausgleich zeigen wir, dass uns die zentrale Rolle der Kommunen gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bewusst ist. So enthält der Finanzausgleich 2010 trotz der Steuereinbrüche keine Einschnitte. Die Mittel für die Investitionsförderung im kommunalen Finanzausgleich werden auf höchstem Niveau

weitergeführt. Dies kommt vor allem den wichtigen Bereichen Bildung, Gesundheit und ländlicher Raum zugute.

Da kann man noch einmal die Zeit nutzen, um die Zahlen zu nennen. So setzen wir für den Schulhausbau und die Kinderbetreuungseinrichtungen nach Artikel 10 FAG 265 Millionen Euro ein, für die Krankenhausfinanzierung stehen 500 Millionen Euro zur Verfügung, und darin sind die Mittel aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz noch nicht eingerechnet. Für die Investitionszuschüsse, die besonders für kleinere Gemeinden wichtig ist, sind 173,3 Millionen Euro veranschlagt. 421 Millionen Euro stehen einschließlich der Mittel aus dem bayerischen GVFG für den kommunalen Straßenausbau und -unterhalt zur Verfügung. Wir setzen Konjunkturimpulse dort, wo sie ankommen. Das ist ein Markenzeichen bayerischer Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Gleichzeitig haben wir aus guten Gründen und ganz bewusst den Druck auf die Verwaltungshaushalte wegen der wegbrechenden Steuereinnahmen und wegen des aufkommensbedingten Absenkens der Verbundmasse genommen. Der Staat hat auf die besondere Situation reagiert und den Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund von 12 % erhöht. Damit wird ein klares Signal nicht nur im Krisenjahr 2010, sondern auch in der Zusage von 12 % Kommunalanteil auf die nächsten Jahre hinaus gesetzt. Wir arbeiten partnerschaftlich mit der kommunalen Ebene daran, dass wir die Herausforderungen dieser Zeit gemeinsam meistern.

Für den Sozialhilfeausgleich der Bezirke werden zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Er steigt damit historisch hoch auf 583,6 Millionen Euro. Herr Abgeordneter Pointner, Sie sind darauf eingegangen: Die Staatsregierung steht zu ihren Zusagen. Die Zuweisungen zu den Kosten der Schülerbeförderung werden angehoben. Wir halten den Bildungspakt 2009 ein. Die durchschnittliche Erstattungsquote liegt wie zugesagt bei 60 %. Das ist auch der Grund, weshalb die kommunalen Spitzenverbände dem kommunalen Finanzausgleich zu Recht zugestimmt haben. Der kommunale Finanzaus-

gleich 2010 wird in Bayern der besonderen Rolle, der besonderen Bedeutung und der besonderen Situation der Kommunen gerecht. Von dieser Stelle aus möchte ich meinen herzlichen Dank an die kommunalen Spitzenverbände für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Halbleib, trotz der angekündigten Generalabrechnung möchte ich noch zwei Punkte zum Thema Landesbank sagen:

Erstens. Es mag Ihnen nicht gefallen, aber durch den Ausfall der Ausschüttungen der BayernLB auf die stille Einlage und die Zweckrücklage wird kein zusätzlicher Deckungsbedarf entstehen.

Zweitens. Auch nach der Aufnahme von Schulden für die Stabilisierung der Bayerischen Landesbank ist Bayern mit Abstand Klassenprimus. Es ist nicht schön, dass der durchschnittliche Schuldenstand pro Kopf bei 2.600 Euro liegt. Fakt ist aber, dass die Baden-Württemberger 1.000 Euro mehr tragen. Der Durchschnitt der anderen westlichen Flächenländer liegt bei 6.112 Euro pro Kopf. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazwischen liegen Welten.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Weil die anderen noch schlechter sind, ist es in Ordnung, bei der Landesbank Geld zu verbrennen?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss noch einen ersten Blick auf den nächsten Doppelhaushalt werfen. Auch für die Jahre 2011 und folgende gilt:

Erstens. Wir werden unsere Politik für die Menschen, für Familien und Kinder sowie für Wachstum und Beschäftigung fortsetzen. Der Doppelhaushalt 2011/2012 wird nach unseren politischen Schwerpunkten auf den Säulen Familien und Kinder, Bildung und Innovation stehen.

Zweitens. Für diese Säulen eines auch in Zukunft starken Bayerns bedarf es eines soliden Fundaments. Dieses Fundament werden wir im Doppelhaushalt 2011/2012 schaffen. Für Bayern gilt auch in Zukunft: Solide Politik fußt auf soliden Finanzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden jetzt zunächst die Mai-Steuerschätzung abwarten. Wir werden unsere guten Erfahrungen mit dem Zeitplan des Nachtragshaushalts 2010 nutzen und unseren Planentwurf für den Doppelhaushalt 2011/2012 endgültig erst nach der November-Steuerschätzung vorlegen. Wir stellen uns gegen Unsicherheit. Wir setzen ein Signal für Sicherheit und Stabilität.

Drittens. Wir werden mit hohen Investitionen und dem Signal der Stabilität gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Ausgangsposition ist gut. Der Nachtragshaushalt 2010 wartet mit exzellenten Eckdaten auf. Wir haben die höchste Investitionsquote aller westlichen Flächenländer und zugleich pro Kopf den niedrigsten Schuldenstand. Netto haben wir die meisten Unternehmensgründungen und zugleich die niedrigste Arbeitslosigkeit. Wir stärken unsere Zukunft mit unseren Schwerpunktsetzungen auf Kinder und Familien, auf Bildung und Wirtschaft. Zugleich sichern wir die Stabilität im Sozialen. Dabei kommen wir erneut ohne neue Schulden aus.

Alle anderen Länder würden uns um einen solchen Haushalt beneiden. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Entwurf des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2010 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 5. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/3081, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/3790 mit 16/3792 und 16/3813 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/4184 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/3790 mit 16/3792 und 16/3813 abstimmen. Besteht damit Einverständnis, dass wir über diese Änderungsanträge insgesamt abstimmen und dieser Gesamtabstimmung das Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zugrunde legen? - Das ist offensichtlich der Fall. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge sind damit abgelehnt.

Zum Gesetzentwurf 16/3081 empfiehlt der federführende Ausschuss Zustimmung mit der Maßgabe von Änderungen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz stimmte bei seiner Endberatung der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zu, allerdings mit der weiteren Maßgabe einer Änderung in § 4. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/4184.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der SPD, der Freien Wähler, der GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Es ist so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der SPD, der Freien Wähler, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2010)".

Nun kommen wir zur Abstimmung über das Nachtragshaushaltsgesetz 2010 - das ist der Tagesordnungspunkt 6 - und zwar zunächst über den dem Gesetz als Anlage beigefügten Nachtragshaushaltsplan 2010. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Nachtragshaushaltsplans 2010, die dazu einschlägigen Änderungsanträge sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/4215 zugrunde.

Der federführende Ausschuss empfiehlt die Zustimmung mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/4215.

Wer dem Nachtragshaushaltsplan 2010 unter Berücksichtigung der vom federführenden Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Danke schön. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD, der GRÜNEN und Frau Dr. Pauli.

Der Nachtragshaushaltsplan 2010 ist damit in der Fassung des federführenden Ausschusses angenommen.

Die sich auf den Nachtragshaushaltsplan beziehenden, vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die wir nicht einzeln abge-

stimmt haben, sind gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt zu betrachten. Insoweit verweise ich auf den Teil I der Ihnen vorliegenden Liste

(Siehe Anlage 1)

Zum Nachtragshaushaltsplan 2010 soll außerdem noch folgender Beschluss gefasst werden:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, den Ansatz bei Kapitel 13 03 Titel 546 49 (Vermischte Ausgaben und zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplans) entsprechend dem Ergebnis der parlamentarischen Beratungen anzupassen und die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Nachtragshaushaltsplans 2010 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP, der Freien Wähler, der SPD und Frau Dr. Pauli. Gegenstimmen? - Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist dies so beschlossen.

Mit der Annahme des Nachtragshaushaltsplans 2010 in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen haben die in Teil II der aufgelegten Liste enthaltenen Änderungsanträge ihre Erledigung gefunden.

(Siehe Anlage 1)

Das Hohe Haus nimmt davon zustimmend Kenntnis.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Nachtragshaushaltsgesetz 2010 selbst. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/3082, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/3793 mit 16/3796, 16/3814, 16/3825 und 16/4007 sowie die

Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/4185 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/3793 mit 16/3796, 16/3814 und 16/3825 abstimmen. Besteht damit Einverständnis, dass wir über diese Änderungsanträge insgesamt abstimmen und dieser GesamtAbstimmung das Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zugrunde legen? - Das ist der Fall. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge sind damit abgelehnt.

Zum Gesetzentwurf 16/3082 selbst empfiehlt der federführende Ausschuss Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/4185. Wer dem Gesetzentwurf mit den empfohlenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Dr. Pauli. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Diese soll, wie in § 127 Absatz 2 Satz 1 der Geschäftsordnung vorgesehen, in namentlicher Form erfolgen. Der Abstimmung zugrunde gelegt wird der Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen gemäß Drucksache 16/4185. Für die Stimmabgabe sind die Urnen bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann nun begonnen werden. Hierfür sind fünf Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 18.56 bis 19.01 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Die fünf Minuten sind vorbei. Das Ergebnis der Abstimmung wird außerhalb des Sitzungssaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Im Namen des Hohen Hauses möchte ich mich beim Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Georg Winter, dem stellvertretenden Vorsitzenden Volkmar Halbleib, den ich hier sehe, und bei den übrigen Mitgliedern des Haushaltsausschusses sehr herzlich dafür bedanken, dass sie die Haushaltsberatungen so professionell und effizient durchgeführt und damit eines der Königsrechte des Parlaments gewahrt haben.

Das ist einen Beifall wert.

(Allgemeiner Beifall)

Danke schön.

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

(...)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen angenommen. Das Gesetz hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der beschlossenen Fassung hat der interfraktionelle Änderungsantrag auf Drucksache 16/4007 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis. Das parlamentarische Verfahren zum Nachtragshaushalt 2010 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

zu Tagsordnungspunkt 6

Teil I

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Keine Finanzierung von EU-Gremien aus dem Etat der Staatskanzlei - Keine Überversorgung der ehemaligen Ministerpräsidenten
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
(Drs. 16/3342)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Keine Subventionierung von Anbietern privater lokaler Fernsehprogramme
(Kap. 02 03 Tit. 683 81)
(Drs. 16/3343)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Landespolizei: Erschwerniszulage (DUZ) aufstocken
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
(Drs. 16/3344)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Kosten langfristig senken - Infrastruktur zeitnah instand halten
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
(Drs. 16/3345)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Verbraucherschutz stärken - keine Mittelkürzung zu Gunsten repräsentativer Veranstaltungen des Ministeriums
(Kap. 04 02 Tit. 529 02 und Kap. 04 07 Tit. 686 01)
(Drs. 16/3346)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Zusätzliche Mittel für Personal an Gerichten und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/3347)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Trotz Krise Geld für Geist: Ganztagsausbau voranbringen
(Kap. 05 04 TG 69)
(Drs. 16/3348)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Sicherung der Jugendarbeit
(Kap. 05 04 Tit. 685 89)
(Drs. 16/3349)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Trotz Krise Geld für Geist: Erwachsenenbildung stärken
(Kap. 05 05 TG 81)
(Drs. 16/3350)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Trotz Krise Geld für Geist: Leitungszeit für Schulleiterinnen und Schulleiter weiter ausbauen
(Kap. 05 12 und 05 13 jeweils Tit. 422 01)
(Drs. 16/3351)

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Trotz Krise Geld für Geist: Demografischen Wandel nutzen - Lehrerinnen- und Lehrerstellen ausbauen
(Kap. 05 12 Tit. 422 01; Kap. 05 13 Tit. 428 14; Kap. 05 15 Tit. 428 14; Kap. 05 17 Tit. 428 14; Kap. 05 18 Tit. 428 14; Kap. 05 19 Tit. 428 14)
(Drs. 16/3352)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Aufstockung der Einstellungszahlen für Anwärterinnen und Anwärter in der Finanzverwaltung
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
(Drs. 16/3353)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Verringerung der Sachausgaben für den ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Stoiber
(Kap. 02 01 Tit. 511 01, 514 01, 518 18, 527 01, 529 06 sowie Kap. 02 03 Tit. 535 01)
(Drs. 16/3370)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Aufnahme der Baumaßnahme St 2311 „Ahrenskurve“ in das Programm „Sichere Landstraße“
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
(Drs. 16/3371)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung des Ansatzes für Bildungsmaßnahmen in der Jugendarbeit
(Kap. 05 04 TG 89)
(Drs. 16/3372)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Gleichbehandlung bei der Finanzierung kommunaler, kirchlicher und privater Schulen
(Kap. 05 03 TG 73 bis 79 und TG 82 bis 84)
(Drs. 16/3373)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel für die kriminalpädagogischen Schülerprojekte
(Kap. 04 04 Tit. 533 03)
(Drs. 16/3374)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Florian Ritter u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Ausstattung der ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Beckstein und Dr. Stoiber
(Kap. 02 01 Tit. 422 01 und 428 01)
(Drs. 16/3375)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Florian Ritter u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Bayerische Filmförderung
(Kap. 02 03 TG 70 bis 72)
(Drs. 16/3376)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Florian Ritter u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Bayerische Medienförderung
(Kap. 02 03 TG 80 bis 86)
(Drs. 16/3377)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Mittel zur Verstärkung der Personalausgaben des Landeskriminalamts, der Landespolizei, der Bereitschaftspolizei, des Polizeiverwaltungsamts wegen Ausschöpfung der Stellenobergrenzen im gehobenen Dienst
(Kap. 03 02 Tit. 461 01)
(Drs. 16/3378)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Mittel für die Bekämpfung des Rechtsextremismus - Umsetzung des bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus
(Kap. 03 03 neue TG)
(Drs. 16/3379)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Verstärkungsmittel für die sächlichen Verwaltungsausgaben des Landeskriminalamts, der Landespolizei, der Bereitschaftspolizei und des Polizeiverwaltungsamts
(Kap. 03 03 neue TG)
(Drs. 16/3380)

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel für die Personalausgaben bei den staatlichen Landratsämtern
(Kap. 03 09 Tit. 422 01, 422 21)
(Drs. 16/3381)
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Sicherheitswacht
(Kap. 03 18 TG 76; Kap. 03 20 Tit. 422 21)
(Drs. 16/3382)
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel für die Personalausgaben bei der Bereitschaftspolizei
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
(Drs. 16/3383)
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Vorsorgekuren
(Kap. 03 17, 03 18 und 03 20 jeweils neuer Tit.)
(Drs. 16/3384)
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Ludwig Wörner u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Bayerisches Städtebauförderungsprogramm
(Kap. 03 65 Tit. 883 62)
(Drs. 16/3385)
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Ludwig Wörner u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Bayerisches Städtebauförderungsprogramm
(Kap. 03 65 Tit. 883 82)
(Drs. 16/3386)
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Florian Ritter u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
(Drs. 16/3387)
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel für die Personalausgaben
- bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften wegen Erhöhung der Anzahl der planmäßigen Beamten und Richter, Ernennungsstellen für Gerichtsvollzieher und Erhöhung der Anwärterstellen für Rechtspfleger und Justizsekretäre
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und 422 21)
- in den Justizvollzugsanstalten wegen Erhöhung der Anwärterstellen im mittleren Vollzugs- und Werksdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
(Drs. 16/3388)
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Mittel für die Einrichtung einer Fachambulanz für entlassene Sexualstraftäter in Ostbayern
(Kap. 04 04 Tit. 686 03)
(Drs. 16/3389)
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Mittel für die behindertengerechte Erschließung von Justizgebäuden
(Kap. 04 04 Tit. 701 01)
(Drs. 16/3390)
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Gefangenen- und Entlassenenfürsorge
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
(Drs. 16/3391)
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Mittel für die Erprobung des Vollzugs der Jugendstrafe außerhalb von Jugendstrafvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 546 71)
(Drs. 16/3392)
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Projekt „Schwitzen statt Sitzen“
(Kap. 04 05 Tit. 546 71)
(Drs. 16/3393)

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Sabine Dittmar u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Verstärkung der Zuwendungen an den VerbraucherService Bayern im KDFB e.V. und die Verbraucherzentrale Bayern e.V. für neue Stellen
(Kap. 04 07 Tit. 686 01)
(Drs. 16/3394)
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian Ritter, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Verbesserte Personalausstattung der Finanzämter
(Kap. 06 05 Tit. 422 01, 422 21)
(Drs. 16/3395)
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Private Schulen stärken
(Kap. 05 03 Tit. 684 07 bis 684 10 und TG 60 bis 62)
(Drs. 16/3396)
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Entlastung der Kommunen durch vollen Ersatz der Lehrpersonalkosten
(Kap. 05 03 Tit. 633 82, 633 84 TG 73 bis TG 79)
(Drs. 16/3397)
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Ausgaben für Jugendarbeit
(Kap. 05 04 TG 89)
(Drs. 16/3398)
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Zusammenarbeit Schule und Sportverein
(Kap. 05 04 Tit. 684 90)
(Drs. 16/3399)
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Vereinseigener Sportstättenbau
(Kap. 05 04 Tit. 893 91)
(Drs. 16/3400)
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Schulhausinterne Lehrerfortbildung stärken
(Kap. 05 04 TG 95)
(Drs. 16/3401)
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Medienkompetenz stärken
(Kap. 05 02 Tit. 547 02; Kap. 05 04 neue TG)
(Drs. 16/3403)
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Lebenslanges Lernen realisieren
(Kap. 05 05 TG 81 und 82)
(Drs. 16/3404)
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Stefan Schuster u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Individuelle Förderung stärken - Schwerpunkt Grundschule
(Kap. 05 12 Tit. 422 01)
(Drs. 16/3405)
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Stefan Schuster u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Mobilen Sonderpädagogischen Dienst stärken
(Kap. 05 13 Tit. 422 01)
(Drs. 16/3406)
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Bedarfsgerechter Ausbau von Ganztagschulen
(Kap. 05 12, Kap. 05 13, Kap. 05 18, Kap. 05 19 und neues Kap. Wohnortnahe Schule)
(Drs. 16/3407)
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Keine Klasse über 25, keine Grundschulklasse über 20
(Kap. 05 12 bis Kap. 05 19 und neues Kap. Wohnortnahe Schule)
(Drs. 16/3408)

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Stefan Schuster u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Entlastung des pädagogischen Personals von Verwaltungs- und Organisationsaufgaben. Mehr Verwaltungsangestellte für Bayerns Schulen (Kap. 05 12 bis Kap. 05 19 und neues Kap. Wohnortnahe Schule)
(Drs. 16/3409)
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bildung, der Schlüssel für Demokratie und Wohlstand
hier: Innovative Schulkonzepte und regionale Schulentwicklung fördern (Epl. 05 neues Kap.)
(Drs. 16/3410)
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Alle Referendare und Referendarinnen einstellen (Kap. 05 12 bis Kap. 05 19 und neues Kap. Wohnortnahe Schule)
(Drs. 16/3418)
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: zusätzliche Mittel für den Breitbandausbau (Kap. 07 04 neue TG 73)
(Drs. 16/3495)
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung (Kap. 07 04 Tit. 892 72)
(Drs. 16/3496)
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel für Maßnahmen der ambulanten Jugendhilfe: soziale Trainingskurse für straffällig gewordene Jugendliche und Heranwachsende (Trainingskurse für junge Gewalttäter) (Kap. 10 07 TG 76 neuer Tit.)
(Drs. 16/3497)
57. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Wegfall der Einnahmetitel in den TG 96 im Epl. 15 (Abschaffung der Studienbeiträge)
(Drs. 16/3498)
58. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Annette Karl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Einmalzinszuschüsse für das Mittelstandskreditprogramm (Kap. 07 04 Tit. 891 01)
(Drs. 16/3571)
59. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Annette Karl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm (Kap. 07 04 Tit. 892 72)
(Drs. 16/3572)
60. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Annette Karl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Leistungen nach § 45a Personenbeförderungsgesetz zum Ausgleich von gemeinwirtschaftlichen Aufgaben im öffentlichen Personennahverkehr (Ausbildungsverkehr) (Kap. 07 05 TG 71 bis 72)
(Drs. 16/3573)
61. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Sonderprogramm „Regionale Vermarktung“ (Kap. 08 03 TG 67 - 69)
(Drs. 16/3574)
62. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Forstverwaltung arbeitsfähig machen Erhöhung der Mittel für Forstliche Zusammenschlüsse (Kap. 08 05 Tit. 686 97)
(Drs. 16/3575)
63. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Forstverwaltung arbeitsfähig machen Zuschüsse für Maßnahmen im Körperschaftswald (Kap. 08 05 Tit. 891 97)
(Drs. 16/3576)

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Forstverwaltung arbeitsfähig machen
Zuschüsse für Maßnahmen im Privatwald
(Kap. 08 05 Tit. 892 97)
(Drs. 16/3577)
65. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Forstverwaltung arbeitsfähig machen
Mittel für den Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen
(Kap. 08 40 Tit. 812 01)
(Drs. 16/3578)
66. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: 51 Stellen für Ernährungsberatung
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
(Drs. 16/3579)
67. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bayern, aber gerechter: Antworten auf die Ergebnisse des zweiten Bayerischen Sozialberichts
hier: Maßnahmen der Berufsförderung und der Förderung der Berufsaus- und -weiterbildung Jugendlicher (Bayerisches Jugendwerk)
(Kap. 10 05 TG 71)
(Drs. 16/3583)
68. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bayern, aber gerechter: Antworten auf die Ergebnisse des zweiten Bayerischen Sozialberichts
hier: Maßnahmen zur Förderung beruflicher Bildung
(Kap. 10 05 TG 74)
(Drs. 16/3584)
69. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bayern, aber gerechter: Antworten auf die Ergebnisse des zweiten Bayerischen Sozialberichts
hier: Psychologische Prävention; Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter
(Kap. 10 05 TG 82)
(Drs. 16/3585)
70. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bayern, aber gerechter: Antworten auf die Ergebnisse des zweiten Bayerischen Sozialberichts
hier: Landesplan für Altenhilfe; Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren
(Kap. 10 07 TG 71)
(Drs. 16/3586)
71. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bayern, aber gerechter: Antworten auf die Ergebnisse des zweiten Bayerischen Sozialberichts
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie
(Kap. 10 07 TG 73)
(Drs. 16/3587)
72. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bayern, aber gerechter: Antworten auf die Ergebnisse des zweiten Bayerischen Sozialberichts
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe
(Kap. 10 07 TG 74)
(Drs. 16/3588)
73. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bayern, aber gerechter: Antworten auf die Ergebnisse des zweiten Bayerischen Sozialberichts
hier: Landesmittel für Familien erhalten und Verwendung optimieren
(Kap. 10 07 TG 80)
(Drs. 16/3589)
74. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bayern, aber gerechter: Antworten auf die Ergebnisse des zweiten bayerischen Sozialberichts
hier: Tagespflege
(Kap. 10 07 neue TG)
(Drs. 16/3590)
75. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bayern, aber gerechter: Antworten auf die Ergebnisse des zweiten Bayerischen Sozialberichts
hier: Qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung
(Kap. 10 07 TG 88 - 90)
(Drs. 16/3591)

76. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 Bayern, aber gerechter: Antworten auf die Ergebnisse des zweiten Bayerischen Sozialberichts
hier: Kostenfreies Kindergartenjahr
(Kap. 10 07 TG 88 - 90)
(Drs. 16/3592)
77. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 Bayern, aber gerechter: Antworten auf die Ergebnisse des zweiten Bayerischen Sozialberichts
hier: Sofortprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut
(Kap. 10 07 neue TG)
(Drs. 16/3593)
78. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Christa Steiger u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel für die Personalausgaben
- bei den Landesarbeitsgerichten und den Arbeitsgerichten wegen Erhöhung der Zahl der Arbeitsrichter
(Kap. 10 10 Tit. 422 01)
- beim Bayerischen Landessozialgericht und bei den Sozialgerichten wegen Erhöhung der Zahl der Sozialrichter
(Kap. 10 12 Tit. 422 01)
(Drs. 16/3594)
79. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs einschließlich Saisonverlängerung
(Kap. 07 04 TG 78 Tit. 883 78)
(Drs. 16/3598)
80. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Programm zur Umstellung von elektrischen Nachtspeicherheizungen auf moderne Heiztechnik und/oder erneuerbare Energien
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
(Drs. 16/3599)
81. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Programm zur Förderung von kleinen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
(Drs. 16/3600)
82. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens beenden
(Kap. 07 05 TG 74)
(Drs. 16/3601)
83. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Leistungen an private Verkehrsunternehmen für Investitionen und die Beschaffung von Fahrzeugen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (Kap. 07 07 Tit. 892 05)
(Drs. 16/3602)
84. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Klima- und Moorschutz
(Kap. 08 03 neuer Tit.)
(Drs. 16/3603)
85. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Kürzung der Mittel für Maiswurzelbohrerforschung
(Kap. 08 03 Tit. 547 53)
(Drs. 16/3604)
86. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Regionale Vermarktung
(Kap. 08 03 Tit. 686 89)
(Drs. 16/3605)
87. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Einzelbetriebliche Förderung
(Kap. 08 03 Tit. 892 74)
(Drs. 16/3606)
88. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Zuschüsse für Maßnahmen im Privatwald
(Kap. 08 05 Tit. 892 97)
(Drs. 16/3607)

89. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Stellenplan bei den Ämtern für Landwirtschaft und Forsten
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
(Drs. 16/3608)
90. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Wiederaufbau der Ernährungsberatung
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
(Drs. 16/3609)
91. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Abgestuftes Blindengeld einführen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
(Drs. 16/3610)
92. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Betreuungsvereine in Bayern stärken
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
(Drs. 16/3611)
93. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Neuer Haushaltstitel für Regionalisierung der Sozialberichterstattung des Freistaats Bayern
(Kap. 10 03 neuer Tit.)
(Drs. 16/3612)
94. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Wohnungslosigkeit - Unterstützung und Prävention
(Kap. 10 03 TG 72 Tit. 684 72)
(Drs. 16/3613)
95. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Finanzierung der Insolvenzberatung sichern
(Kap. 10 03 TG 73 Tit. 684 73)
(Drs. 16/3614)
96. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Einrichtung einer Anlauf- und Koordinierungsstelle zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen
(Kap. 10 05 TG 78 neuer Tit.)
(Drs. 16/3615)
97. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Ambulante Psychiatrie stärken
(Kap. 10 05 TG 82)
(Drs. 16/3617)
98. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Ausbau der heilpädagogischen Fachdienste für Kindertagsstätten
(Kap. 10 07 Tit. 684 04)
(Drs. 16/3618)
99. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Finanzierung der Beratungsstellen für Ehe-, Familien- und Lebensfragen sichern
(Kap. 10 07 TG 73 Tit. 684 73)
(Drs. 16/3619)
100. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Bayernweit Schulsozialarbeit an allen Schulen
(Kap. 10 07 TG 74 Tit. 684 74)
(Drs. 16/3620)
101. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Besser für Kinder: Landeserziehungsgeld abschaffen - frühkindliche Bildung stärken
(Kap. 10 07 TG 80 Tit. 681 80)
(Drs. 16/3621)

102. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt
Studie über besonders verletzbare Gruppen
(Kap. 10 07 TG 82)
(Drs. 16/3622)
103. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt
Finanzierung von Frauenhäusern
(Kap. 10 07 TG 82)
(Drs. 16/3623)
104. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt
Förderung von Interventionsprojekten mit einem pro-aktiven Ansatz
(Kap. 10 07 TG 82)
(Drs. 16/3624)
105. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt
Täterprogramme für Täter häuslicher Gewalt
(Kap. 10 07 TG 82)
(Drs. 16/3625)
106. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Mehr Qualität in Kindertagesstätten
(Kap. 10 07 TG 89 Tit. 633 89)
(Drs. 16/3626)
107. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Nachholende Integration
(Kap. 10 50 TG 52 neuer Tit.)
(Drs. 16/3627)
108. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Menschenwürdige Verhältnisse in Gemeinschaftsunterkünften
(Kap. 10 53 Tit. 519 01)
(Drs. 16/3628)
109. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Förderung der Asylsozialberatung
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
(Drs. 16/3629)
110. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Dezentrale Wohnungen für Flüchtlinge bereitstellen
(Kap. 10 53 neuer Tit.)
(Drs. 16/3630)
111. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit
(Kap. 08 03 Tit. 683 12)
(Drs. 16/3641)
112. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel für Absatzförderung und Agrarmarketing
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
(Drs. 16/3642)
113. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel zum Aufbau moderner Marktstrukturen und zur Stärkung der Marktkompetenz
(Kap. 08 03 Tit. 683 42)
(Drs. 16/3643)

114. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Ausgleichszulagen für Betriebe in benachteiligten Gebieten - Landesmittel - (Kap. 08 03 Tit. 683 74)
(Drs. 16/3644)
115. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse zur einzelbetrieblichen Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen (Förderung für eine wettbewerbsfähige Veredelungswirtschaft) (Kap. 08 03 Tit. 892 74)
(Drs. 16/3645)
116. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit - Bürgerarbeit - (Kap. 10 05 Tit. 633 76)
(Drs. 16/3646)
117. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege (Kap. 10 07 TG 88 - 90)
(Drs. 16/3648)
118. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung, insbesondere Förderung des Imkernachwuchses (Kap. 08 03 Tit. 547 96)
(Drs. 16/3652)
119. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen (Kap. 12 02 TG 74)
(Drs. 16/3757)
120. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel für das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm, den Erschwernisausgleich und die Ausgleichzahlungen in Naturschutzgebieten (Kap. 12 04 TG 72)
(Drs. 16/3758)
121. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung der Naturschutzregion „Grünes Band“ (Kap. 12 04 TG 72 neuer Tit.)
(Drs. 16/3759)
122. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Christa Steiger u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids (Kap. 12 08 TG 52)
(Drs. 16/3760)
123. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel für die Betreuung suchtkranker und suchtgefährdeter Gefangener in bayerischen Justizvollzugsanstalten durch externe Fachkräfte (Kap. 12 08 TG 92)
(Drs. 16/3761)
124. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel für die Personalausgaben der Staatlichen Veterinärverwaltung bei den Landratsämtern (Kap. 12 41 Tit. 422 01)
(Drs. 16/3762)
125. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse für den Bau von Abwasseranlagen an Sonstige - Kleinkläranlagen (Kap. 12 77 Tit. 892 79)
(Drs. 16/3763)

126. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Sonderprogramm für Uranfilter in der Trinkwasserbereitstellung
(Kap. 12 77 neue TG)
(Drs. 16/3764)
127. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Förderung nichtstaatlicher Theater und von Einrichtungen auf dem Gebiet der darstellenden Kunst
(Kap. 15 05 TG 73)
(Drs. 16/3765)
128. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Zuschüsse an nichtstaatliche Orchester
(Kap. 15 05 TG 75 Tit. 685 75)
(Drs. 16/3766)
129. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Förderung der Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 TG 80 Tit. 633 80)
(Drs. 16/3767)
130. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Linus Förster, Isabell Zacharias u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Förderung der Pop- und Rockmusik in Bayern
(Kap. 15 05 TG 80)
(Drs. 16/3768)
131. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhalt des Internationalen Figurentheater-Festivals Erlangen, Nürnberg, Fürth, Schwabach
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
(Drs. 16/3769)
132. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Solidarität im Bildungsstreik erfordert Handeln
Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
(Drs. 16/3770)
133. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Solidarität im Bildungsstreik erfordert Handeln
Wissenschaftliche Bibliotheken
(Kap. 15 06 neue TG)
(Drs. 16/3771)
134. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Solidarität im Bildungsstreik erfordert Handeln
Studienbeiträge abschaffen
(Kap. 15 06 neue TG)
(Drs. 16/3772)
135. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Solidarität im Bildungsstreik erfordert Handeln
750 zusätzliche Stellen für den akademischen Mittelbau an den Universitäten
(Kap. 15 28 Tit. 422 01, 422 13)
(Drs. 16/3773)
136. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Solidarität im Bildungsstreik erfordert Handeln
Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung an Universitäten
(Kap. 15 28 TG 73)
(Drs. 16/3774)
137. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Solidarität im Bildungsstreik erfordert Handeln
Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und der anwendungsbezogenen Forschung an Fachhochschulen
(Kap. 15 49 TG 73)
(Drs. 16/3775)
138. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Wissenschaftsoffensive
Bayerische Staatsbibliothek
(Kap. 15 90 Tit. 523 74)
(Drs. 16/3777)

139. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Aufstockung der Studentenwerkförderung
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
(Drs. 16/3782)
140. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Schlüsselzuweisungen
(Kap. 13 10 Tit. 613 01)
(Drs. 16/3783)
141. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Kommunalen Rettungsschirm, Sicherung der Finanzkraft der Gemeinden
(Kap. 13 10 neuer Tit. 613 30)
(Drs. 16/3784)
142. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Pauschalzuweisungen zu den Schülerbeförderungskosten
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)
(Drs. 16/3785)
143. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Zuweisungen an Gemeinden aus der Überlassung des Aufkommens an der Kraftfahrzeugsteuer gemäß Art. 13 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 883 03)
(Drs. 16/3786)
144. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Investitionspauschalen an Gemeinden und Landkreise gemäß Art. 12 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 883 44)
(Drs. 16/3787)
145. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz
(Kap. 13 10 TG 81)
(Drs. 16/3788)
146. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: neue Titelgruppe für das Programm „Carbonisierung“
(Kap. 13 31 neue TG)
(Drs. 16/3789)
147. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Mittel für die Erhöhung der Personalausgaben wegen Erhöhung der Anwärtergrundbeträge und der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten
(Kap. 13 03 Tit. 461 01)
(Drs. 16/3829)
148. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian Ritter, Susann Biedefeld u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Finanzierung zusätzlicher Investitionen, Personal- und Sachausgaben
(Kap. 13 03 Tit. 893 05 und Kap. 13 06 Tit. 181 05)
(Drs. 16/3830)
149. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Hilfe für notleidende Kommunen
Sonderprogramm Eigenanteil
(Kap. 13 03 neue TG)
(Drs. 16/3831)
150. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Schlüsselzuweisungen strukturell erhöhen
(Kap. 13 10 Tit. 613 01)
(Drs. 16/3832)
151. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Hilfe für notleidende Kommunen
Konsolidierungshilfen für Kommunen
(Kap. 13 10 Tit. 613 32)
(Drs. 16/3833)

152. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung des Sozialhilfeausgleichs an die Bezirke nach Art. 15 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 633 08)
(Drs. 16/3834)
153. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Sanierung und Modernisierung von Schulen
(Kap. 13 10 Tit. 883 11)
(Drs. 16/3835)
154. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Energetische Sanierung und gesunde Lernorte
(Kap. 13 10 Tit. 883 11)
(Drs. 16/3836)
155. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Mittel für die Abgeltung von Personalkosten für neue Waffenkontrolleure in den kreisfreien Gemeinden (Kreisverwaltungsbehörden)
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
(Drs. 16/3837)
156. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz
(Kap. 13 10 TG 81)
(Drs. 16/3838)
157. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Christa Naaß u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Planmäßige Zuführung zum Versorgungsfonds
(Kap. 13 20 Tit. 919 61)
(Drs. 16/3839)
158. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse zur Förderung der Dorferneuerung im Rahmen der integrierten ländlichen Entwicklung
(Kap. 13 30 Tit. 892 93)
(Drs. 16/3840)
159. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Klimaprogramm Bayern 2020; Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 13 31 TG 51)
(Drs. 16/3841)
160. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Klimaprogramm Bayern 2020; Erhöhung der Mittel für den Ausbau der Wärmenutzung aus der Geothermie
(Kap. 13 31 TG 60)
(Drs. 16/3842)
161. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Maria Noichl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Klimaprogramm Bayern 2020; Erhöhung der Mittel für das Programm „Bioenergie für Bayern“
(Kap. 13 31 TG 62)
(Drs. 16/3843)
162. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Maria Noichl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Forstverwaltung arbeitsfähig machen
Klimaprogramm Bayern 2020; Erhöhung der Mittel für das Waldumbauprogramm
(Kap. 13 31 TG 72)
(Drs. 16/3844)
163. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Maria Noichl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Forstverwaltung arbeitsfähig machen
Klimaprogramm Bayern 2020; Erhöhung der Mittel für Schutzmaßnahmen im Bergwald und im Schutzwald
(Kap. 13 31 TG 74)
(Drs. 16/3845)
164. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Klimaprogramm Bayern 2020; Erhöhung der Mittel für das Hochwasserschutzprogramm
(Kap. 13 31 TG 76)
(Drs. 16/3846)

165. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Klimaprogramm Bayern 2020; Erhöhung der Mittel für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel für die Bereiche Natur, Boden, Wasserwirtschaft und Georisiken
(Kap. 13 31 TG 78)
(Drs. 16/3847)
166. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Klimaprogramm Bayern 2020; Neuer Titel „Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Energieagenturen“
(Kap. 13 31 TG 85 neuer Tit.)
(Drs. 16/3848)
167. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Klimaprogramm Bayern 2020; Neuer Titel „Sonderprogramm Energieautarke Gemeinden“
(Kap. 13 31 TG 85 neuer Tit.)
(Drs. 16/3849)
168. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Klimaprogramm Bayern 2020; Neuer Titel „Verbraucherinformation zum Klimaschutz im Verkehr“
(Kap. 13 31 TG 85 neuer Tit.)
(Drs. 16/3850)
169. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Klimaprogramm Bayern 2020; Neuer Titel „F + E Projekte Verkehrsökologie“
(Kap. 13 31 TG 85 neuer Tit.)
(Drs. 16/3851)
170. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Isabell Zacharias u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Klimaprogramm Bayern 2020; Nachrüstung für Dieselloks
(Kap. 13 31 neue TG)
(Drs. 16/3852)
171. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Isabell Zacharias u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Klimaprogramm Bayern 2020; Mittelbereitstellung für die Gründung und den Aufbau eines Forschungs- und Technologietransfer-Institutes für Kraftstoffsystemtechnik an der Hochschule Coburg
(Kap. 13 31 neue TG)
(Drs. 16/3853)
172. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Bayern, aber gerechter
hier: Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung
(Epl. 13 neuer Kap.)
(Drs. 16/3854)
173. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel für Maßnahmen auf dem Gebiet des Naturschutzes
(Kap. 12 04 TG 72 Tit. 547 72)
(Drs. 16/3868)
174. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Hebammen stärken
(Kap. 12 08 TG 55)
(Drs. 16/3869)
175. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Gesundheitsberichterstattung modernisieren
(Kap. 12 23 neue TG)
(Drs. 16/3872)
176. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 TG 82)
(Drs. 16/3873)

177. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Abbau der Finanzierung zentraler Wasserversorgungsanlagen
(Kap. 12 77 TG 97 Tit. 883 97 und Tit. 887 97)
(Drs. 16/3874)
178. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Offensive für Studentenwerke
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
(Drs. 16/3875)
179. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Forschungs- und Innovationsförderung - Bayerische Forschungsallianz (BayFOR)
(Kap. 15 06 Tit. 686 10)
(Drs. 16/3876)
180. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Bologna Qualitäts- und Mobilitätspaket
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
(Drs. 16/3877)
181. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Zukunftsinvestition Hochschule - Ausbau der Hochschulen
(Kap. 15 06 TG 86)
(Drs. 16/3878)
182. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Keine Öffentlichkeitsarbeit für Agrotechnik aus Steuermitteln
(Kap. 15 28 TG 85)
(Drs. 16/3879)
183. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Trotz Krise Geld für Geist: Schulwegkostenfreiheit ausbauen
(Kap. 13 20 Tit. 633 01)
(Drs. 16/3880)
184. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Streichung der Verstärkungsmittel für Investitionen
(Kap. 13 03 Tit. 893 05)
(Drs. 16/3881)
185. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Zuweisungen an die Bezirke für den Sozialhilfeausgleich
(Kap. 13 10 Tit. 633 08)
(Drs. 16/3882)
186. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Darlehen für die Bayerische Forschungsstiftung
(Kap. 13 12 Tit. 861 86)
(Drs. 16/3883)
187. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Keine Gründung eines Hauses der Forschung
(Kap. 13 40 TG 59 bis 69)
(Drs. 16/3884)

Teil II**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen für erledigt erklärten Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
Förderung der Jugendarbeit gegen Rassismus und für Integration
hier: Projekte „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“
(Kap. 05 04 neue TG)
(Drs. 16/3402)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Karsten Klein u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Sicherheitswacht
(Kap. 03 18 Tit. 427 76)
(Drs. 16/3430)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Karsten Klein u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Ersatz Polizeiboote
(Kap. 03 18 Tit. 811 01)
(Drs. 16/3431)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Karsten Klein u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Schutzausrüstung Landespolizei (z.B. Protektoren, Schlag- und Stichschutzwesten, Helme)
(Kap. 03 18 Tit. 812 01)
(Drs. 16/3432)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP, Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Strahlenschutzfahrzeug für die Notfallstation
(Kap. 03 24 Tit. 614 01)
(Drs. 16/3433)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Karsten Klein u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Bergwacht - Verbesserung der analogen Funkausrüstung
(Kap. 03 24 Tit. 894 01)
(Drs. 16/3434)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Georg Winter, Thomas Kreuzer u.a. CSU, Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Karsten Klein u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Städtebauförderung
(Kap. 03 65 Tit. 883 82)
(Drs. 16/3435)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Alexander König u.a. CSU, Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Karsten Klein u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Um- und Ausbau sowie die Bestandserhaltung von Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
(Drs. 16/3436)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Thomas Kreuzer u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Baumaßnahmen - Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsmaßnahmen
(Kap. 04 04 Tit. 701 01)
(Drs. 16/3438)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Förderung außerunterrichtlicher Leistungen von Schülern aller Schularten und von besonders kreativen und innovativen Projekten an Schulen
(Kap. 05 04 Tit. 681 07)
(Drs. 16/3439)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Ausgaben für Jugendarbeit - laufende Förderung
(Kap. 05 04 Tit. 684 89)
(Drs. 16/3440)

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Ausgaben zur Förderung des Sportwesens - Investitionsförderung
(Kap. 05 04 Tit. 893 91)
(Drs. 16/3441)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Verwaltungskräfte an Volksschulen
(Kap. 05 12 Tit. 428 11)
(Drs. 16/3442)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Karl Freller u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Allgemeine Bewilligungen - Unterricht und Erziehung
(Kap. 05 04 Tit. 525 95)
Öffentliche Förderschulen
(Kap. 05 13 Tit. 428 14)
(Drs. 16/3443)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Christa Steiger u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Mittel für präventive Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes von Kindern vor sexuellem Missbrauch durch Pädophile
(Kap. 10 03 neuer Tit.)
(Drs. 16/3582)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Betreuungsangebote für ältere Menschen mit Behinderung ausbauen
(Kap. 10 05 TG 78 - 79 Tit. 893 79)
(Drs. 16/3616)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Erhöhung der Mittel für die Verhinderung von pädosexuellen Straftaten
(Kap. 10 05 TG 82)
(Drs. 16/3647)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm
(Kap. 07 04 TG 72)
(Drs. 16/3653)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP, Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Fremdenverkehrswerbung und für Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs
(Kap. 07 04 Tit. 686 78)
Ausgaben zur Durchführung spezieller Fachaufgaben der Landesplanung
(Kap. 07 05 Tit. 547 79)
(Drs. 16/3654)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP, Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Landesentwicklung
(Kap. 07 05 TG 79)
(Drs. 16/3655)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Förderung gesunder Ernährung
(Kap. 08 03 TG 59)
(Drs. 16/3656)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß, Dr. Franz Xaver Kirschner u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Dorferneuerung
(Kap. 08 03 Tit. 887 72)
(Drs. 16/3657)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Maßnahmen zur Förderung der Aus- und Weiterbildung in der Land- und Forstwirtschaft
(Kap. 08 03 TG 79 - 80)
(Drs. 16/3658)

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Landesplan für Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 05 Tit. 893 79)
(Drs. 16/3659)
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Karsten Klein, Brigitte Meyer u.a. FDP, Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Psychologe/Mediziner mit Spezialausbildung in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber in München und Zirndorf
(Kap. 10 53 Tit. 427 01)
(Drs. 16/3660)
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler
(Kap. 15 74 TG 75)
(Drs. 16/3776)
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Förderung von Suchtprävention und Drogen-
therapie
(Kap. 12 08 Tit. 531 92)
(Drs. 16/3781)
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Gesundheitsstandort Bayern
(Kap. 12 08 TG 98)
(Drs. 16/3856)
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Prof. Dr. Georg Barfuß, Dr. Andreas Fischer u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Förderung von Kleinkläranlagen
(Kap. 12 77 TG 98)
(Drs. 16/3857)
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Karl Freller u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Nichtstaatliches Orchester Jakobsplatz München
(Kap. 15 05 TG 75)
(Drs. 16/3858)
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Karl Freller u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Ausgaben für Sing- und Musikschulen, Laien- und Volksmusikpflege sowie Musikakademien
(Kap. 15 05 TG 80)
(Drs. 16/3859)
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP, Georg Schmid, Georg Winter, Karl Freller u.a. CSU
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Literaturportal Bayern und Literaturarchiv Sulz-
bach-Rosenberg
(Kap. 15 05 Tit. 686 90)
(Drs. 16/3860)
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP, Georg Schmid, Georg Winter, Karl Freller u.a. CSU
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Internationales Künstlerhaus Villa Concordia
Bamberg
(Kap. 15 05 Tit. 459 92 und 547 92)
(Drs. 16/3861)
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Karl Freller u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Wissenschaftszentrum im Kompetenzzentrum für
Nachwachsende Rohstoffe in Straubing
(Kap. 15 06 TG 78)
(Drs. 16/3862)
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP, Georg Schmid, Georg Winter, Karl Freller u.a. CSU
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Aufbau von Technologietransferzentren
(Kap. 15 49 TG 78, Kap. 15 06 TG 65)
(Drs. 16/3863)

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Karl Freller u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Einrichtung eines Technologiecampus an der FH Deggendorf - Außenstelle Cham
(Kap. 15 49 TG 78)
(Drs. 16/3864)
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Karl Freller u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler
(Kap. 15 74 TG 75)
(Drs. 16/3865)
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP, Georg Schmid, Georg Winter, Karl Freller u.a. CSU
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Bayerische Staatsoper, Durchführung dringender Investitionsmaßnahmen
(Kap. 15 81 Tit. 812 73)
(Drs. 16/3866)
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Karl Freller u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. FDP
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Bayerische Staatsbibliothek - Vermehrung, Ergänzung und Nachweis der Bibliotheksbestände sowie Ausstellungen
(Kap. 15 90 TG 74)
(Drs. 16/3867)
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Proaktive Arbeit HaLT-Projekt ermöglichen
(Kap. 12 08 TG 92)
(Drs. 16/3870)
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
hier: Bayerische Nabelschnurblutbank aufbauen
(Kap. 12 08 neue TG)
(Drs. 16/3871)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Schlussabstimmung am 23.03.2010 zu Tagesordnungspunkt 6: Gesetzentwurf der Staatsregierung; zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2009/2010; (Nachtragshaushaltsgesetz - NHG - 2010) (Drucksache 16/3082)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut	X		
Dr. Bulfon Annette	X		
Daxenberger Sepp			
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud	X		
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin			
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia		X	
Kamm Christine		X	
Karl Annette			
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad			
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter		X	
Miller Josef	X		
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus			
Reiß Tobias	X		
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone			
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	94	60	0